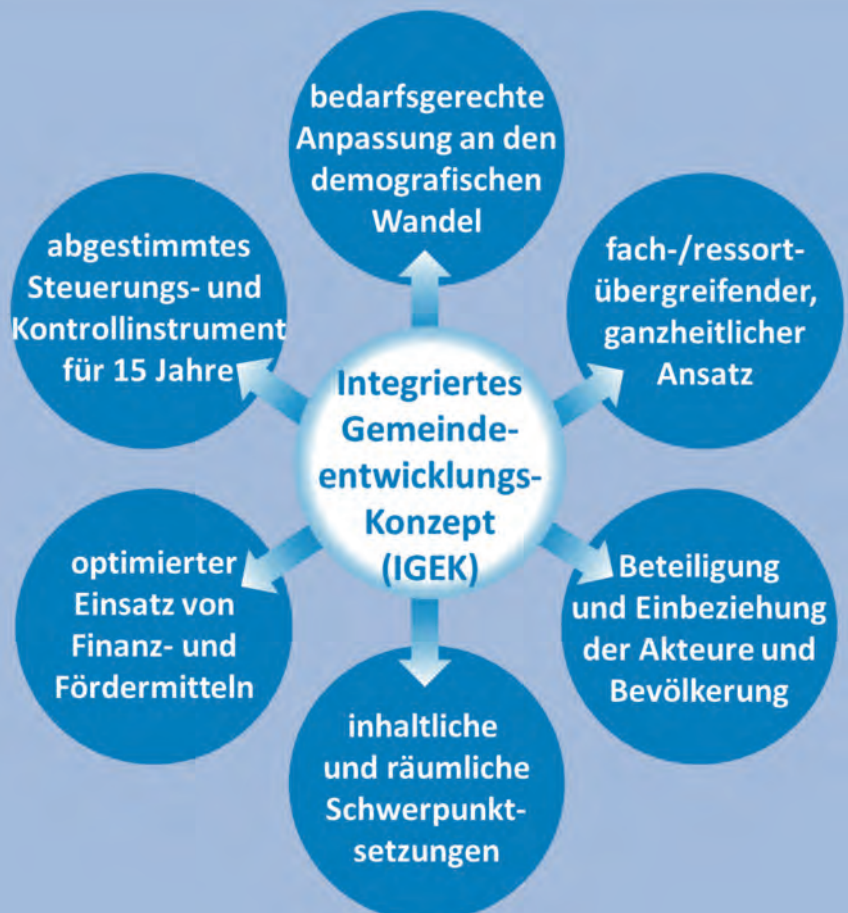


Leitfaden

zur Erstellung von Integrierten Gemeindeentwicklungskonzepten (IGEK) in Sachsen-Anhalt



Sachsen-Anhalt
WIR
GESTALTEN
DEMOGRAFIE



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Landesentwicklung und Verkehr

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Ansprechpartner:

Karin Schultze
Ines Heidler
Referat Demografische Entwicklung und Prognosen
www.demografie.sachsen-anhalt.de
E-Mail: karin.schultze@mlv.sachsen-anhalt.de, ines.heidler@mlv.sachsen-anhalt.de

Download Leitfaden:

<https://demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-und-foerderung/integrierte-gemeindliche-entwicklungskonzepte-igek/>

Konzeption, Erstellung, Gestaltung und Satz

Dr. Marie Bachmann
Dr. Reinhard Aehnelt
IFS Institut für Stadtentwicklung und Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93
10785 Berlin
www.ifsberlin.de
E-Mail: info@ifsberlin.de

Stand: Juli 2019

Titelseite

Oben links: Tor zu Stendal, Foto: Pressestelle, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt

Oben rechts: Im Klostergarten am Kloster Jerichow, Foto: Frank Boxler, Quelle: Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Mitte links: Ortsrundgang des IG EK-Teams mit Verantwortlichen der Ortschaft und der Stadtverwaltung in Rackith, Foto: Dr. Bock & Partner GbR Halle (Saale), Quelle: IG EK Stadt Kemberg, 2014

Mitte rechts: Bodebrücke mit Blick auf Staßfurt, Foto: Referat Demografische Entwicklung und Prognosen, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt

Genehmigungen der jeweiligen Autoren zur Verwendung liegen vor

Abbildungen und Fotos

Abbildungen und Fotos aus bestehenden Integrierten Gemeindeentwicklungskonzepten sind jeweils mit einer Quellenangabe gekennzeichnet (Genehmigungen der Autoren zur Verwendung liegen vor). Alle weiteren Grafiken ohne Quellenangabe beruhen auf einer eigenen Darstellung (IFS GmbH).

Sprache

Der Herausgeber weiß um die Bedeutung einer geschlechtergerechten Sprache und befürwortet grundsätzlich den Gebrauch von Parallelformulierungen. Von einer durchgehenden Benennung beider Geschlechter bzw. der konsequenten Verwendung geschlechtsneutraler Bezeichnungen wurde dennoch abgesehen, da dies die Lesbarkeit des vorliegenden Leitfadens deutlich erschwert.

Inhaltsverzeichnis

1. Worum geht es?

Einführung und Hintergrund Seite 3

- 1.1 Rahmenbedingungen und aktuelle Herausforderungen Seite 3
- 1.2 Zielsetzung und Nutzen integrierter Konzepte Seite 5
- 1.3 Planungstheoretische Einordnung Seite 6
- 1.4 Der Weg zum Konzept Seite 7

2. Was sind die Inhalte eines Konzeptes?

Themen und Handlungsfelder Seite 8

- 2.1 Themenschwerpunkte und Querschnittsthemen Seite 8
 - 2.1.1 Gemeinde und Bürgerschaft Seite 11
 - 2.1.2 Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur Seite 12
 - 2.1.3 Bauliche Entwicklung und Ortsbild Seite 14
 - 2.1.4 Lokale Wirtschaft und Tourismus Seite 15
 - 2.1.5 Grundversorgung und soziale Infrastruktur Seite 16
 - 2.1.6 Bildung und Betreuung Seite 17
 - 2.1.7 Kultur, Freizeit und Erholung Seite 19
 - 2.1.8 Verkehr und Mobilität Seite 20
 - 2.1.9 Technische Infrastruktur Seite 21
 - 2.1.10 Landschaft, Natur und Ressourcenschutz Seite 22
- 2.2 Themenauswahl und Zusammenfassung zu Handlungsfeldern Seite 23
 - 2.2.1 Empfehlungen zu gemeindespezifischen Anpassungen Seite 23
 - 2.2.2 Zusammenfassung zu gesamtkommunalen Handlungsfeldern Seite 25

3. Wie wird das Konzept gemacht?

Dialogorientierte Erstellung Seite 26

- 3.1 Organisationsstruktur und Dialog Seite 26
 - 3.1.1 Organisations- und Arbeitsstrukturen Seite 28
 - 3.1.2 Beteiligung von Akteuren und Bürgern Seite 29
 - 3.1.3 Intra- und interkommunale Kooperation Seite 31
 - 3.1.4 Öffentlichkeitsarbeit Seite 31
- 3.2 Bestandsanalyse Seite 32
 - 3.2.1 Bestandserfassung der kommunalen Rahmenbedingungen Seite 32
 - 3.2.2 Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Pläne Seite 33
 - 3.2.3 Profile der Gemeinde und einzelner Ortschaften Seite 33
 - 3.2.4 Stärken-Schwächen-Analyse und Einschätzung Handlungsbedarf Seite 34

3.3	Leitbild, Entwicklungsziele und Handlungskonzeption	Seite 35
3.3.1	Leitbildprozess.....	Seite 35
3.3.2	Ableitung der Entwicklungsziele.....	Seite 35
3.3.3	Handlungskonzeption mit Maßnahmen und Projektideen	Seite 37
3.3.4	Vorhabenprioritäten und Leitprojekte.....	Seite 37
3.4	Konzepterstellung und Beschluss	Seite 38
3.4.1	Text- und Kartenerstellung	Seite 38
3.4.2	Offenlage der Entwurfsfassung und Abstimmung	Seite 40
3.4.3	Politische Bestätigung und Bekanntmachung	Seite 40
4.	Wie geht es nach der Konzepterstellung weiter? Implementierung und nachhaltige Steuerung	Seite 41
4.1	Verstetigung und Umsetzung	Seite 41
4.2	Monitoring und Controlling	Seite 41
Anhang	Seite 43
	Muster IG EK-Gliederung.....	Seite 44
	Muster Profil/Steckbrief	Seite 45
	Muster Projektformular	Seite 46
	Datenquellen für Bestandsanalyse.....	Seite 47
	Angaben zur Leerstandserfassung	Seite 50
	Angaben zum Flächenmanagement	Seite 52
	Fördermöglichkeiten	Seite 53
	Beispiele für innovative Projekte und Initiativen	Seite 56
	Quellen und weiterführende Literatur.....	Seite 60

1. Worum geht es?

Einführung und Hintergrund

Mit diesem Leitfaden sollen die Träger eines Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes (IGEK), die Gemeinden oder Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt, bei der Vorbereitung, Durchführung und Umsetzung eines IG EK unterstützt werden. Hierzu erfolgt nach einer kurzen Einführung (Kapitel 1) ein Überblick über die relevanten Themen und Handlungsfelder eines IG EK (Kapitel 2). Strukturiert nach den einzelnen Phasen der Konzepterstellung werden konkrete Hinweise zur Durchführung gegeben (Kapitel 3). Darüber hinaus erfolgen Hinweise zur Weiterführung nach der Konzepterstellung (Kapitel 4) und es werden auch Vorlagen und Hinweise als weitere Hilfestellung zur Verfügung gestellt (vgl. Anhang). In der zunächst folgenden Einführung wird auf die Rahmenbedingungen und aktuellen Herausforderungen (Kapitel 1.1), Zielsetzung und Nutzen integrierter Konzepte (Kapitel 1.2), eine planungstheoretische Einordnung (Kapitel 1.3) und auf den Weg zum Konzept (Kapitel 1.4) eingegangen.

1.1 Rahmenbedingungen und aktuelle Herausforderungen

Wirtschaftlicher Strukturwandel und massiver Bevölkerungsrückgang haben die Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt im letzten Vierteljahrhundert vor große Herausforderungen gestellt. Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts von 2,9 auf 2,2 Mio., um knapp ein Viertel, reduziert (– 23 Prozent). In den meisten Klein- und Mittelstädten und den ländlichen Gemeinden des Landes zeichnet sich (noch) keine Trendwende bei der Bevölkerungsentwicklung ab. Gemäß der 6. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2016 ist bis zum Jahr 2030 mit einem weiteren starken Bevölkerungsrückgang zu rechnen (– 11,0 Prozent). Lediglich in den beiden Großstädten Magdeburg und Halle (Saale) werden keine Bevölkerungsverluste bis 2030 prognostiziert (vgl. Abbildung 1).

Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen rühren aus zu geringen Geburtenzahlen, Abwanderungen und der damit einhergehenden weiteren Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung (demografischer Wandel). Die ländlichen Räume sind vom

demografischen Wandel besonders stark betroffen, da durch fehlende Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten besonders junge Menschen die Regionen verlassen. Hierdurch sinken die Steuereinnahmen der ländlichen Gemeinden und die Kaufkraft der Bevölkerung. In der Konsequenz der sinkenden Bevölkerungszahlen kommt es zu Unterauslastungen der Infrastruktur und zu Schließungen von Einrichtungen wie Schulen, Arztpraxen, Einkaufsläden, Gaststätten, Postfilialen sowie zu Ausdünnungen des Öffentlichen Nahverkehrs. Diese Entwicklungen bewirken, dass noch mehr Menschen abwandern bzw. zu wenige Menschen zuwandern.

Zwar kommt dem ländlichen Raum eine große und wachsende Bedeutung als ökologischer Ausgleichsraum und als Erholungsraum zu. Doch gleichzeitig ist im ländlichen Raum die Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge und die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Neben dem demografischen Wandel gehören auch die nachstehenden Themen zu den weiteren Herausforderungen bzw. großen ökonomischen, technologischen, gesellschaftlichen und ökologischen Trends, die auch im ländlichen Raum Auswirkungen zeigen:

- Wandel der Arbeitswelt / Wandel zur Wissensgesellschaft
- Digitalisierung / technologischer Fortschritt
- Globalisierung / Internationalisierung
- Migration / Integration und Inklusion
- soziokultureller Wandel / Wandel von Werten und Lebensstilen
- erhöhte Mobilität / neue Mobilitätsformen
- ökologische Erfordernisse (Flächenverbrauch, Biodiversität, Klimawandel)
- Ressourcenmangel / Energiewende.

Bedingt durch die starke Bevölkerungsabnahme und eine notwendige Bündelung der Kräfte, unter anderem um kommunale Einrichtungen wirtschaftlich/effizient betreiben zu können, wurde in Sachsen-Anhalt eine Gemeindegebietsreform durchgeführt, die mit Beginn des Jahres 2011 abgeschlossen wurde. Die 218 neu gebildeten Gemeinden müssen sich sowohl im ländlichen wie auch im städtischen

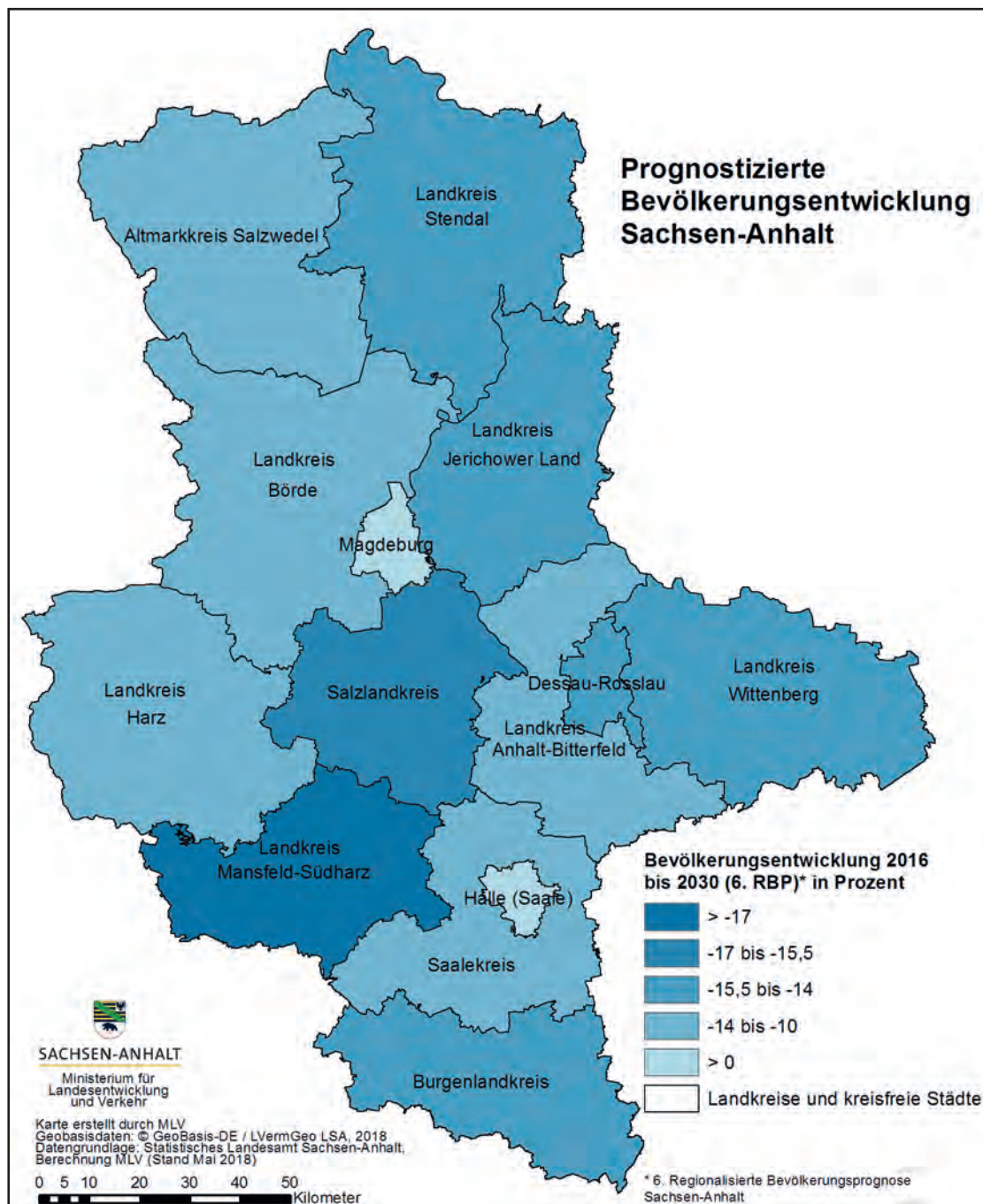
Bereich Fragen der Entwicklung stellen. Dazu sind Entwicklungskonzepte notwendig, die herausarbeiten, wie in den neuen politischen Strukturen die aktuellen komplexen Herausforderungen gelöst werden können.

In den neu geschaffenen Gemeinden Sachsen-Anhalts stimmten die räumlichen Ebenen für die verschiedenen formellen und informellen Entwicklungskonzepte und Planwerke nicht mehr überein.

Deshalb haben das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) und das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) im Zeitraum 2012 bis 2013 in zehn Modellgemeinden die Erstellung von Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepten (IGEK) gefördert.

Aufbauend auf den Ergebnissen und Erfahrungen in den zehn Modellgemeinden wurde in Sachsen-Anhalt 2014 der Entwurf eines Leitfadens für

Abbildung 1



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt, 2016

Kommunen „Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte (IGEK) in Sachsen-Anhalt“ erstellt (Quelle: MLV 2014) und eine „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integrierten Gemeindeentwicklungskonzepten“ erlassen (RIGEK, RdErl. des MULE vom 16.9.2015).

Im Jahr 2018 erfolgte eine Evaluierung einer Auswahl zwischenzeitlich erstellter Integrierter Gemeindeentwicklungskonzepte in Sachsen-Anhalt, in der vor allem der Gesamtprozess der Erstellung sowie die bisherige Zielerreichung der Gemeindeentwicklungskonzepte untersucht wurden (Quelle: Nexus 2018). Basierend auf den Erkenntnissen dieser Evaluierung soll den Gemeinden durch den vorliegenden überarbeiteten Leitfaden eine Orientierung und Anregung im Rahmen der Erstellung weiterer Integrierter Gemeindeentwicklungskonzepte gegeben und die strategische Qualität der IGEEK weiter geschärft werden.

1.2 Zielsetzung und Nutzen integrierter Konzepte

Die Komplexität der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen erfordert kommunal abgestimmte Strategien und Lösungen, die in integrierten Konzepten unter breiter Beteiligung der lokalen Akteure und Bürger entwickelt/erarbeitet werden sollen, um so eine breite Akzeptanz zu erfahren.

Durch den Perspektivwechsel von der lokalen zur gesamtkommunalen Betrachtung vergrößern sich sowohl das Spektrum der inhaltlichen Themen als auch die Anforderungen an den Prozess und die Prozesssteuerung.

Bedarfsgerechte Anpassung an den demografischen Wandel

Mit einem IGEEK sollen für alle Bereiche der kommunalen Entwicklung, die durch den demografischen und sozioökonomischen Wandel betroffen sind, die notwendigen Anpassungserfordernisse und Anpassungsstrategien aufgezeigt werden. Hierzu müssen Perspektiven und Strategien für die zukünftige Entwicklung der gesamten Gemeinde mit ihren Ortschaften (bzw. Orts-/Stadtteilen) erarbeitet werden. Durch den Blick auf die gesamtkommunale Ebene sollen Lösungen zur Stärkung der zentralen Funktionen sowie zur Sicherung der Lebensqualität gefunden werden.

Fach-/ressortübergreifender, ganzheitlicher Ansatz

Durch das große Spektrum der inhaltlichen Themen ist bei der Erstellung eines IGEEK ein ganzheitlicher Ansatz von großer Bedeutung, in dem die verschiedenen Fächer bzw. Ressorts in Verbindung miteinander gesehen werden (integrativer Ansatz). In Fachkonzepten und rein sektoralen Betrachtungen werden die Auswirkungen auf andere Themen und Wechselwirkungen häufig zu wenig oder gar nicht berücksichtigt.

Beteiligung und Einbeziehung der Akteure und Bevölkerung

Die Einbeziehung der Bürger und Akteure bei der Erarbeitung eines IGEEK ermöglicht eine frühe und umfassende Identifizierung der relevanten Handlungsfelder aus verschiedenen Perspektiven innerhalb einer Gemeinde. Die einzelnen Ortschaften der Gemeinden mit ihren verschiedenen Erfordernissen werden so beteiligt und es können bereits während der Erstellung Multiplikatoren für die spätere Umsetzung gefunden werden. Die Beteiligung und Mitwirkung der Bürger und Akteure kann eine langfristige Stärkung und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.

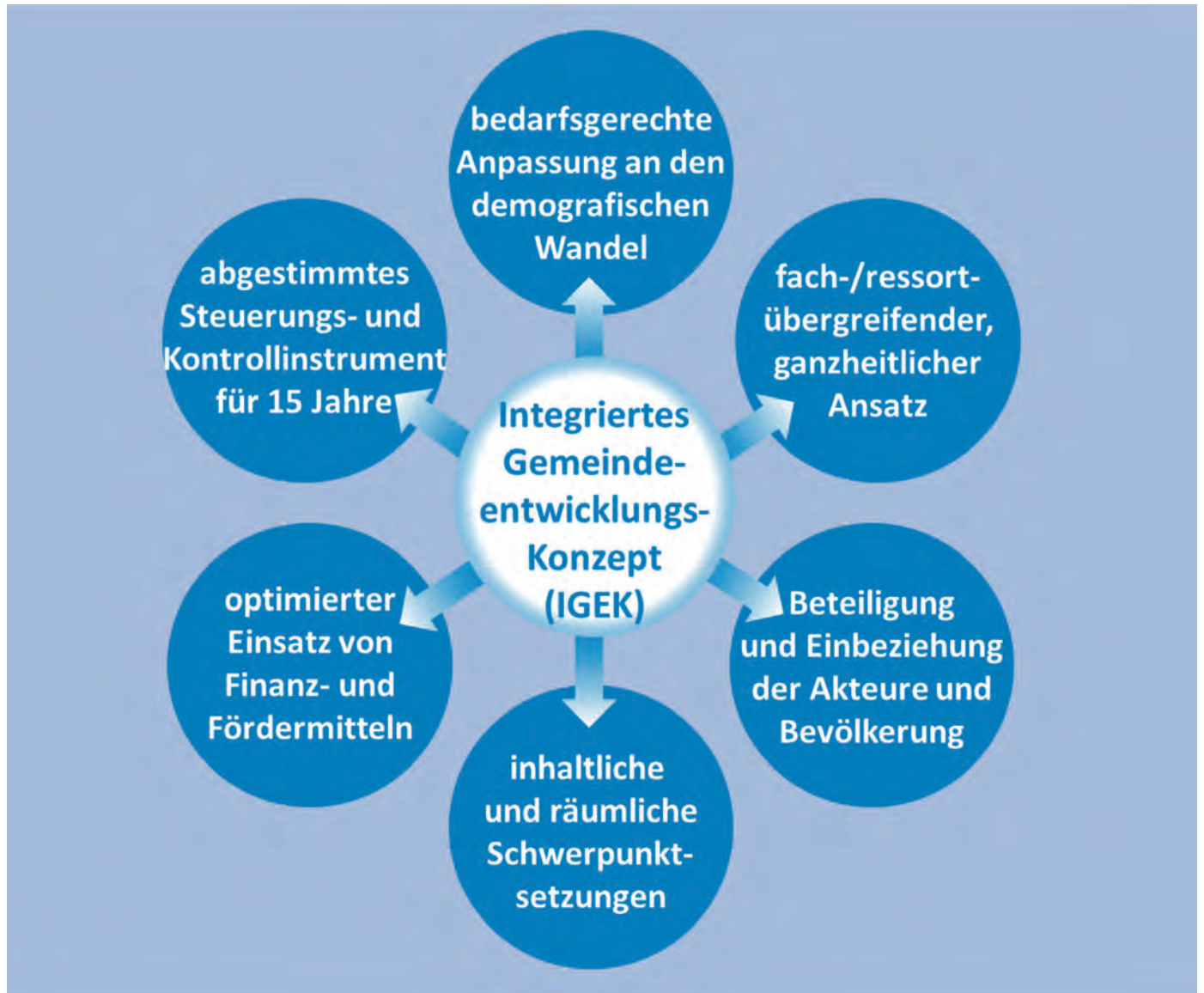
Inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzungen

Wesentlich bei der Erstellung eines IGEEK ist die Abstimmung und Priorisierung der inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte der zukünftigen Gemeindeentwicklung. Aufbauend auf strategisch-konzeptionellen Aussagen zu den relevanten kommunalen Themen werden Handlungsstrategien und (Leit-)Projekte identifiziert, die die strategische Ausrichtung auf der lokalen und gesamtkommunalen Ebene konkretisieren.

Optimierter Einsatz von Finanz- und Fördermitteln

Vor dem Hintergrund der angespannten kommunalen Haushalte ist ein optimierter und abgestimmter Einsatz knapper Finanz- und Fördermittel zwingend (Konsolidierung der kommunalen Haushalte). Gleichbleibende Infrastrukturausstattungen führen bei sinkenden Einwohnerzahlen in der Regel zu Kostensteigerungen pro Einwohner (Kostenremanenz). Daher ist eine weitere Zielstellung der IGEEK, innerhalb und zwischen den Gemeinden Synergieeffekte zu fördern und nicht mehr bedarfsgerechte Investitionen zu verhindern.

Abbildung 2



Abgestimmtes Steuerungs- und Kontrollinstrument für 15 Jahre

Mit den IG EK sollen sich die Gemeinden selber eine Orientierungshilfe und einen Handlungsleitfaden für die langfristige Entwicklung geben (Zeithorizont 15 Jahre). IG EK sollen darüber hinaus auch die Funktion eines Steuerungs- und Kontrollinstruments erfüllen, mit dessen Hilfe überprüft werden kann, in welchem Umfang die gesetzten Ziele der Gemeindeentwicklung tatsächlich erreicht wurden.

1.3 Planungstheoretische Einordnung

Integrierte Gemeindeentwicklungskonzepte (IG EK)¹ gehören zu den informellen Planungsinstrumenten, sind somit rechtlich nicht abschließend geregelt, erhalten aber durch den Beschluss der Gemeindevertretung eine verwaltungsinterne Selbstbindung.

¹ Gelegentlich werden die IG EK in Sachsen-Anhalt auch als Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte bezeichnet. In anderen Bundesländern werden z.T. abweichende Bezeichnungen verwendet: IKEK – Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte (Hessen, NRW), GEKO – Gemeindeentwicklungskonzepte (Saarland), GEK – Gemeindeentwicklungskonzepte (Bayern), GEK – Gemeindliche Entwicklungskonzepte (Thüringen).

Als leitbildorientierte konzeptionelle Rahmenplanung sind die Ergebnisse von Entwicklungskonzepten, wenn sie von der Gemeinde offiziell beschlossen wurden, jedoch bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen (BauGB § 1 Abs. 6 Nr. 11).

Auch die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK/INSEK) gehören zu den informellen Instrumenten. Diese werden für größere Gemeinden bzw. Städte erstellt. In Sachsen-Anhalt ist in einer Anlage zur RIGEK festgelegt, dass die 45 Städte, die Mittel aus dem Städtebauförderprogramm Stadtumbau bekommen haben und ein Stadtentwicklungskonzept erstellt haben, keine Förderung zur Erstellung eines IG EK erhalten. Es ist jedoch möglich, ein bestehendes (Stadtentwicklungs-)Konzept mit einem Gemeindeentwicklungskonzept gleichstellen zu lassen, ggf. mit notwendigen Ergänzungen (dazu ist eine Antragstellung beim zuständigen ALFF – Amt für Flurneuordnung und Forsten notwendig, vgl. RIGEK).

Weitere informelle Planungsinstrumente sind Regionale Entwicklungskonzepte (REK), Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) und Kreisentwicklungskonzepte (KEK). Darüber hinaus gibt es auch Mischformen wie beispielsweise Integrierte Stadtentwicklungs-/Regionalkonzepte (ISREK). Ebenfalls nur informelle Instrumente stellen Fachkonzepte/-pläne (z.B. für Sozialplanung, Schulentwicklung, Einzelhandelsentwicklung, Integration, Hochwasserschutz), Machbarkeitsstudien, Gestaltungskonzepte, Dorferneuerungskonzepte etc. dar.

Zu den formellen Planungsinstrumenten, die im Baugesetzbuch und den Raumordnungsgesetzen der Länder geregelt sind, gehören hingegen der Landesentwicklungsplan (LEP), die Regionalen Entwicklungspläne (REP) der fünf Planungsräume in Sachsen-Anhalt sowie die regionalen Teilgebietsentwicklungspläne (TEP). Auch die Bauleitplanung mit den Flächennutzungsplänen (FNP) und den Bebauungsplänen (B-Pläne) auf der Ebene der Gemeinde gehören ebenso wie Landschaftspläne, Umweltprüfungen, Vorhabens- und Erschließungspläne, Sanie-

rungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Satzungen zu den formellen Instrumenten. Die genannten Planungsinstrumente sind bei der Erstellung eines IG EK zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 3.3.2).

1.4 Der Weg zum Konzept

Die Gemeinde (oder Verbandsgemeinde) ist der Träger eines IG EK. Zunächst sind daher im Gemeinderat eine Diskussion und ein entsprechender Beschluss zur Erstellung eines IG EK notwendig. Darauf aufbauend können für die Erstellung des IG EK Fördermittel beantragt werden. Hierzu stehen in Sachsen-Anhalt zwei verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung:

- Richtlinie IG EK-RIGEK zur Förderung ländlicher Städte und Gemeinden, 75 Prozent Förderanteil, maximal 50.000,- Euro
- Förderprogramm Demografie für Konzepte mit starker demografischer Orientierung, 80 Prozent Förderanteil, maximal 80.000,- Euro.

Ausnahme: Bezieht die Gemeinde Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm Stadtumbau und gehört zu den 45 Stadtumbaustädten im Land Sachsen-Anhalt, können keine Fördermittel für ein IG EK beantragt werden (hier steht die Städtebauförderrichtlinie zur Verfügung, Förderanteile: 33 Prozent Bund, 33 Prozent Land, 33 Prozent Kommune). Nach Erhalt des Fördermittelbescheides für die Erstellung des IG EK schreibt die Gemeinde die Erstellung aus und beauftragt ein Planungs- oder Architekturbüro. Neben fachlichen, planerischen Fähigkeiten sind auch prozesssteuernde und moderative Kompetenzen empfehlenswert (Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit). Zu überlegen ist, ob eine Steuerungs-/Lenkungsgruppe bereits für den Prozess des Vergabeverfahrens einzurichten ist (vgl. Kapitel 3.1.1). Für die Erstellung eines IG EK ist eine Bearbeitungszeit von 12-15 Monaten einzuplanen. Der Ablauf und Prozess der Erstellung eines IG EK (vgl. Kapitel 3) sowie die abschließende Implementierung eines IG EK (vgl. Kapitel 4) wird in separaten Kapiteln erläutert.

2. Was sind die Inhalte eines Konzeptes? Themen und Handlungsfelder

Bevor im nächsten Kapitel detaillierte Hinweise für alle Phasen der Erstellung eines IG EK gegeben werden (vgl. Kapitel 3) werden in diesem Kapitel zunächst die möglichen thematischen Inhalte eines IG EK vorgestellt. Dazu werden Themenschwerpunkte und Querschnittsthemen beschrieben (vgl. Kapitel 2.1) und daran anschließend Hinweise zur Themenauswahl und Zusammenfassung zu Handlungsfeldern (vgl. Kapitel 2.2) gegeben.

2.1 Themenschwerpunkte und Querschnittsthemen

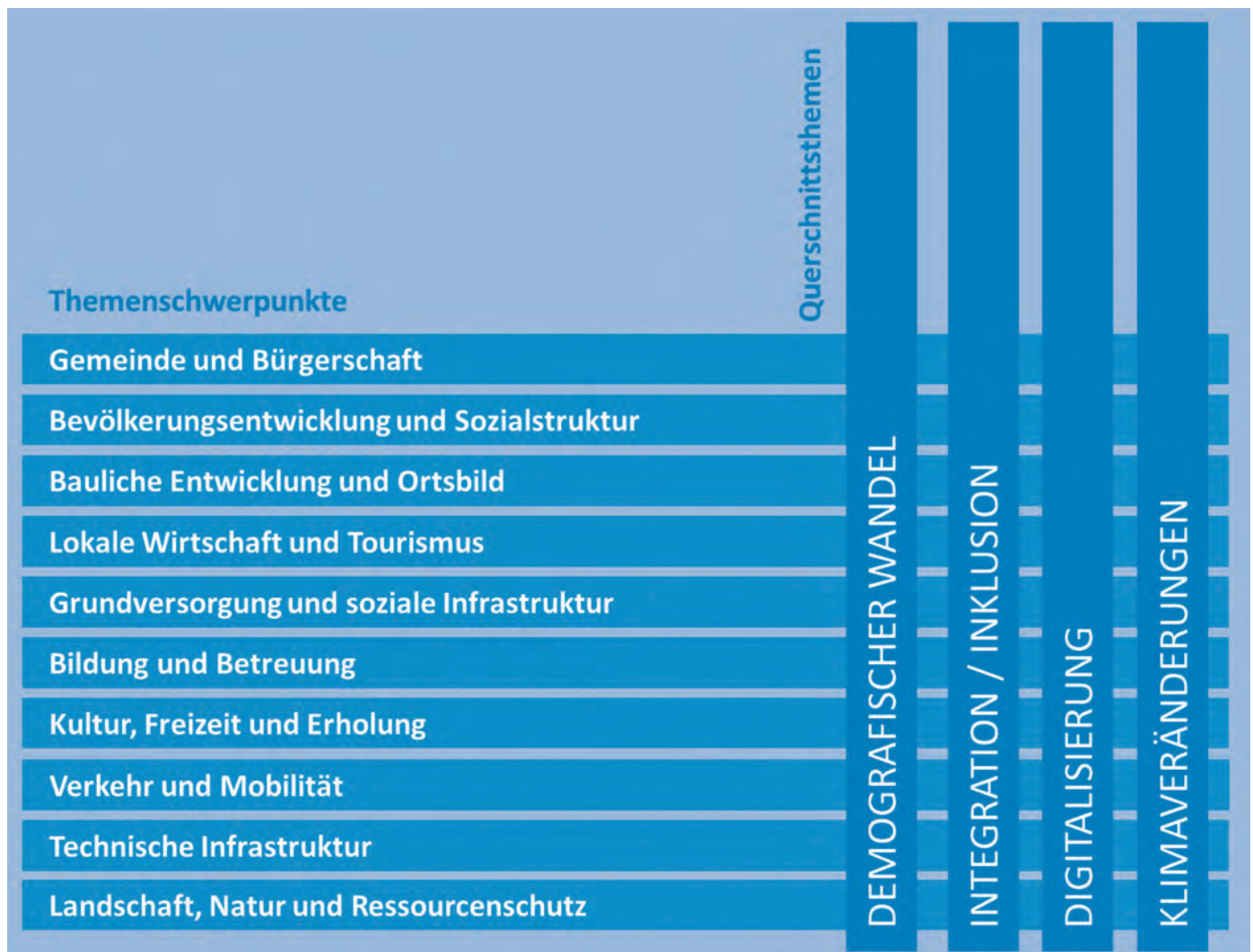
Das große inhaltliche Spektrum der IG EK erfordert seitens der Gemeinden eine Auseinandersetzung mit

sehr vielen verschiedenen Themen. Folgende zehn Themenschwerpunkte wurden identifiziert:

- Gemeinde und Bürgerschaft
- Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur
- Bauliche Entwicklung und Ortsbild
- Lokale Wirtschaft und Tourismus
- Grundversorgung und soziale Infrastruktur
- Bildung und Betreuung
- Kultur, Freizeit und Erholung
- Verkehr und Mobilität
- Technische Infrastruktur
- Landschaft, Natur und Ressourcenschutz.

Diese zehn Themenschwerpunkte werden nachfolgend in einzelnen Kapiteln beschrieben und mit

Abbildung 3



Beispielen aus bereits erstellten IG EK verdeutlicht (vgl. Kapitel 2.1.1 bis Kapitel 2.1.10). Sie stellen den inhaltlichen Rahmen für die Bestandsanalyse sowie für die Erarbeitung von Leitbild, Entwicklungszielen und Handlungskonzeption (vgl. Kapitel 3).

Ergänzend zu diesen zehn Themenschwerpunkten gibt es weitere Themen bzw. Entwicklungen und übergeordnete Zielstellungen, die als **Querschnittsthemen** in mehreren Themen zu beachten sind und zunächst vorgestellt werden:

- demografischer Wandel
- Integration / Inklusion
- Digitalisierung
- Klimaveränderungen.

Weitere mögliche Querschnittsthemen wie Nachhaltigkeit², Flächenverbrauch, Familienfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit sind bei den verschiedenen Themenschwerpunkten ebenfalls zu berücksichtigen.

Demografischer Wandel

Die demografischen Entwicklungen im Gebiet einer Gemeinde sind in einem IG EK als wichtiger Themenschwerpunkt separat und umfassend zu behandeln (vgl. Kapitel 2.1.2). Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind jedoch in nahezu allen Bereichen der gemeindlichen Entwicklung festzustellen und stellen somit auch ein Querschnittsthema dar.

Schrumpfungsprozesse haben Auswirkungen auf weitere Bereiche wie die infrastrukturelle Ausstattung (Unterauslastung) und die Siedlungsentwicklung (Leerstand). In ländlichen Räumen sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schulen, Postfilialen, Läden und Arztpraxen durch Schließung bedroht. Dadurch werden ländliche Räume weniger attraktiv für Ansiedlungen von Gewerbe und den Zuzug junger Familien. Der demografische Wandel kann so zu einer Abwärtsspirale führen. Für Strategien der Gemeinden heißt das, dass alle Maßnahmen und Konzepte die demografische Entwicklung berücksichtigen müssen und neue Wege nötig sind, um der veränderten Bevölkerungsstruktur Rechnung zu tragen. Mobilität in ländlichen Räumen, Anbin-

² Im Mai 2019 wurde von der Landesregierung Sachsen-Anhalt eine „Nachhaltigkeitsstrategie“ beschlossen.

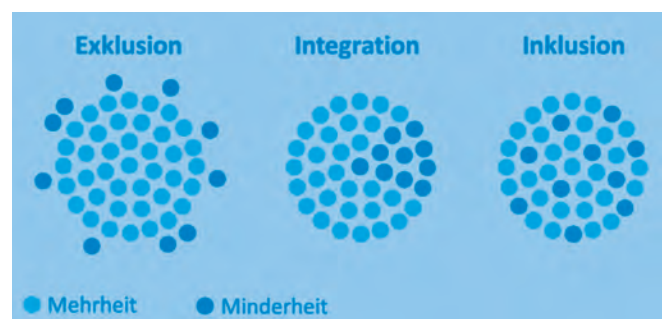
dung an den ÖPNV, flächendeckende Breitbandversorgung, Ärzteversorgung, Dorfläden sind hier wichtige Themen.

Betroffen sind sowohl die Quantitäten als auch Qualitäten verschiedener Angebote. Denn es verändert sich nicht nur die Nachfragemenge insgesamt, sondern es kommt auch zu einer Verschiebung der Bedürfnisse nach Altersgruppen: Die Nachfrage nach Angeboten für Kinder und Jugendliche nimmt ab und gleichzeitig steigen die Anforderungen und Mengen der Angebote für ältere Menschen. Seit 2018 gibt es in Sachsen-Anhalt ein aktualisiertes Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“. Im Demografie-Portal des Landes wird umfangreich über aktuelle Veranstaltungen, Wettbewerbe, Fördermöglichkeiten, erfolgreiche Projekte und Beispiele aus der Praxis informiert (www.demografie.sachsen-anhalt.de).

Integration/Inklusion

Die Vielfalt der Gesellschaft wächst (Pluralisierung der Lebensverhältnisse/-stile, Zuwanderung), woraus geänderte Bedürfnisse und Aufgaben in verschiedenen Bereichen entstehen. Als Querschnittsaufgabe soll Integration/Inklusion eine Teilhabe und Chancengleichheit aller Einwohner einer Gemeinde sicherstellen. Die Einbeziehung einer kleineren Gruppe in eine größere Gruppe kann dabei integrativ (als eine Teilgruppe) oder inklusiv (gleichberechtigt, ohne Gruppenzugehörigkeit) vollzogen werden (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4



Bei der sozialen und gesellschaftlichen Integration/Inklusion geht es um die Berücksichtigung und Einbeziehung verschiedener Altersgruppen, sozialer Milieus sowie kranker oder behinderter Menschen, aber auch um eine Akzeptanz und Gleichberechtigung/Partizipation verschiedener Kulturen,

Religionen, Ethnien/Nationalitäten und Genderzugehörigkeiten. Netzwerke, Begegnungsangebote und Möglichkeiten zur Teilhabe können darüber hinaus die Identität, die lokale Bindung, das Zugehörigkeitsgefühl und das (soziale) Engagement der Einwohner einer Gemeinde stärken.

Integration und Inklusion findet auf der kommunalen Ebene statt, beginnt in der Dorfgemeinschaft, im Vereinsleben, auf dem Spielplatz, in der Schule und im Betrieb. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt vor Ort vorbeugend gegen Entfremdungsprozesse (Demokratiemüdigkeit, Ausgrenzungsphänomene, Rechtsextremismus).

In Sachsen-Anhalt gibt es hierzu einen Integrationsbericht (2018), einen Bericht zur Inklusion („Auf dem Weg zur Inklusion“, 2015) und einen Landesaktionsplan („einfach mitmachen“ Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft, 2013).

Digitalisierung

Die Digitalisierung umfasst nahezu alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche und beschreibt die Transformation von analogen zu digitalen Prozessen. Informations- und Kommunikationstechnologien (I&K) ermöglichen Automatisierungen, Vernetzungen und Innovationen (E-Mails, Smartphones, Navi, Online-Handel, Streaming-Dienste etc.).

Auch im ländlichen Raum sind durch die Digitalisierung bereits Veränderungen festzustellen (z.B. Nahversorgung/Online-Handel/e-commerce, digitale Verwaltung/e-Government, Mobilitätsportale). Für die zukünftige Entwicklung sind weitere Potenziale zu prüfen und zu nutzen (z.B. Online-Marktplätze, Co-Working-Spaces, Homeoffice/Telearbeit, E-Health/ Telemedizin, Pflegeroboter, Car-/Bike-Sharing, e-Ticket-Buchung, ÖPNV-on-demand, Digital Farming, kommunale Geoportale, smart grids). Es gibt vielfältige Ideen und Handlungsansätze zur Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum zu „smart villages“ bzw. „digitalen Dörfern“.

Abbildung 5



www.digitale-doerfer.de

Die Verfügbarkeit des Internet und eine umfassende Breitbandversorgung als Teil der technischen Infrastruktur (vgl. Kapitel 2.1.9) ist dafür eine grundlegende Basis. Dies gilt besonders für global agierende klein- und mittelständische Unternehmen jenseits der Zentren/Metropolen („hidden champions“) und jüngere Menschen.

Seit 2018 gibt es in Sachsen-Anhalt eine Digitale Agenda (<https://digital.sachsen-anhalt.de>). Hier ist vermerkt, dass gemeindliche Digitalisierungskonzepte als Bestandteil eines IG EK definiert und eingeführt werden können und die Erstellung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK) gefördert werden kann (Quelle: Digitale Agenda, S. 44).

Klimaveränderungen

Die durch den Menschen verursachte globale Erwärmung der Erde, häufig als „Klimawandel“ bezeichnet, ist auf eine Zunahme der Treibhausgase durch mehrere Belastungsfaktoren/Verursacher zurückzuführen (vor allem: Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Feuerungsanlagen/Heizung). Temperaturanstiege, Klimaschwankungen und zunehmende Extremwetterereignisse sind die spürbaren Folgen der Klimaveränderungen, von denen auch die Gemeinden im ländlichen Raum betroffen sind (Landwirtschaft, Dürren, Überschwemmungen, Hochwasser etc.).

Klimaschutz beginnt vor Ort: Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung sind auch im ländlichen Raum von großer Bedeutung und in vielen Gemeinden gibt es bereits Klimaschutzkonzepte und/oder zur Koordination Klimaschutzmanager. Klimaschutzmaßnahmen sind eng

mit der Nutzung von Energieeinsparpotenzialen und Steigerung der Energieeffizienz (energetische Sanierungen, flächensparende Siedlungsentwicklung, vgl. Kapitel 2.1.3), einer nachhaltigen Landwirtschaft (extensive Tierhaltung, Reduktion Düngemittel, vgl. Kapitel 2.1.4), dem Schutz der Natur (Aufforstungen, vgl. Kapitel 2.1.10), einer klimafreundlichen Mobilität (ÖPNV, Elektromobilität, vgl. Kapitel 2.1.8) sowie einer veränderten Energieproduktion (erneuerbare Energien, dezentrale Anlagen, vgl. Kapitel 2.1.9) verbunden.

Weiterführende Literatur zum Thema Klimaschutz und ländlicher Raum gibt es vom Umweltbundesamt und vom Deutschen Institut für Urbanistik (vgl. Quellenangaben im Anhang). Für die drei Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es ein Regionales Klimainformationssystem (ReKIS), welches Klimadaten und Klimainformationen zur Verfügung stellt (www.rekis.org).

Seitens der Landesregierung Sachsen-Anhalt gibt es zum Thema Klimaveränderungen eine Broschüre „Beobachteter Klimawandel in Sachsen-Anhalt“ von 2018, eine „Strategie des Landes zur Anpassung an den Klimawandel“ von 2019 (Fortschreibung) sowie ein „Klima- und Energiekonzept Sachsen-Anhalt (KEK)“ von 2019.

2.1.1 Gemeinde und Bürgerschaft

Zur Einordnung und Beschreibung der äußeren Rahmenbedingungen einer Gemeinde können folgende Merkmale herangezogen werden:

- räumliche Lage innerhalb von Sachsen-Anhalt
- administrative Zugehörigkeit (Landkreis, regionaler Planungsraum)
- Raumtyp (Umlandgemeinde, ländlicher Raum)
- zentrale Funktion (Grund-/Mittelzentrum)
- Gemeindetyp (Einheitsgemeinde, Mitgliedsgemeinde einer Verbandsgemeinde)
- Verwaltungsgliederung/-sitz und innergemeindliche Gliederung (Ortschaften, Ortsteile)
- Mitgliedschaften und Kooperationen
- Flächenausdehnung (Größe), Flächennutzung
- kommunale Finanzkraft (Steuereinnahmen/EW, Schulden/EW).

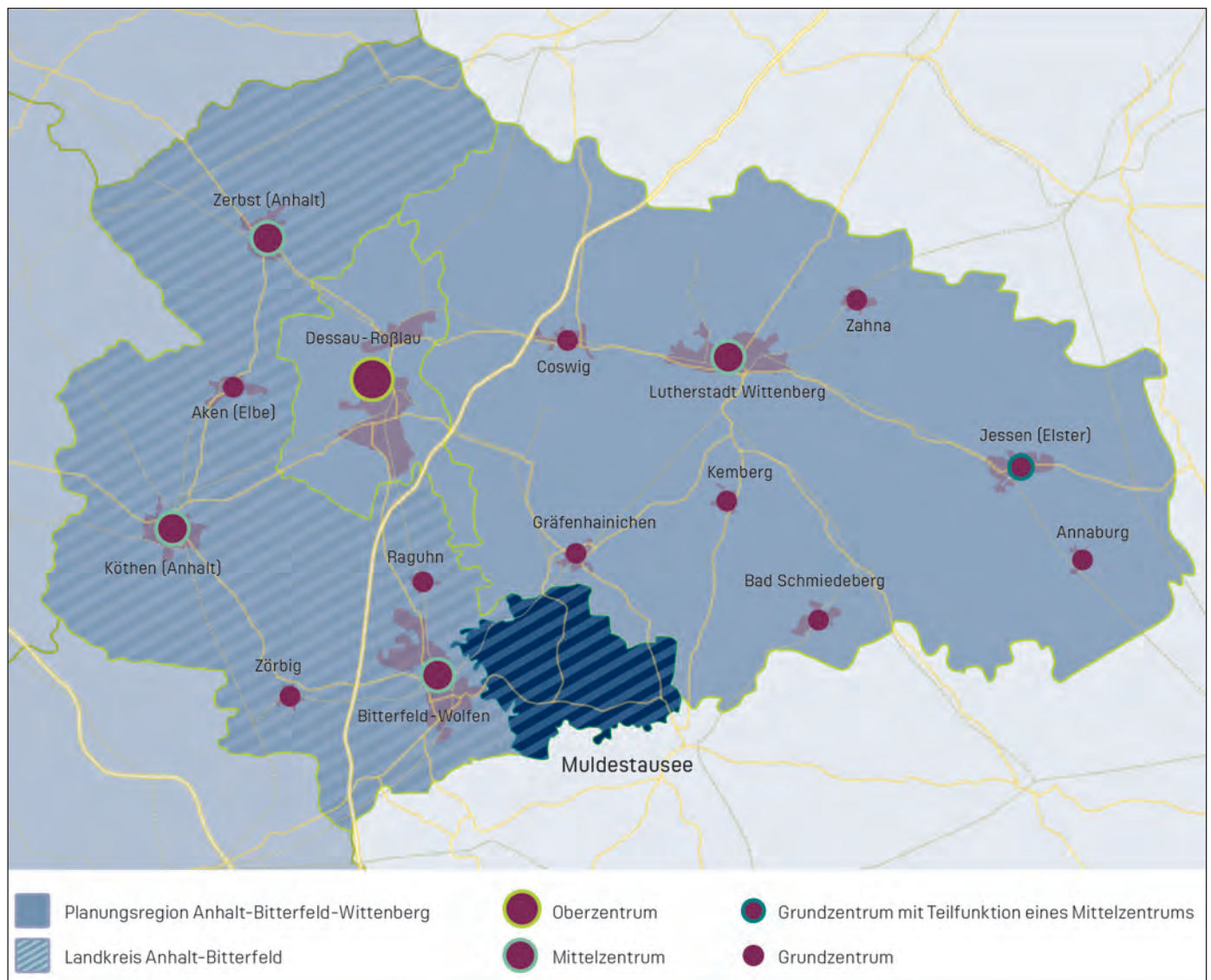
Eine Gemeinde zeichnet sich darüber hinaus aber auch durch weitere „weiche“ Merkmale aus, die die Bürgerschaft betreffen:

- Traditionen, Brauchtum, Ortsgeschichte
- kommunale Identität, Alleinstellungsmerkmale, Besonderheiten, Image
- Sozialleben, dörfliches Miteinander, Feste
- Vereinskultur/-wesen (z.B. Sportvereine)
- Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement (z.B. Freiwillige Feuerwehr, Kirchen, Nachbarschaftshilfen, Unterstützung von Integration, Flüchtlingshilfe).

Für das Sozialleben sind aktive Gruppen und Vereine von großer Bedeutung. Traditionelle Strukturen ändern sich jedoch und es sind Veränderungen zu eher flexiblen und ggf. nur temporären Formen des ehrenamtlichen Engagements möglich. Eine Anpassung des bürgerschaftlichen Engagements an den demografischen Wandel ist notwendig.

Abbildung 6

Lage der Gemeinde Muldestausee in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg



Quelle: IG EK Muldestausee, 2018 (erstellt durch: Dr. Bock & Partner GbR, Halle (Saale))

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur

Da die Bevölkerungsentwicklung für so gut wie alle anderen Themenbereiche der entscheidende Faktor ist, sollten die Situation und Entwicklung anhand folgender Merkmale möglichst genau und umfassend beschrieben werden (Entwicklung der letzten zehn Jahre und Prognose der nächsten zehn bis 15 Jahre:

- Bevölkerungsentwicklung mit natürlicher Bevölkerungsentwicklung (Geburten, Sterbefälle) und Wanderungsbewegungen (Zuzüge, Wegzüge)

- Altersaufbau/-struktur (Altersklassen, Jugend-/Altenquotienten, Hochbetagte)
- Bevölkerungsprognose/Szenarien (auch nach Ziel-/Altersgruppen)
- Bevölkerungszusammensetzung (Ausländer, Personen mit Migrationshintergrund, Zuwanderung/Migration).

Als Grundlage für die Bevölkerungsprognose kann die jeweils aktuelle Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt verwendet werden.

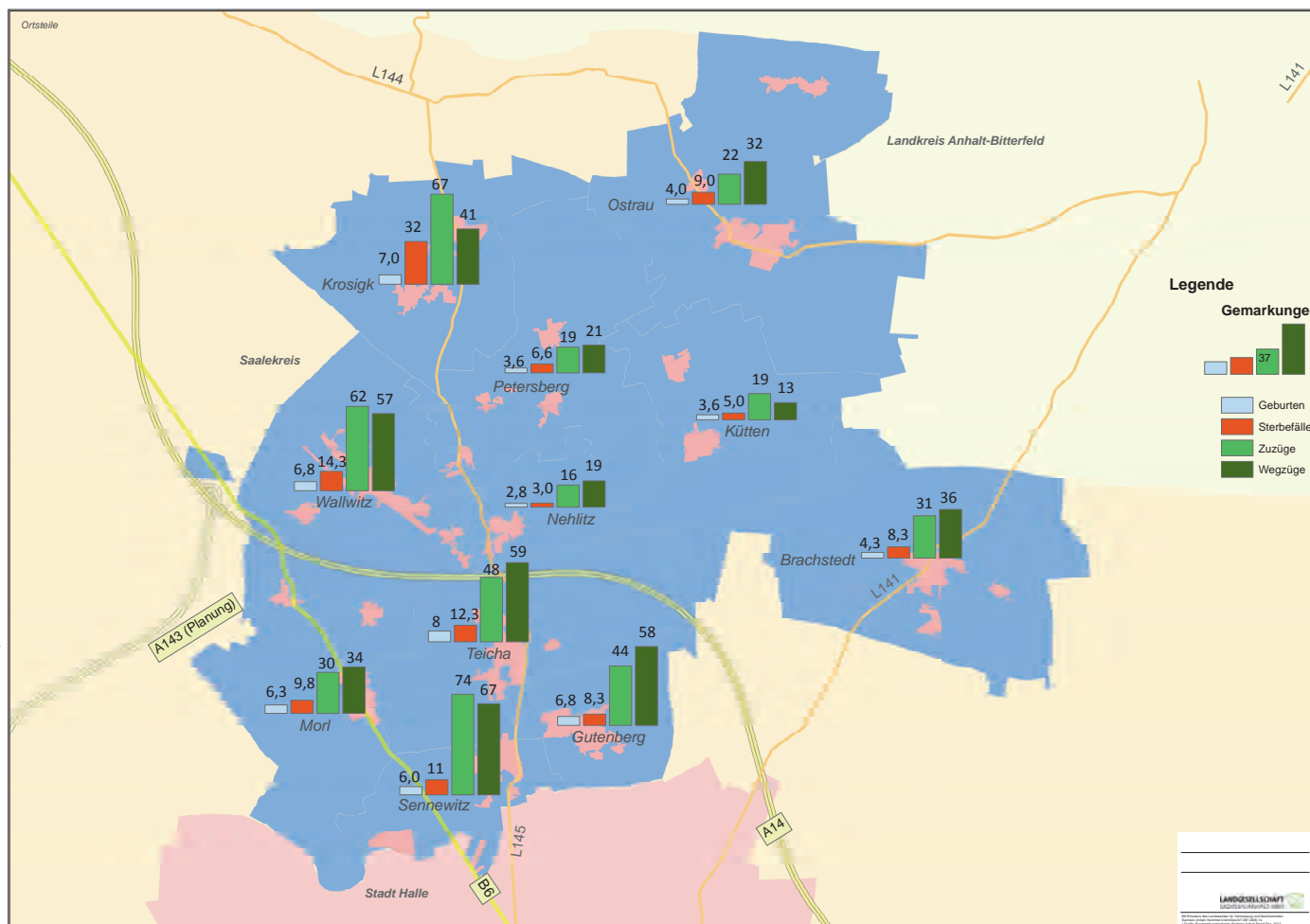
Die Sozialstruktur einer Gemeinde kann anhand der nachfolgenden Merkmale eingeordnet werden:

- Haushalte (Anzahl, Größe)
- Familienstand, Alleinerziehende
- Qualifikation/Bildungsabschlüsse
- Beschäftigungs-/Erwerbstätigenquote
- Arbeitslosigkeit (relative Arbeitslosenquote)
- Transferabhängigkeit, Sozialleistungen (SGB II-Quote, SGB XII-Quote, Pflege/SGB XI)
- Pflege (Empfänger von Pflegeleistungen)
- Einkommen (Einkünfte pro Steuerpflichtiger)
- Kaufkraft.

Die Erfassung der Bevölkerungsentwicklung und der Sozialstruktur sollte in einem sozial innovativen strategischen Planungsinstrument fachübergreifend Anwendung finden.

Abbildung 7

Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen nach Ortsteilen im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2016



Quelle: IG EK Petersberg, 2018 (erstellt durch: Landesgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH)

2.1.3 Bauliche Entwicklung und Ortsbild

Eine nachhaltige, flächensparende Entwicklung der Siedlungsstruktur ist von großer Bedeutung (Innenentwicklung, integrierte Wohnstandorte, Anbindung Nahverkehr). Zu berücksichtigen sind die notwendigen Anpassungen an den demografischen Wandel (Barrierefreiheit, neue Wohnformen). Der siedlungsstrukturelle Zustand und die bauliche Entwicklung ist anhand folgender Merkmale beschreibbar:

- Bebauungsstruktur (Baualter, Sanierungsstand)
- Wohnraumversorgung/-bedarf (Wohnungsangebot/-qualität, Miet-/Kaufpreise, Bautätigkeit)
- Leerstand, Umnutzung und Rückbau (Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur, ungenutzte Hofstellen)
- Fördergebietskulissen (Dorfentwicklung, Städtebauförderung)

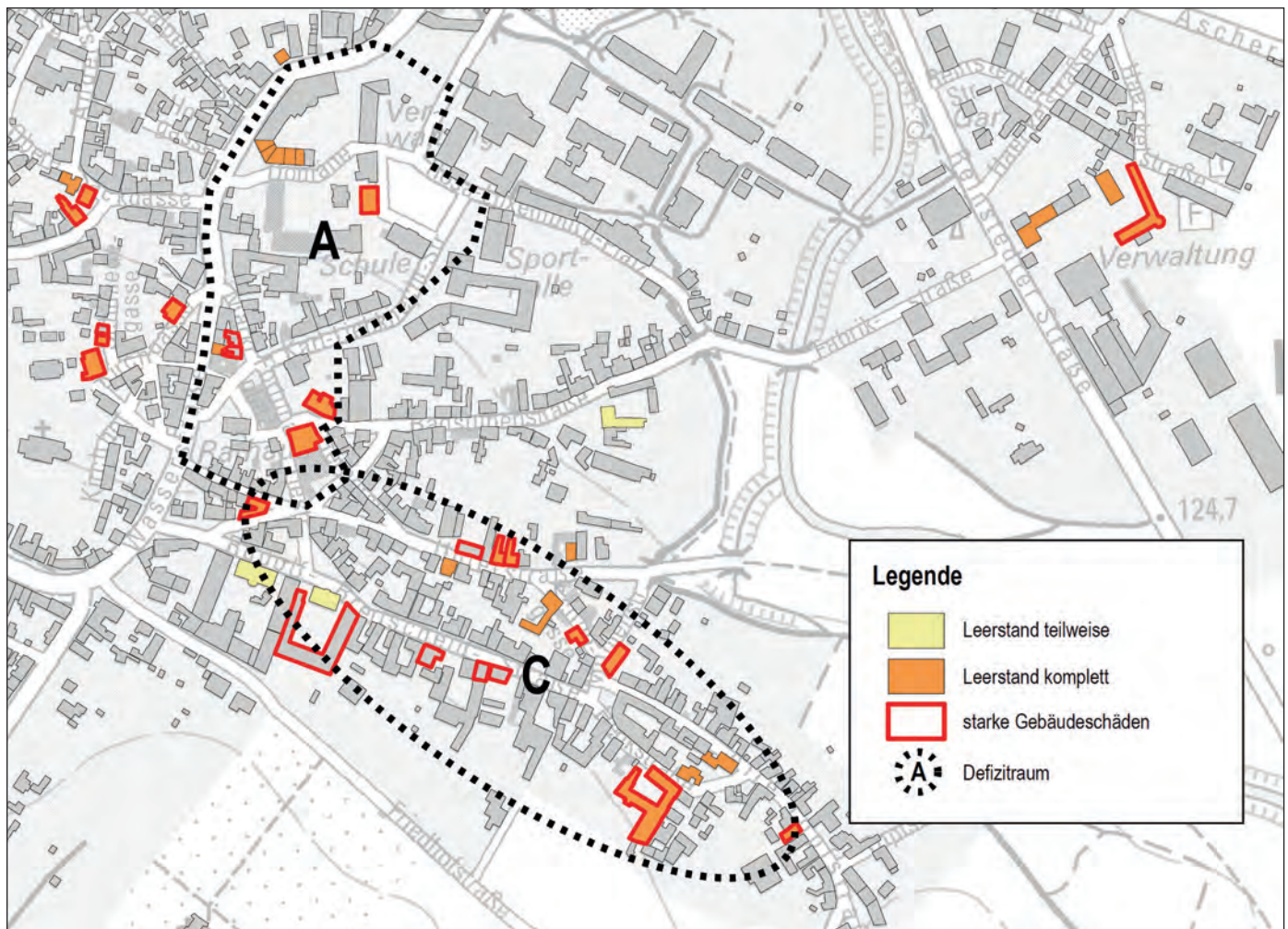
- Energetischer Sanierungsbedarf (Steigerung der Energieeffizienz)
- Siedlungsflächenentwicklung, Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung)
- Flächenmanagement (Flächenpotenziale, Baulücken, Brachflächen).

Zur Leerstandserfassung und zum Flächenmanagement gibt es im Leitfaden an gesonderter Stelle weiterführende Hinweise (vgl. Anhang).

Für die Bewertung der Siedlungsstruktur, der Wohn- und Lebensqualität, der Identifikation der einheimischen Bevölkerung, der Attraktivität für potenzielle Neubürger sowie eines (ggf. touristisch nutzbaren) Image ist das Ortsbild von großer Bedeutung. Folgende Aspekte gehören dazu:

Abbildung 8

Defizite bei Baustruktur, Leerstand und Nutzungen in Hoym (Ausschnitt), Bestandsaufnahme 2017



Quelle: IGEEK Stadt Seeland, 2017 (erstellt durch: Wenzel & Drehmann PEM GmbH)

- Ortsbildprägende Gebäude (Lage, individueller Charakter, identitätsstiftende Wirkung)
- Baukultur (bau-/kulturgeschichtliches Erbe)
- Denkmalschutz (Gebäude, Bauwerke)
- Ortszentrum, Freiraumsituation und Wohnumfeld (Plätze, Treffpunkte, Aufenthaltsqualität)
- städtebauliche Qualitäten (Straßen, Fußwege, Beleuchtung)
- Problemlagen, untergenutzte Flächen
- Ortseingänge/-ränder
- Ortstypische Bau- und Gestaltungsmerkmale (Gestaltungsrichtlinien).

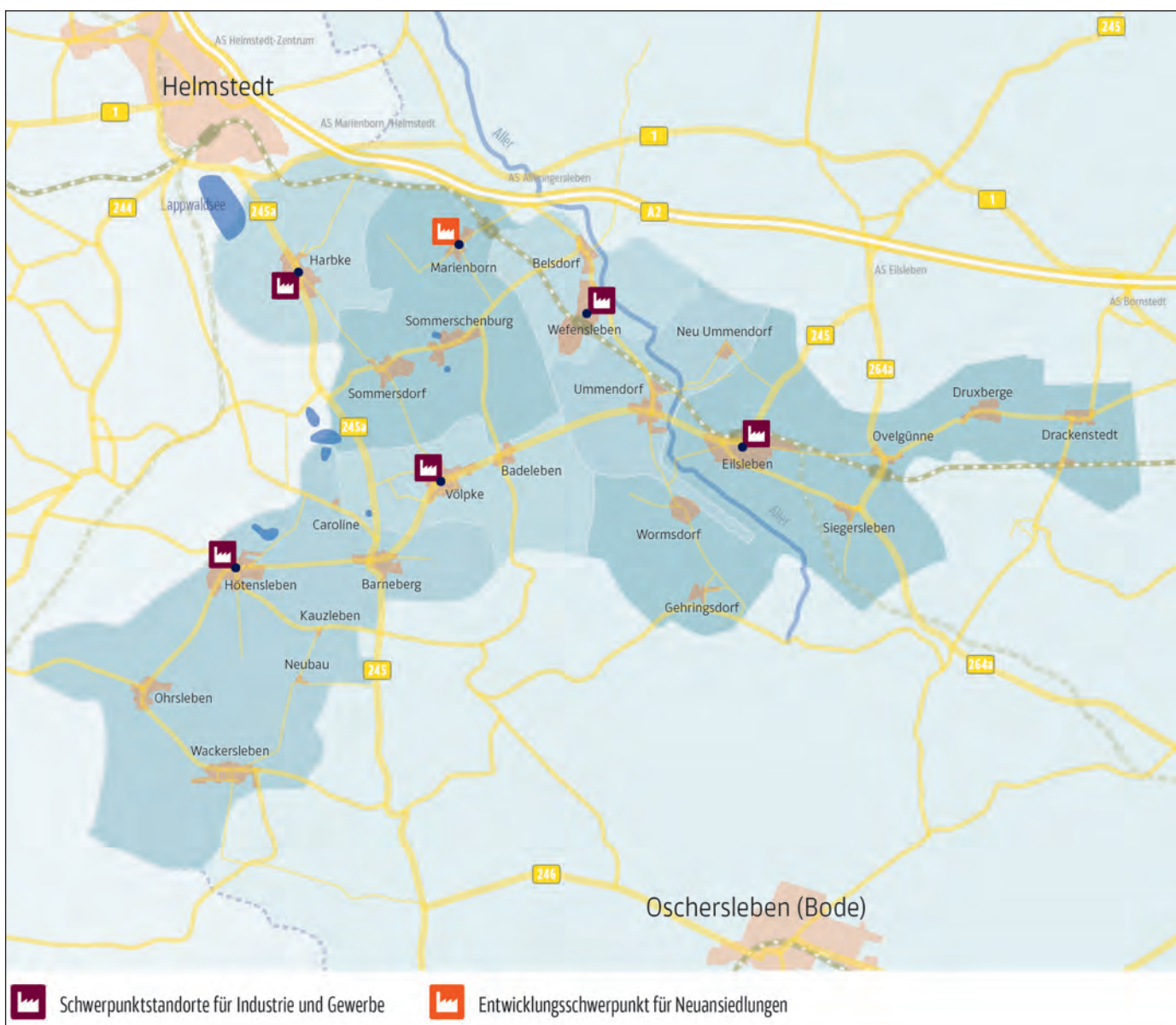
2.1.4 Lokale Wirtschaft und Tourismus

Im ländlichen Raum sind durch den Strukturwandel, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, viele Arbeitsplätze verloren gegangen (z.T. verbunden mit negativen Folgen für die Pflege der Kulturlandschaft und das Ortsbild). Potenziale bestehen in der regionalen Erzeugung, Weiterverarbeitung und Vermarktung.

Für die lokale Wirtschaft sollen in den IG EK die wichtigsten Strukturmerkmale und Entwicklungspotenziale bzw. -chancen aufgezeigt werden. Hierzu bieten sich folgende Merkmale an:

Abbildung 9

Lage der Gewerbestandorte im Gebiet der Verbandsgemeinde Obere Aller



Quelle: IG EK Obere Aller, 2018 (erstellt durch: Dr. Bock & Partner GbR, Halle (Saale))

- Arbeitsmarkt, SVB-Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (Arbeitsplatzbesatz, Pendler)
- Betriebe (Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Dienstleistungen, Gewerbe, Industrie, Bergbau)
- Gewerbestandorte (Gewerbeflächen/-gebiete, Gewerbebrachen, Altindustrieflächen)
- Wirtschaftsförderung (Bestandspflege, Ansiedlungen).

In einigen Gemeinden bestehen aufgrund der räumlichen Lage und vorhandener Attraktionen auch Entwicklungspotenziale für den **Tourismus**:

- Touristische Infrastruktur (Wegeführungen, Informations-/Leitsysteme, Übernachtung)
- Ortsbild und Sehenswürdigkeiten (Kirchen, Museen, Findlinge, Naturlehrpfade etc.)
- Kulturlandschaft (Landschaftsbild/-pflege)
- Kulturrouten
- Naturraum (Naturpark, Geopark, Biotop)
- Professionalisierung (Service, Qualität)
- Zielgruppen, Angebotspakete/-pauschalen

Für die Betriebe der lokalen Ökonomie und die Tourismuswirtschaft ist der Ausbau der Breitbandversorgung von zentraler Bedeutung (vgl. Kapitel 2.1.9). Offene Räume (z.B. open labs, Maker spaces, co-working-space) können zur Erhöhung oder Entwicklung der Innovationskraft vor Ort beitragen.

Der Bereich Einzelhandel/Nahversorgung ist dem Themenschwerpunkt Grundversorgung zugeordnet (vgl. Kapitel 2.1.5).

2.1.5 Grundversorgung und soziale Infrastruktur

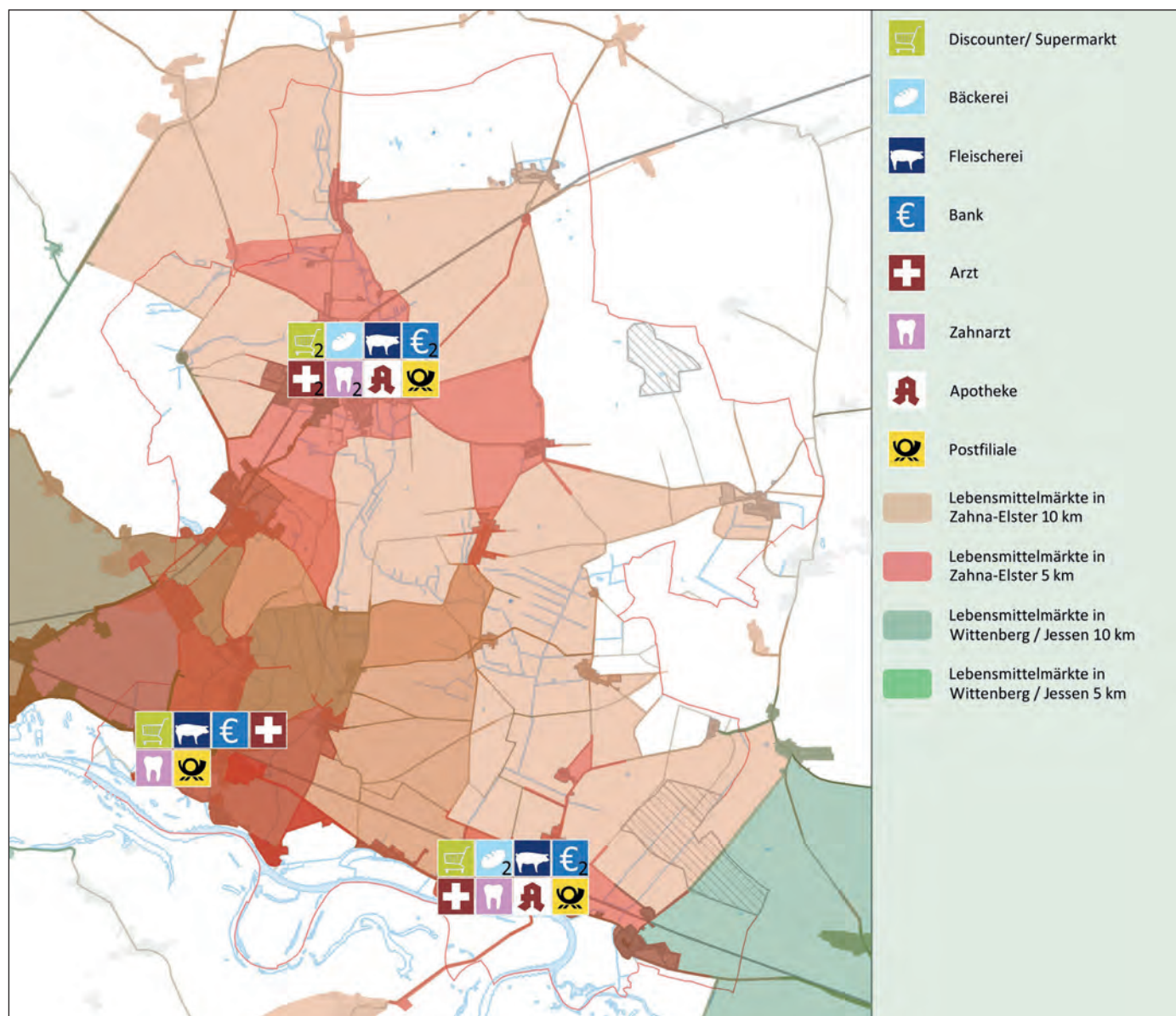
Für die **Grundversorgung und soziale Infrastruktur** sind eine umfassende Darstellung und Bewertung der folgenden Aspekte/Einrichtungen notwendig:

- Grund- und Nahversorgung (Lebensmittel/Einzelhandel, Wochenmarkt, Banken, Post, Tankstelle, Gastronomie etc.)
- Gesundheitswesen und Pflege (Haus-/Fachärzte, Apotheken, Krankenhäuser, ambulante/stationäre Einrichtungen, Tagespflege, Quartiersarbeit)
- Seniorenbetreuung (Sozialstation, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Altersheim)
- Wohnformen für bestimmte Zielgruppen (z.B. betreutes Wohnen, Angebote für Jugendliche)
- Dienstleistungsangebot der Gemeinde (öffentliche Verwaltung, Friedhöfe)
- Sicherheit und Gefahrenabwehr (Katastrophenschutz, abwehrender Brandschutz, Wasserwehr).

Als zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge sind die Grundversorgung und soziale Infrastruktur wesentlich für die Funktionsfähigkeit einer Gemeinde. Wenn das letzte Einzelhandelsgeschäft schließt, dann verschwindet nicht nur die lokale Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, sondern es verschwindet häufig auch der soziale Treffpunkt einer Gemeinde (insbesondere für ältere Menschen). Treffpunkte wie Gemeinbedarfseinrichtungen sind für ein bürgerschaftliches Engagement sehr wichtig (vgl. Kapitel 2.1.1 und Kapitel 2.1.7).

Auch die medizinische Versorgung und Pflegeversorgung sind in vielen Gemeinden des ländlichen Raums nicht ausreichend gewährleistet und Hausarztstellen bleiben oftmals unbesetzt (in Sachsen-Anhalt wird wegen des Landärztemangels bereits eine Landarztquote diskutiert). Um jüngere Menschen und Familien halten zu können bzw. sogar als neue Gemeindeglieder gewinnen zu können, ist es ganz wesentlich, dass das soziale Angebot einer Gemeinde gestärkt, den Zielgruppen bekannt gemacht und die Erreichbarkeit sichergestellt wird (vgl. Kapitel 2.1.8).

Abbildung 10
Grundversorgung, Basisdienstleistungen und Erreichbarkeit von Lebensmittelmärkten



Quelle: IG EK Zahna-Elster, 2017 (erstellt durch: Stadt- und Landschaftsplanung Lutherstadt Wittenberg, Bearbeiterin Kristin Hönschker)

2.1.6 Bildung und Betreuung

Durch abnehmende Kinder- und Schülerzahlen sind im ländlichen Raum auch Einrichtungen zur Bildung und Betreuung von Schließung bedroht. Aktuell und zukünftig sind daher eine hinreichende Kapazität und Auslastung sowie eine gute Erreichbarkeit von großer Bedeutung zur Standortsicherung. Durch Betriebsschließungen verlagern sich Ausbildungsplätze in größere Zentren.

Für den Bereich Bildung sind nachfolgende Aspekte in einem IG EK zu überprüfen:

- Schulangebot (Schultyp, Schulträgerschaft, Schulstandorte, Schülerzahlen)
- Ausbildungsplätze (Betriebe, Fachschulen)
- außerschulische Bildung für unterschiedliche Altersgruppen (Volkshochschulen, Musik-/Kunstschulen)
- Wissenschaft („Sommer-Universitäten“, „kreative Pioniere“).

Ein qualitativ hochwertiges und regional ausgewogenes Netz an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ist in allen Landesteilen vorzuhalten. Noch weiter verbesserte Kooperationsbeziehungen

zwischen den einzelnen Schulen sowie zwischen den Schulen und anderen (außerschulischen) Bildungseinrichtungen können einen wesentlichen Beitrag leisten.

Für den Bereich **Betreuung** sind insbesondere folgende Angebote wichtig:

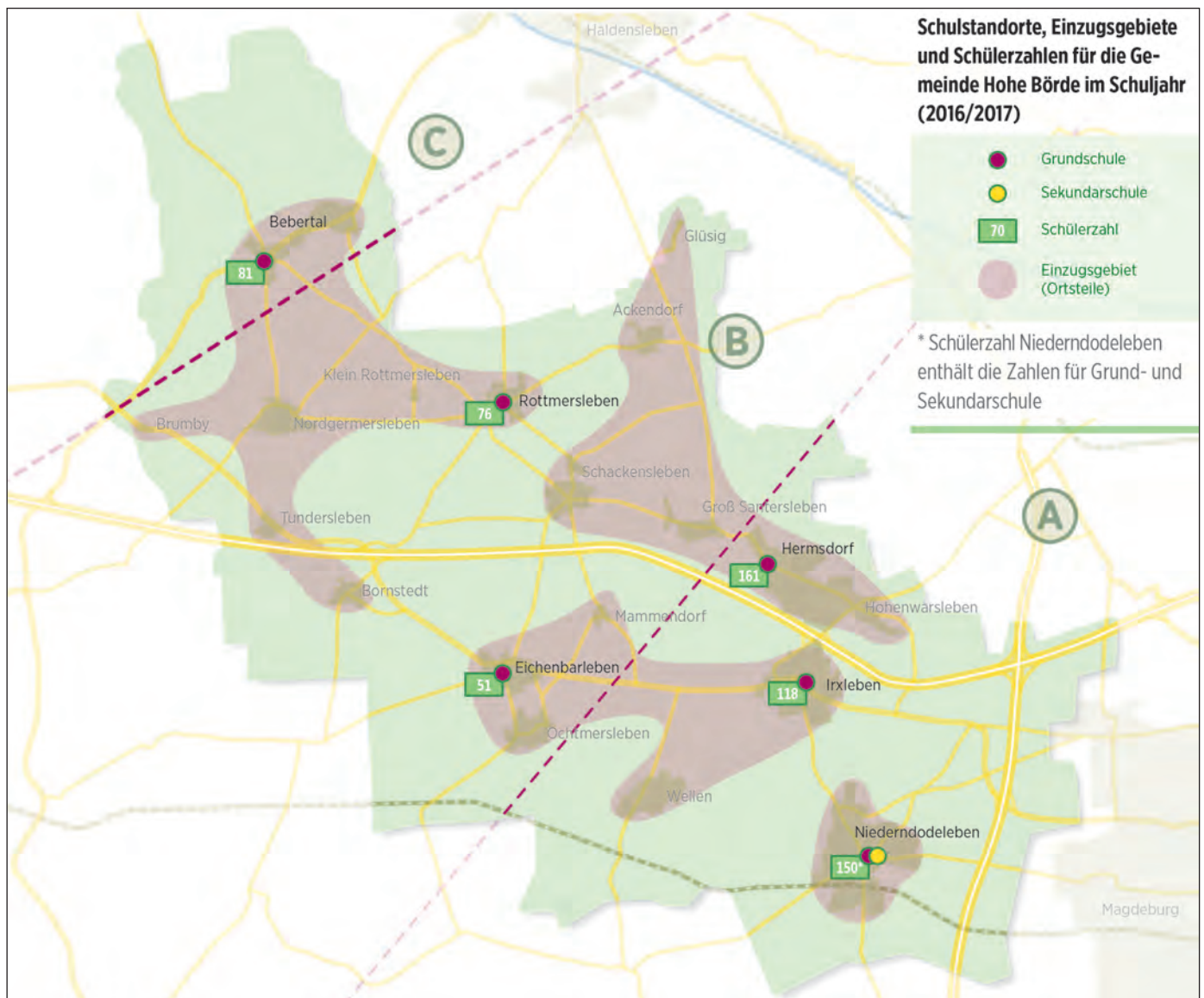
- (Klein-)Kinderbetreuung, Kindertageseinrichtungen
- außerschulische Kinder- und Jugendarbeit (Betreuung von Kindern/Jugendlichen in der Freizeit, Jugendhilfe).

Dem Bereich Bildung und Betreuung kommt hinsichtlich einer Attraktivität für Familien eine große Bedeutung zu (Familienfreundlichkeit).

Die Betreuung von weiteren Gruppen wie Senioren ist anderen Themenschwerpunkten zugeordnet (vgl. Kapitel 2.1.5).

Abbildung 11

Schulstandorte, Einzugsgebiete und Schülerzahlen für die Gemeinde Hohe Börde im Schuljahr (2016/2017)



Quelle: IG EK Hohe Börde, 2014 (erstellt durch: Dr. Bock & Partner GbR, Halle (Saale))

2.1.7 Kultur, Freizeit und Erholung

Neben den Angeboten für Bildung und Betreuung stellen attraktive Angebote und Einrichtungen im Bereich **Kultur, Freizeit und Erholung** ganz wesentliche Haltefaktoren für den ländlichen Raum, insbesondere für Jugendliche und Familien, dar:

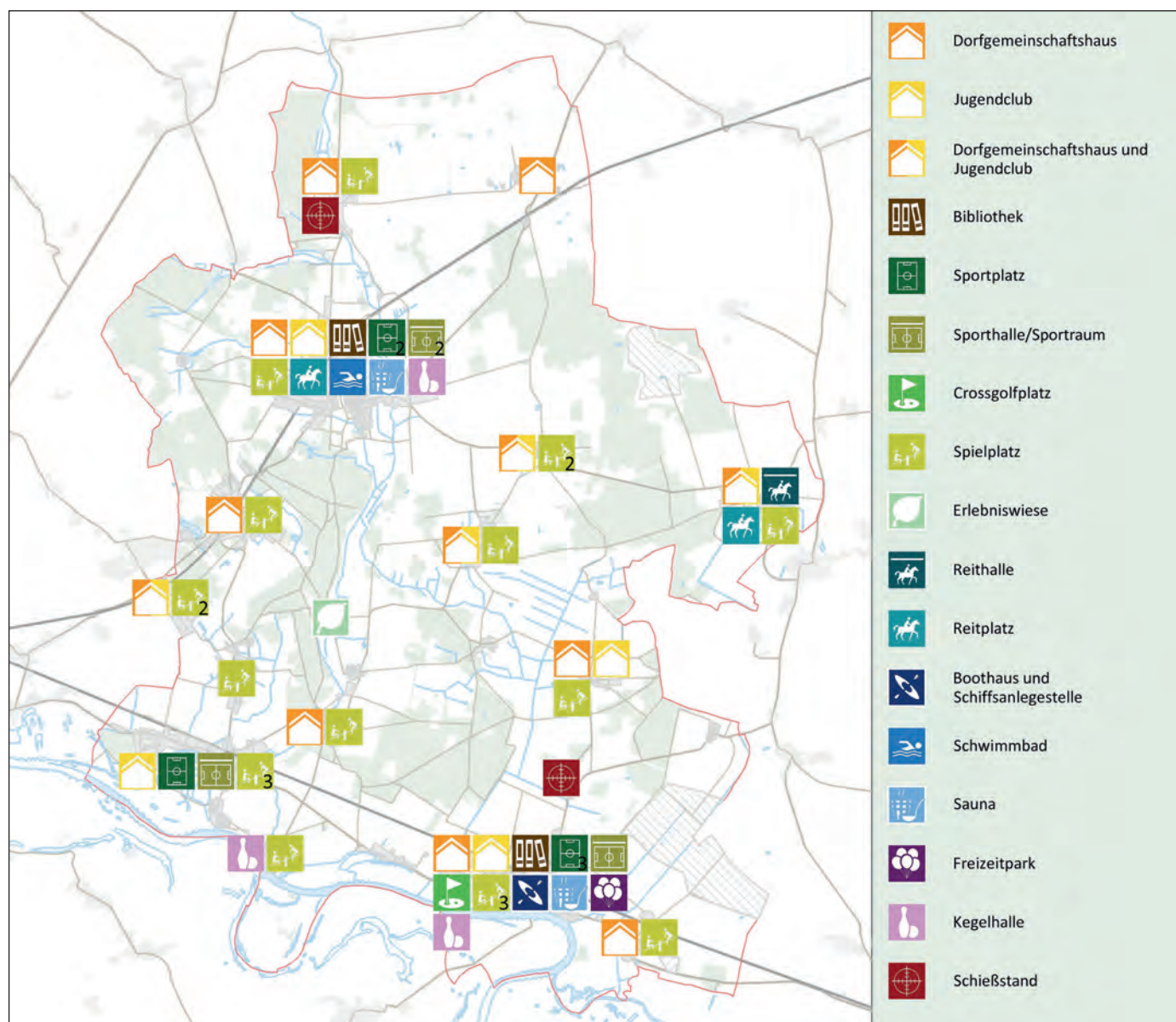
- kulturelle Einrichtungen (z.B. Museen, Büchereien/Bücherbus, Theater, Kino, Kulturhalle, Kirchen, Gedenkstätten, etc.)
- Freizeit-/Erholungseinrichtungen (Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendclubs, Seniorentreffs, Freizeitpark, Minigolf etc.)

- Spiel- und Sporteinrichtungen (Sportstätten, Schwimmbäder, Spielplätze)
- Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser, Vereinsheime, Schützenhäuser)
- Kleingartenwesen (Leerstand, Neustrukturierung, Rückbau).

Zu den kulturellen Angeboten gehören im ländlichen Raum traditionelle Angebote (Brauchtumspflege, Laienkultur, Feste), die zur Identifikation der Bevölkerung beitragen und auch ein positives Image fördern (Synergien zum Tourismus). Darüber hinaus sind

Abbildung 12

Einrichtungen der Freizeitgestaltung



Quelle: IG EK Zahna-Elster, 2017 (erstellt durch: Stadt- und Landschaftsplanung Lutherstadt Wittenberg, Bearbeiterin Kristin Hönschker)

jedoch auch innovative Ansätze der kulturellen Bildung notwendig, um gerade jüngere Menschen vor Ort zu halten. Hier bietet sich eine Weiterentwicklung und Förderung von Büchereien/Bibliotheken zu multifunktionalen Kultur- und Bildungseinrichtungen an, die als „Dritter Ort“ für Kommunikation sowie Lern- und Bildungsort für (digitale) Kompetenzen eine nicht-kommerzielle und niedrigschwellige Anlaufstelle für verschiedene Generationen darstellen können (mit freiem W-Lan, PC-Plätzen, 3D-Drucker, Schulungsangeboten). Ein ähnliches Konzept kann auch in Dorfgemeinschaftshäusern umgesetzt werden.

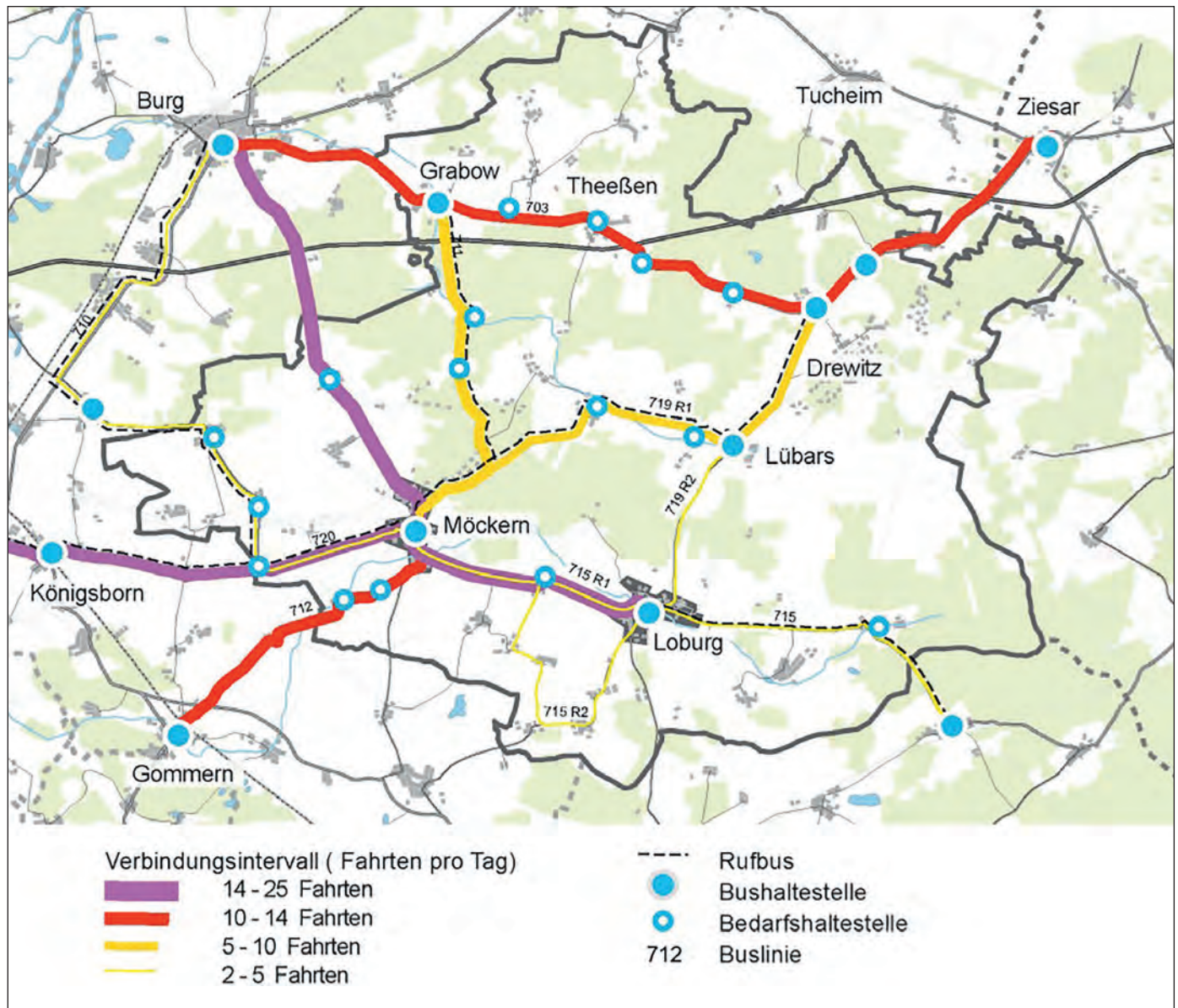
Einen weiteren Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt stellen Angebote im öffentlichen Raum dar (lebendige Ortsmitte/Dorfkern, Treffpunkte im Freien, Mehrgenerationenspielfläche). In diesem Zusammenhang wird auch auf den Sportatlas Sachsen-Anhalt verwiesen.

2.1.8 Verkehr und Mobilität

Bedingt durch eine zunehmende Funktionstrennung (Wohnen, Arbeiten, Versorgung nicht am gleichen Ort) kommt es zu steigendem Verkehrs- und Pendleraufkommen. Die öffentlichen (nah-)verkehrlichen

Abbildung 13

Busrouten und Haltestellen



Quelle: IG EK Stadt M ö c k e r n 2014 (erstellt durch: Büro für urbane Projekte)

Angebote wurden in vielen ländlichen Räumen ausgedünnt, so dass es zu einer Zunahme des Individualverkehrs kommt.

Zur Gewährleistung der Mobilität ist eine Anbindung und Erreichbarkeit (mit/ohne eigenes Auto) in hinreichender bzw. attraktiver Quantität und Qualität wichtig. Ein funktionierender ÖPNV ist für alle Bevölkerungsgruppen relevant, die aus Alters-, Gesundheits- oder sonstigen Gründen nicht mit dem privaten Pkw ihre Wege zurücklegen können (dazu gehören neben Schülern und Auszubildenden insbesondere ältere und behinderte Menschen).

Der Fokus der gemeindlichen Entwicklung sollte daher auf dem qualitativen Ausbau der ÖPNV-Angebote liegen (Reduzierung Flächenverbrauch, Klimaschutz).

Im IG EK können für den Bereich Verkehr und Mobilität folgende Aspekte relevant sein:

- Schienenpersonen(nah-)verkehr (Bahnbindung, Bahnhöfe, Haltepunkte) und übriger ÖPNV (Linienbusse, Rufbusse, Schülerverkehr)
- alternative Bedienformen (Bürgerbus, Mitfahrssysteme, Ruf-/Sammeltaxi, Car-Sharing, KombiBus)
- Verkehrswege, Straßen- und Wegenetz (Unterhaltung, Instandsetzung/Sanierung, Rückbau)
- Pendlerbewegungen/-ströme
- Elektromobilität (Ladestationen, Fuhrpark der Kommune/Stadtwerke)
- Verkehrsberuhigung und Parkplatzsituation.

Zur Mobilität gehören auch mobile Versorgungsangebote (fahrende Bibliothek, mobiles Bürgerbüro, mobiler Laden, Marktwagen, medizinische Dienste, Liefer- und Kurierdienste), die eingesetzt werden, wenn sich stationäre Einrichtungen unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr lohnen. Sie können stationäre Versorgungseinrichtungen ergänzen und bringen das Produkt zum Kunden (vgl. Kapitel 2.1.5 und Kapitel 2.1.7).

2.1.9 Technische Infrastruktur

Für alle Anlagen der technischen Infrastruktur spielen die aktuellen und zukünftigen Auslastungen – in Abhängigkeit der demografischen Entwicklungen sowie technischen Neuerungen – eine wichtige Rolle. Im IG EK kann die technische Infrastruktur mit folgenden Einrichtungen und Angeboten abgebildet werden:

- Wasserver-/entsorgung (Trinkwasser, Abwasser)
- Energieversorgung (auch erneuerbare Energien aus Wind, Wasser, Biomasse, Solar/Photovoltaik)
- Gas
- Fernwärme
- Geothermie
- Abfallentsorgung
- Kommunikationsdienste (Telekommunikation, Breitband/DSL, Mobilfunk)
- städtische Liegenschaften (z.B. Bauhöfe, Feuerwehr).

Die Verkehrsinfrastruktur ist gesondert beschrieben (vgl. Kapitel 2.1.8).

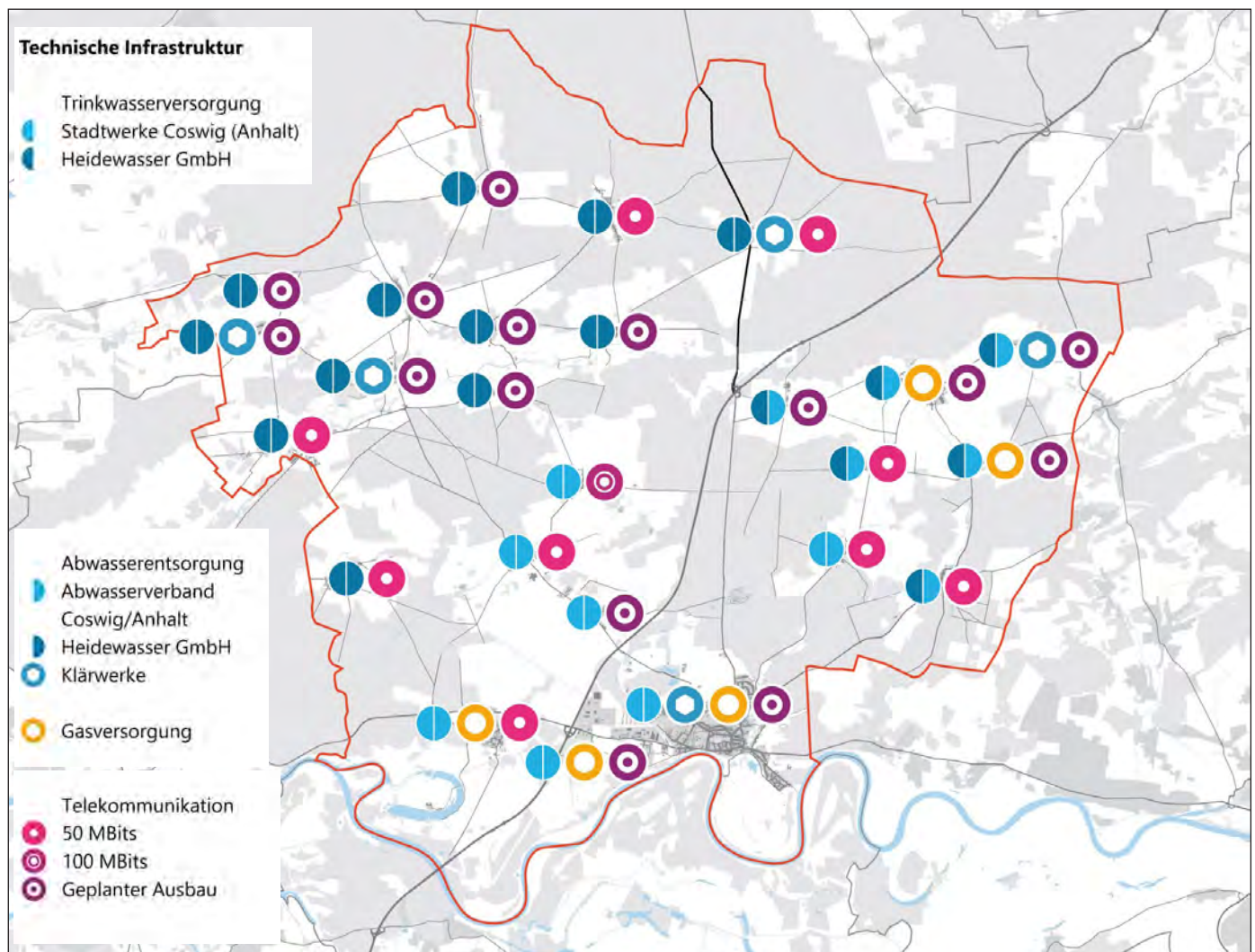
Insbesondere im Bereich der technischen Infrastruktur kommen interkommunaler Zusammenarbeit und Kooperationen eine besondere Rolle zu (vgl. Kapitel 3.1.3).

Hinsichtlich der Energieversorgung bestehen auch auf der Ebene der Gemeinde Herausforderungen aus der Energiewende sowie Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung (z.B. Blockheizkraftwerke). Im Interesse des Klimaschutzes und der Entlastung der kommunalen Haushalte sollen mit Aussagen zum Energieverbrauch öffentlicher Einrichtungen Einsparpotenziale ermittelt werden.

Eine flächendeckende stabile Breitbandversorgung stellt für Wirtschaftsunternehmen, Bildungseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen, den Nahverkehr/Mobilitätsportale, private Haushalte und die öffentliche Verwaltung eine elementare Standortbedingung dar (vgl. Kapitel 2.1). Gerade in ländlichen Räumen kann ein diesbezüglich gutes Angebot die Attraktivität als Wohn- und Lebensstandort erheblich erhöhen (z.B. Online-Marktplätze, Homeoffice/Telearbeit).

Abbildung 14

Technische Infrastruktur



Quelle: IG EK Coswig, 2017 (erstellt durch: Büro für urbane Projekte)

2.1.10 Landschaft, Natur und Ressourcenschutz

Große Flächen der ländlichen Räume sind ökologischer Ausgleichsraum insbesondere zum Erhalt und zur Verbesserung der biologischen Vielfalt. Natur und Landschaft bieten aber auch Möglichkeiten für (Nah-) Erholung und Freizeit (ggf. Tourismus). Der Themenbereich **Landschaft, Natur und Ressourcenschutz** kann in einem IG EK folgende Schwerpunkte haben:

- (Kultur-)Landschaft (Landschaftsbild/-pflege, Strukturreichtum, Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile, Landschaftsschutzgebiete)
- Schutzgebiete für Natur/Umwelt (Biosphärenreservate, Vogelschutzgebiete, Feuchtgebiete, FFH-

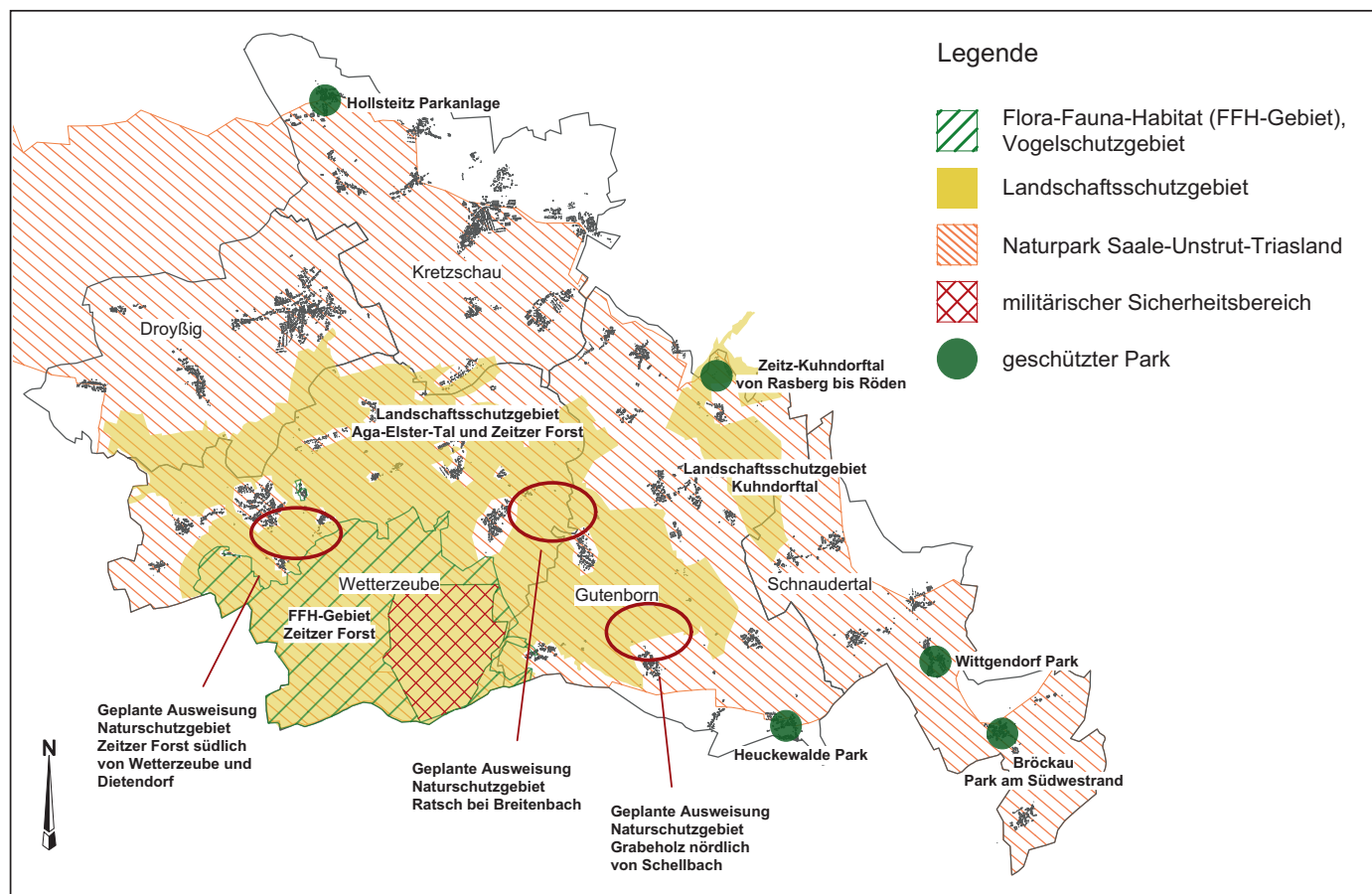
Gebiete, Nationalparke, Naturparke, Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete)

- Ressourcenschutz (Boden, Wasser, biologische Vielfalt/Biodiversität, Mikroklima/Luftgüte)
- Anpassung an den Klimawandel (Extremereignisse, Katastrophen-/Hochwasserschutz, Deichbau).

Zum Schutz der Landschaft und natürlicher Ressourcen stellt die Reduzierung des Flächenverbrauchs eine wichtige Stellschraube dar, auf die die Gemeinde konkret Einfluss ausüben kann. Hier kommt der Innenentwicklung in den Ortsteilen (Nutzung von Baulücken, Brachflächen, Revitalisierung/Beseitigung von Leerstand) eine zentrale Bedeutung zu. Damit verbunden ist auch eine Überprüfung bestehender Bauleitplanungen (vgl. Kapitel 2.1.3).

Abbildung 15

Schutzgebiete in der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer-Forst



Quelle: IG EK Droyßiger-Zeitzer-Forst, 2018 (erstellt durch: KEWOG Städtebau GmbH)

Bedingt durch den Klimawandel (vgl. Kapitel 2.1) ist mit einer Zunahme von Extremereignissen zu rechnen (Starkregen, Sturzfluten, Hochwasser, Hitze, Trockenheit/Stürme), die zu großen Schäden in der Landwirtschaft und bei privaten Haushalten führen können. Die Gemeinden müssen Anpassungsmaßnahmen vornehmen, um lokale Überschwemmungen, Staubverwehungen und Bodenabträge/-erosion so weit wie möglich zu minimieren (Gefahrenabwehr). Hierzu gehören neben dem Hochwasserschutz/Deichbau auch Gewässerrenaturierungen, Aufforstungen, Strukturelemente in der Landschaft (Hecken zum Schutz vor Winderosion) sowie Begrünungen im Siedlungsbereich (Verschattung, Versickerung).

2.2 Themenauswahl und Zusammenfassung zu Handlungsfeldern

Von den möglichen Themenschwerpunkten und Querschnittsthemen, die in einem IG EK zu behandeln sind (vgl. Kapitel 2.1.), sind für jede Gemeinde die jeweils individuell relevanten Themen auszuwählen (vgl. Kapitel 2.2.1). Daran anschließend erfolgt eine Zusammenfassung zu gesamt kommunalen Handlungsfeldern (vgl. Kapitel 2.2.2).

2.2.1 Empfehlungen zu gemeinde-spezifischen Anpassungen

In den Gemeinden weichen die individuelle Ausgangslage, die Rahmenbedingungen sowie die Potenziale (stark) voneinander ab. Die hinsichtlich der Einwohnerzahl kleinste (Einheits-)Gemeinde von Sachsen-Anhalt (Stadt Falkenstein/Harz mit rd. 5.300 Einwohnern im Jahr 2017) hat andere Aufga-

ben zu bewältigen als die größte Gemeinde (Hohe Börde mit rd. 18.000 Einwohnern im Jahr 2017), die eine Förderung zur Erstellung eines IG EK beantragen kann. Ebenso unterscheiden sich die Herausforderungen einer Gemeinde im Umland einer Großstadt von denen einer Gemeinde in einer z.B. touristisch geprägten ländlichen Region.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht zweckmäßig, jeder Gemeinde eine umfangreiche Auseinandersetzung mit allen vorgestellten Themenschwerpunkten (vgl. Kapitel 2.1.1 bis Kapitel 2.1.10) im Rahmen der Erstellung eines IG EK zu empfehlen. Jede Gemeinde soll sich zu Beginn des Prozesses damit auseinandersetzen, welche Themen vor Ort relevant sind und in welchen Bereichen Herausforderungen und Chancen in den kommenden Jahren gesehen werden.

Einige Themen(-schwerpunkte) werden jedoch als so relevant für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde eingestuft, dass eine umfangreiche Berücksichtigung in der IG EK-Erstellung erfolgen sollte. Sie können als **verbindliche Kernthemen** bezeichnet werden:

- Gemeinde und Bürgerschaft
- Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur
- bauliche Entwicklung und Ortsbild
- Grundversorgung und soziale Infrastruktur.

Mit diesen Kernthemen sollen in einem IG EK Aussagen zur sozio-demografischen Entwicklung, zur baulichen Entwicklung (insbesondere Innenentwicklung, Leerstand und Baulücken), zur Sicherung und Stärkung der Daseinsvorsorge und zur Bürgermitwirkung erfolgen.

Darüber hinaus sind die **Querschnittsthemen** demografischer Wandel, Integration/Inklusion, Digitalisierung und Klimaveränderungen in den IG EK ebenfalls zu berücksichtigen.

Die weiteren Themen(-schwerpunkte) können, müssen aber nicht unbedingt alle, ihren Platz in einem IG EK finden. Die zusätzlichen für die Gemeinde strategisch wichtigen Themen sind individuell auszuwählen. Sie werden daher als **ergänzende (Schwerpunkt-)Themen** bezeichnet:

- Lokale Wirtschaft und Tourismus
- Bildung und Betreuung
- Kultur, Freizeit und Erholung
- Verkehr und Mobilität

- Technische Infrastruktur
- Landschaft, Natur und Ressourcenschutz.

Abbildung 16

Verbindliche Kernthemen

- Gemeinde und Bürgerschaft
- Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur
- Bauliche Entwicklung und Ortsbild
- Grundversorgung und soziale Infrastruktur

Ergänzende Themen

- Lokale Wirtschaft und Tourismus
- Bildung und Betreuung
- Kultur- Freizeit und Erholung*
- Verkehr und Mobilität
- Technische Infrastruktur
- Landschaft, Natur und Ressourcenschutz

*Gemeinschaftseinrichtungen gehören zu den Kernthemen

Wird der als Ergänzungsthema eingestufte Themenschwerpunkt Kultur, Freizeit und Erholung nicht für die Berücksichtigung in einem IG EK ausgewählt, so sind die dort zugeordneten Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Dorfgemeinschaftshäuser) dennoch unbedingt im IG EK zu thematisieren (Zuordnung dann zum verbindlichen Kernthema Gemeinde und Bürgerschaft).

Grundsätzlich können auch nur einzelne Teilbereiche der vorgestellten Themenschwerpunkte aufgegriffen werden (z.B. Tourismus).

Durch eine gemeindespezifische optimale Themenauswahl und eigene Schwerpunktsetzung grenzen die Gemeinden ihre strategischen Ziele besser ein und tragen damit bereits zu einer Qualifizierung der IG EK bei.

2.2.2 Zusammenfassung zu gesamt-kommunalen Handlungsfeldern

Die in der Gemeinde individuell ausgewählten Themenschwerpunkte (vgl. Kapitel 2.2.1) werden im nächsten Schritt zu gesamt-kommunalen Handlungsfeldern zusammengefasst.

Die Identifizierung der Handlungsfelder steht im engen Zusammenhang mit den individuellen Schwerpunkten sowie den strategischen Zielen der Gemeinde. Im vorliegenden Leitfaden erfolgen daher keine Vorgaben und auch keine inhaltlichen Empfehlungen für mögliche Handlungsfelder.

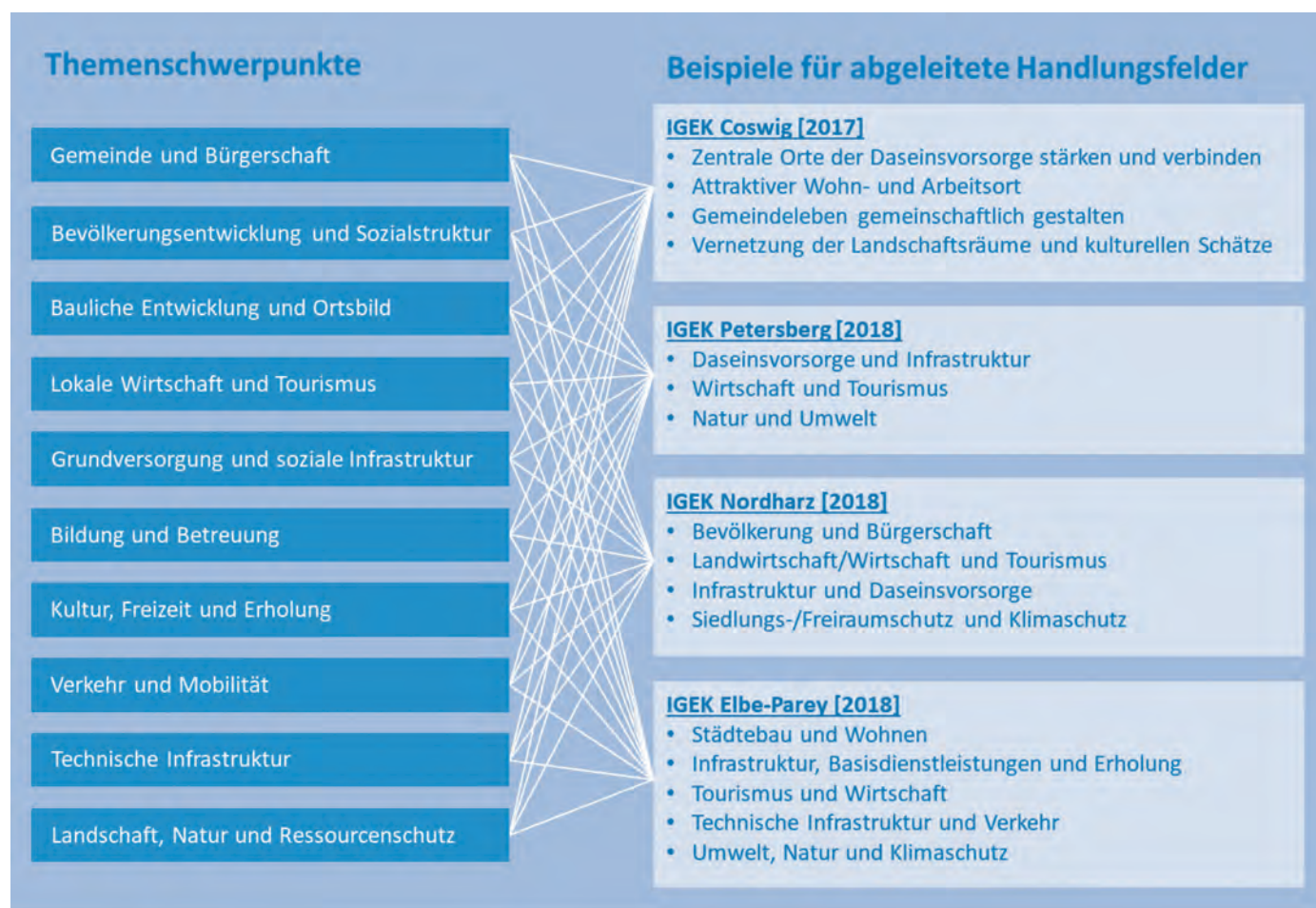
Hinsichtlich der Vorgehensweise wird empfohlen, dass die relevanten Themen zu drei bis maximal fünf Handlungsfeldern miteinander verknüpft werden. Es bietet sich an, inhaltlich miteinander vernetzte

Themen zusammenzufassen (z.B. Kultur und Tourismus).

Durch eine Bündelung der gemeindespezifischen Themen zu Handlungsfeldern können die z.T. komplexen Themen integrativ mit mehreren Akteuren effektiv bearbeitet werden. Passend zu den identifizierten Handlungsfeldern können im Rahmen der IG EK-Erstellung Fach-/Arbeitsgruppen gebildet werden (vgl. 3.1.1) und auch thematische Workshops bei Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung durchgeführt werden (vgl. Kapitel 3.1.4).

Zur Orientierung sind unten aus den bereits erstellten IG EK der Gemeinden Coswig, Petersberg, Nordharz und Elbe-Parey die jeweils abgeleiteten Handlungsfelder beispielhaft aufgeführt (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17



3. Wie wird das Konzept gemacht?

Dialogorientierte Darstellung

Für die Erstellung eines IGEEK ist der Arbeitsprozess elementar, denn durch die Einbeziehung, Abstimmung und Zusammenarbeit werden bereits wesentliche Zielsetzungen eines IGEEK erfüllt. Von großer Bedeutung ist die Etablierung effizienter Strukturen zum kontinuierlichen Austausch sowie zur Koordination und Steuerung (z.B. Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppen). Bei der IGEEK-Erarbeitung sind nicht nur die verschiedenen Verwaltungsebenen (z.B. Fachämter), sondern auch die Akteure der Ortschaften (Ortschaftsrat mit Ortsbürgermeister oder Ortsvorsteher), weitere Schlüsselakteure (Träger öffentlicher Belange etc.) und die lokale Bevölkerung zu beteiligen (Dokumentation ist Bestandteil des IGEEK).

Die Erstellung eines IGEEK läuft in mehreren aufeinander aufbauenden Arbeitsphasen ab (vgl. Abbildung 18). Da eine umfassende Einbeziehung vieler Akteure und Bürger vorgesehen ist, handelt es sich um eine dialogorientierte Konzepterstellung.

Abbildung 18



Es beginnt mit der Startphase, in der wichtige Festlegungen zur Organisationsstruktur und zu den Dialogformen vorgenommen werden (vgl. Kapitel 3.1). In der Analysephase wird die Bestandsanalyse durchgeführt (vgl. Kapitel 3.2). Auf den Ergebnissen aufbauend, werden in der Strategie- und Priorisierungsphase ein Leitbild, Entwicklungsziele und eine Handlungskonzeption (vgl. Kapitel 3.3) mit konkreten Maßnahmen und Projekten entwickelt. In den Phasen Erstellung und Beschluss wird das Konzept erstellt und im Gemeinderat beschlossen (vgl. Kapitel 3.4).

Zwar beginnt die Phase der Umsetzung erst nach dem eigentlichen Erstellungsprozess (vgl. Kapitel 4), wird hier aber schon mit aufgeführt, da die Umsetzung von zentraler Bedeutung für den gesamten Prozess ist.

Insgesamt sind für den dialogorientierten Erstellungsprozess eines IGEEK ohne die Phase der Umsetzung mindestens 12 Monate einzurechnen.

Zur Übersicht findet sich auf der folgenden Seite ein umfangreicher Fahrplan für die Erarbeitung eines IGEEK (vgl. Abbildung 19). In diesem Fahrplan sind die insgesamt sieben Phasen abgebildet und für jede Phase sind die Inhalte, Veranstaltungen, Ergebnisse und Beteiligte aufgeführt.

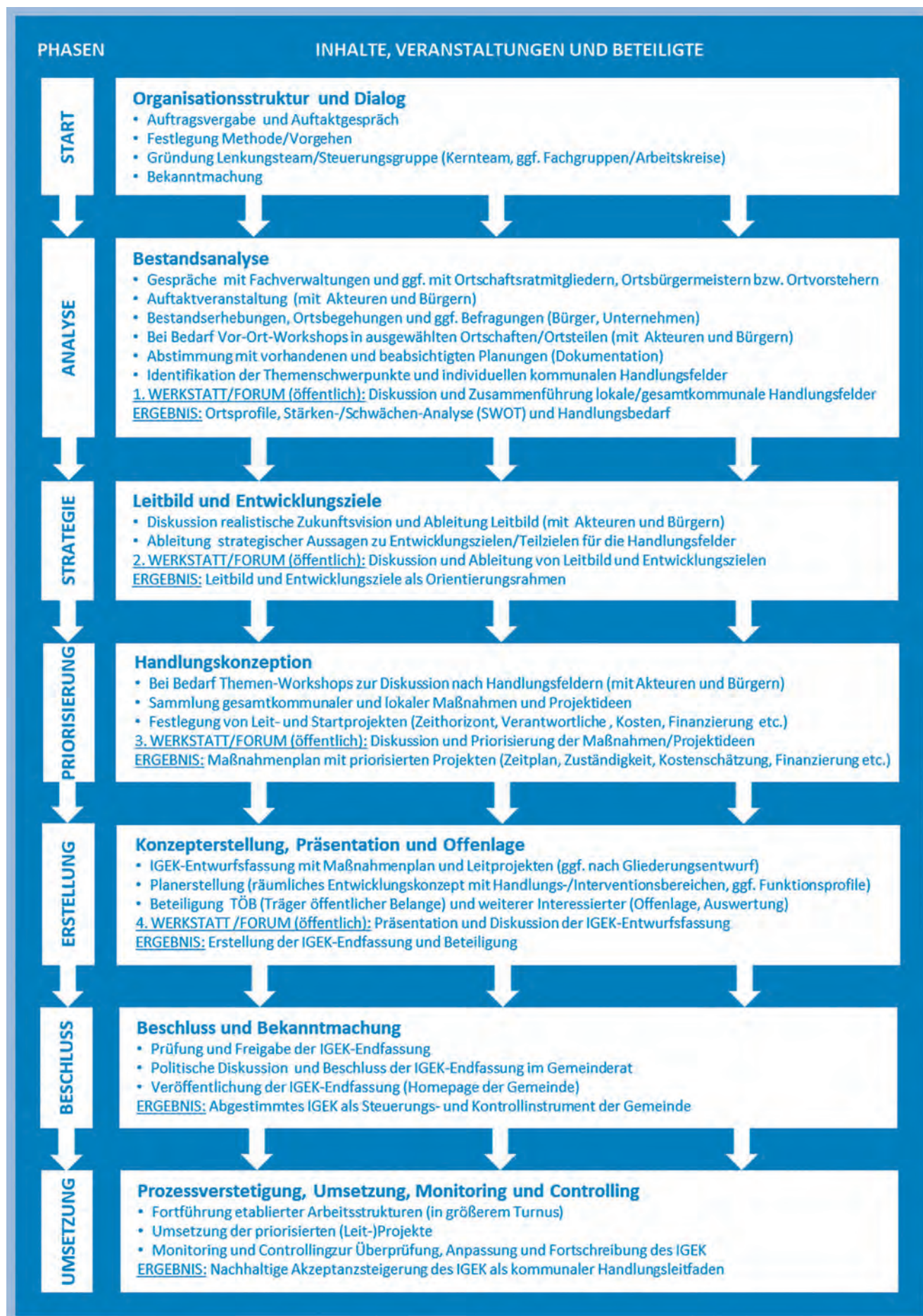
In den nachfolgenden Kapiteln werden die einzelnen Phasen detailliert vorgestellt.

3.1 Organisationsstruktur und Dialog

Nach Auftragsvergabe der IGEEK-Erstellung an einen geeigneten Bewerber (vgl. Kapitel 1.4) werden die Organisations- und Arbeitsstrukturen zur Begleitung des IGEEK-Erstellungsprozesses zu Beginn der Startphase vereinbart (vgl. Kapitel 3.1.1). Auch die vorgesehene Beteiligung von Akteuren und Bürgern sollte bereits in der Startphase geplant werden (vgl. Kapitel 3.1.2).

In der intra- und interkommunalen Kooperation werden die Zusammenarbeit innerhalb der gemeindlichen Strukturen sowie die Abstimmungen mit

Abbildung 19



Nachbargemeinden geregelt (vgl. Kapitel 3.1.3). Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit sollte ebenfalls schon in der Startphase beginnen (vgl. Kapitel 3.1.4).

3.1.1 Organisations- und Arbeitsstrukturen

Ein IG EK bietet am Ende nicht nur ein fertiges Entwicklungskonzept als Produkt an. Schon der eigentliche Prozess der Erarbeitung ist sehr wichtig, denn durch die Einbeziehung, Abstimmung und Zusammenarbeit werden bereits elementare Zielsetzungen eines IG EK erfüllt. Hilfreich sind hierbei gute Strukturen (z.B. eine Steuerungsgruppe).

Grundsätzlich sollten Koordination und Steuerung während des IG EK-Prozesses in den Händen der Verwaltungsspitze liegen („Chefsache“) und durch ein fachbereichs- und ämterübergreifendes Lenkungs-gremium unterstützt werden. In größeren Gemeinden empfiehlt sich die Einrichtung einer Stabsstelle, die auch für die spätere Umsetzung verantwortlich ist.

In einer Lenkungs- bzw. Steuerungsgruppe sollten mehrere Akteure der Gemeinde beteiligt werden (vgl. Abbildung 20). Hierzu gehören die Verwaltungsspitze (Bürgermeister), Mitglieder des Gemeinderates bzw. der Kommunalpolitik sowie die Ortsbürgermeister, Mitglieder des Ortschaftsrates bzw. Ortsvorsteher. Auch der Landkreis und die Regionale Planungsgemeinschaft sollten in der Lenkungs-/ Steuerungsgruppe vertreten sein.

Es empfiehlt sich sehr, die Moderation der Treffen der Lenkungs-/Steuerungsgruppe in externe Hände zu legen. Da die Verwaltung und die lokalen Akteure im IG EK-Prozess nicht immer neutrale Positionen vertreten können, bietet es sich an, das mit der IG EK-Erstellung beauftragte Büro die Treffen der Lenkungs-/ Steuerungsgruppe moderieren zu lassen.

Die Lenkungs-/Steuerungsgruppe sollte nicht mehr als zehn bis 15 feste ständige Mitglieder haben. Als Turnus der Zusammenkünfte hat sich ein Abstand von zwei bis drei Monaten als sinnvoll herausgestellt

Abbildung 20



(in wichtigen Phasen können die Treffen auch häufiger, z.B. einmal monatlich stattfinden).

Zum oben beschriebenen engeren Kreis der Lenkungs-/Steuerungsgruppe („Kernteam“) können weitere Gruppen und Akteure dauerhaft oder temporär einbezogen werden (z.B. Vertreter der Gemeindeverwaltung, ausgewählte Fachressorts). Eine temporäre Beteiligung kann inhaltlich bzw. thematisch begründet sein. Neben der Lenkungs-/Steuerungsgruppe können auch weitere Fachgruppen oder thematische Arbeitsgruppen gegründet werden. Hier ist denkbar, dass es pro Gruppe einen Sprecher gibt, der auch Mitglied der Lenkungs-/Steuerungsgruppe ist und von Ergebnissen berichten kann.

3.1.2 Beteiligung von Akteuren und Bürgern

Eine Beteiligung ist zwingender Bestandteil der IG EK-Erstellung. Eine entsprechende Dokumentation ist Bestandteil eines IG EK. Zur Beteiligung stellen sich vier einfache Fragen: Warum? Wer? Wann? Wie?

Warum? Zum einen sollen die dringendsten Herausforderungen für das gesamte Gemeindegebiet und die einzelnen Ortsteile bzw. Ortschaften aus der Perspektive der Bürger und Akteure erkannt und untereinander abgestimmt werden (integrativer, ganzheitlicher „bottom-up“-Ansatz). Gleichzeitig

geht es aber auch um eine Aktivierung und Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements (Einbindung der Schlüsselakteure) und um eine Information und Sensibilisierung für zukünftige Themen sowie Abwägungsprozesse (Konsensfindung). Eine gelungene Beteiligung steigert die Akzeptanz ggf. umstrittener Entscheidungen oder Prioritätensetzungen, erleichtert damit eine Umsetzung eines IG EK und stärkt schlussendlich die Identifikation.

Wer? Vorzusehen ist eine Einbeziehung lokaler Akteure und die Beteiligung der Bevölkerung. Beteiligt werden darüber hinaus während der IG EK-Erstellung die relevanten Fachämter einer Gemeinde, die einzelnen Ortschaften (z.B. pro Orts-/Stadtteil ein Sprecher) sowie die Träger öffentlicher Belange (TÖB). Zu den lokaler Akteuren gehören ganz unterschiedliche Institutionen bzw. Personengruppen (Vereine, Verbände, Gewerbetreibende, Einzelhändler, Schulen).

Wann? Während der Erstellung eines IG EK sind verschiedene Personen-/Akteursgruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu beteiligen. Während eine Beteiligung der Fachämter und Ortsteile möglichst früh bzw. von Beginn an angeraten ist, sollte eine Beteiligung weiterer lokaler Akteure und der Bürgerschaft erst erfolgen, wenn erste Ergebnisse aus der Bestandsanalyse vorliegen. Die TÖB-Beteili-

Abbildung 21



gung erfolgt erst zur ersten Entwurfsfassung eines IG EK.

Wie? Zur Beteiligung gibt es sehr viele verschiedene Formate, die jeweils in Abhängigkeit der Beteiligungsphase, der Form der Mitwirkung, des Beteiligtenkreises und des zu erwartenden Teilnehmerkreises auszuwählen sind: zentrale Auftaktveranstaltung, Rundgänge, Online-Beteiligung, Befragungen, Beteiligung verschiedener Zielgruppen (z.B. Jugendliche), Bürgerdialog, Bürgerwerkstätten, Zukunftswerkstätten, (Themen-)Workshops, themenbezogene Arbeitsgruppen, Abschlussveranstaltung. Wichtig sind eine gute Moderation und eine Auswahl verschiedener Formate, die möglichst interaktiv und niederschwellig angelegt sind (zu einem Rundgang kommen andere Personen als zu einem Workshop).

Zusammenfassend werden folgende grundlegende Empfehlungen für den Beteiligungsprozess im Rahmen einer IG EK-Erstellung gegeben (vgl. Abbildung 21): Mit einer zu Beginn zusammengestellten Lenkungs-/Steuerungsgruppe (vgl. Kapitel 3.1.1) sind bereits wichtige Akteure einbezogen. Zu Beginn sollte immer eine öffentliche zentrale Auftaktveranstaltung erfolgen, in der über die Zielstellung, den Prozess der IG EK-Erstellung und wichtige Termine zur Beteiligung informiert wird (in sehr großen Gemeinden oder Verbandsgemeinden mit mehreren Mitgliedsgemeinden können ggf. mehrere Veranstaltungen sinnvoll sein). Nach Fachgesprächen mit der Gemeindeverwaltung (verschiedene Ämter, Fachressorts) führt das beauftragte Büro Ortsbegehungen/Rundgänge durch. Hier sollten in jedem Fall die Vertreter der Ortschaften beteiligt sein. Begehungen können auch nach öffentlicher Ankündigung mit interessierten Bürgern durchgeführt werden (z.B. „Einladung zum gemeinsamen Spaziergang“). Zur Steigerung der Beteiligung und Transparenz ist während der IG EK-Erstellung eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu empfehlen (vgl. Kapitel 3.1.4).

Nach Ermittlung der Grundlagen und einer ersten Analyse der Bestandssituation sowie Stärken/Schwächen der Gemeinde durch das beauftragte Büro sollte eine Veranstaltung mit öffentlicher Beteiligungsmöglichkeit stattfinden (empfohlenes Format: Werkstatt oder Forum). Empfohlen werden ergebnisorientierte Arbeitsmethoden (Gruppenarbeit, Visualisierungen, Abstimmungen). Als Ergebnis werden durch das Büro lokale und gesamtkom-

munale Handlungsfelder identifiziert, Ortsprofile erstellt, eine Stärken-Schwächen-Analyse erstellt und der Handlungsbedarf abgeleitet (vgl. Abbildung 19 „Fahrplan“ in Kapitel 3.1). In einer oder zwei weiteren öffentlichen Veranstaltungen werden das Leitbild und die Entwicklungsziele sowie darauf aufbauend die Handlungskonzeption mit Maßnahmen und Leit-/Startprojekten erarbeitet (empfohlenes Format: Werkstatt oder Forum). Die durch das Büro erstellte Entwurfsfassung wird in einer Abschlussveranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert und Hinweise final ermittelt (empfohlenes Format: Werkstatt oder Forum). Zu den Aufgaben des beauftragten Büros gehört eine Aufbereitung der Veranstaltungsergebnisse als Grundlage für folgende Veranstaltungen. Darüber hinaus sind – in Abhängigkeit der Nachfrage, der Größe und Problemlage einer Gemeinde – weitere Beteiligungen denkbar (vgl. Abbildung 21): Fachgruppen/Arbeitskreise, Bürgermeisterrunden, Interviews, Befragungen, Vor-Ort-Workshops, Themen-Workshops sowie Gemeinde-/Ortsteilfeste. Die Bildung von Fachgruppen bzw. thematischen Arbeitskreisen sollte sich an den identifizierten Handlungsfeldern der Gemeinde orientieren (vgl. Kapitel 2.2.2). Durch eine Zusammenfassung von ausgewählten Themenfeldern in Themen-Workshops wird eine Bündelung ähnlicher Interessensgruppen ermöglicht, so dass Diskussionen und die Arbeit an Leitbildern/Entwicklungszielen zielführender durchgeführt werden können.

Abbildung 22



Quelle: IG EK Coswig, 2017 (erstellt: Büro für urbane Projekte)

Für eine gelungene Beteiligung ist wesentlich, dass während des Prozesses eine tatsächliche (Ergebnis-) Offenheit und Transparenz besteht und Prozess-

ergebnisse im IG EK auch erkennbar werden. Auch sollten unterschiedliche Altersgruppen an der IG EK-Erstellung beteiligt werden (das gilt insbesondere für eine Jugendbeteiligung). Vorhandene Fachkompetenz und Ortskenntnisse lokaler Akteure sollten als zu hebendes Potenzial verstanden werden („IG EK-Erstellung mit den Bürgern für die Bürger“). Um die Verbindung der lokalen Ebene und der Ebene der Gesamtgemeinde zu stärken, kommt der Beteiligung und Einbeziehung der Vertreter der Ortschaften/ Ortsteile eine zentrale Bedeutung zu (frühzeitige Abstimmungsprozesse, Festlegung zukünftiger Schwerpunktfunktionen).

3.1.3 Intra- und interkommunale Kooperation

Vor dem Hintergrund der Schrumpfungsprozesse und einer zunehmenden Komplexität können viele Aufgaben nicht mehr durch einzelne Gemeinden oder Gemeindeteile (Ortschaften) geleistet werden. Zur Entwicklung von Handlungs- und Anpassungsmöglichkeiten ist die Ebene einer Gemeinde häufig zu klein und Herausforderungen müssen in größeren räumlichen Zusammenhängen angegangen werden. Dadurch nimmt die Bedeutung von Kooperationen innerhalb einer Gemeinde und zwischen Gemeinden zu.

Intrakommunale Kooperation

Seit der Gemeindegebietsreform sind die neu gebildeten Gemeinden in Sachsen-Anhalt damit befasst, sich an die veränderten Strukturen anzupassen. Hierzu sind verstärkte inner- bzw. intrakommunale Kooperationen – also die Abstimmung und Zusammenarbeit verschiedener Ortschaften innerhalb einer Gemeinde – in verschiedenen Bereichen notwendig (z.B. Kinderbetreuung, Seniorenpflege). Die Erstellung eines IG EK dient genau diesem Zweck, da innerhalb der Gemeinde eine abgestimmte Entwicklung mit inhaltlichen und räumlichen Schwerpunktsetzungen erreicht werden soll.

Interkommunale Kooperation

Die Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften gewinnt zunehmend an Bedeutung. Neben der Kooperation zur Sicherung der Verwaltungsprozesse geht es zunehmend um Effekte, die aus dem Zusammenwirken von Kommunen bei der Leistungserbringung entstehen. Durch interkommunale Koopera-

tionen mit Nachbargemeinden/-regionen kann die Handlungsfähigkeit gestärkt und Synergieeffekte können genutzt werden, denn manche Einrichtungen, wie z.B. Schwimmbad oder Schule, können nicht mehr von einer Gemeinde allein getragen werden. Regionale Potenziale können konzentriert und konkurrierende Entwicklungen vermieden werden.

Interkommunale Kooperationen können in vielen Bereichen zum Tragen kommen: Bildung/Kultur (Volkshochschule, Musikschule, Schulen, Bibliotheken), Verwaltungsdienstleistungen (z.B. Standesämter), ÖPNV, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Breitbandausbau, Tourismusförderung und Regionalmarketing, Brandschutz, Rettungsdienst, Wasser und Abwasser, Hochwasserschutz, Energieversorgung, Abfallwirtschaft und Stadtreinigung.

Der Bedarf für eine interkommunale Kooperation kann sich aus konkreten Handlungserfordernissen ergeben (z.B. gemeinsame Tourismusregion), aber ebenso auch aus Gründen der Effizienz (z.B. Aufbau eines Leerstandskatasters und Leerstandsmanagement). Gemeinden können sich an bestehende Kooperationen benachbarter Gemeinden anschließen oder selber Kooperationen initiieren.

Für interkommunale Kooperationen gibt es vielfältige organisatorische/rechtliche Formen (informelle Abstimmung, Arbeitsgemeinschaft, Zweckvereinbarung, Zweckverband, gemeinsame kommunale Anstalt, Kommunaler Versorgungsverband).

Durch die Einbeziehung von Vertretern des Landkreises und der Regionalen Planungsgemeinschaft in die Lenkungs-/Steuerungsgruppe (vgl. Kapitel 3.3.1) können Kooperationsmöglichkeiten erkannt und ange regert werden. Eine interkommunale Kooperation hat zwar viele Vorteile, ist aber oft schwierig und langwierig in der Realisierung (Widerstände, Konkurrenzen, Interessensgegensätze). Auch die Träger öffentlicher wie privater Infrastruktureinrichtungen sollten bei der IG EK-Erstellung beteiligt werden.

3.1.4 Öffentlichkeitsarbeit

Um eine möglichst große Beteiligung der Akteure und Bürger erreichen zu können, ist eine aktive Öffentlichkeitsarbeit im gesamten IG EK-Erstellungsprozess notwendig. Relevante Informationen können durch die Gemeindeverwaltung bzw. die Lenkungs-/ Steuerungsgruppe über Pressemitteilungen, Amtsblattbeiträge, Internetauftritt der Gemeinde, soziale

Netze, Wurfsendungen oder bei Veranstaltungen laufend vermittelt werden. Wichtige Akteure (z.B. Vereine/Verbände, Initiativen, Jugendparlamente, Seniorenvertretungen) sollten zu Beginn der IG EK-Erstellung auch direkt angeschrieben und informiert werden.

Informiert werden sollte sowohl über Termine und Beteiligungsmöglichkeiten, aber auch über Fortschritte und (Zwischen-)Ergebnisse. Grundsätzlich ist eine leicht verständliche Sprache zu wählen, um keine Hürden aufzubauen. Gleichzeitig sollten prägnante Begriffe, vorhandene Logos etc. verwendet werden, um einen schnellen Wiedererkennungswert zu generieren. Verfügbare Materialien, wie z.B. Präsentationen aus den öffentlichen Veranstaltungen, Orts-/ Stadtteilplakate, Zwischenergebnisse) sollten auf der Internetpräsenz der Gemeinde öffentlich zugänglich zur Verfügung gestellt werden.

3.2 Bestandsanalyse

In der Bestandsanalyse erfolgt die Bestandserfassung der kommunalen Rahmenbedingungen (vgl. Kapitel 3.2.1), vorhandene Konzepte und Pläne werden berücksichtigt (vgl. Kapitel 3.2.2), Profile der Gemeinde und einzelner Ortschaften erstellt (vgl. Kapitel 3.2.3). Abschließend erfolgen eine Stärken-Schwächen-Analyse und eine Einschätzung des Handlungsbedarfes (vgl. Kapitel 3.2.4).

3.2.1 Bestandserfassung der kommunalen Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Bestandserfassung werden durch das beauftragte Büro in Abstimmung mit der Lenkungs-/Steuerungsgruppe zunächst die relevanten Themenschwerpunkte der Gemeinde identifiziert (vgl. Kapitel 2).

Die kommunalen Rahmenbedingungen sollten mit den gewählten Themenschwerpunkten in einer differenzierten, aber dennoch knappen Darstellung aufbereitet werden. Wenngleich eine Fokussierung auf die gemeindespezifisch relevanten Themen empfohlen wird, ist die Auseinandersetzung mit elementaren Kernthemen ein verbindlicher Bestandteil eines IG EK. Hierzu gehören die Darstellung der Gemeinde und Bürgerschaft, die Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur, die bauliche Entwicklung und das Ortsbild, die Grundversorgung und soziale Infra-

struktur sowie Gemeinschaftseinrichtungen (vgl. Kapitel 2.2.1). Die vier Querschnittsthemen sind auch zu beachten (vgl. Kapitel 2.1).

Im IG EK sind verschiedene räumliche und zeitliche Perspektiven zu berücksichtigen: Die Bestandserfassung sollte für die gesamte Gemeinde sowie auch differenziert für die einzelnen Gemeindeteile (Orts- teile bzw. Ortschaften) erfolgen. Es ist eine Erfassung der aktuellen Situation und eine Einschätzung der zu erwartenden Entwicklungen vorzunehmen.

Zu Beginn erfolgen zwischen dem beauftragten Büro und dem Auftraggeber sowie verschiedenen Fachverwaltungen der Gemeinde Gespräche, in denen festgelegt wird, welche Herausforderungen, Defizite, Mängel, Schwerpunktsetzungen und aktuellen Projekte in der Gemeinde und ihren Gemeindeteilen bestehen. Die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Daten und Informationsmaterialien (z.B. Gutachten, Studien) werden übergeben.

Weitere notwendige Daten und Materialien ermittelt das beauftragte Büro aus verfügbaren Quellen (vgl. Anhang). Die Situation und Ausstattung ist anhand bestimmter Merkmale und Kriterien zu erfassen (vgl. Kapitel 2.1). Neben absoluten Angaben sind eine relative Einordnung (z.B. pro Einwohner) und ein Vergleich mit anderen Räumen bzw. Raumbenen (z.B. Nachbargemeinde, Landkreis) häufig aussagekräftiger. Eigene Erhebungen sind in der Regel zu aufwändig (z.B. Bevölkerungs-/Haushaltsbefragung, Unternehmensbefragung, Analysen zu Image etc.). Vorliegende Konzepte, Studien, Leitbilder, Planungen und Gemeinderatsbeschlüsse sind zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 3.2.2).

Im Rahmen der Bestandserfassung sind Treffen mit den Ortsvorstehern bzw. Mitgliedern des Ortschaftsrates sehr wichtig, um die lokalen Kenntnisse und kleinräumigen Daten (z.B. Leerstand in den Ortschaften) heben zu können. Kombiniert werden können diese Treffen mit Besichtigungen der einzelnen Ortschaften bei Rundgängen oder öffentlichen Spaziergängen. Diese Besichtigungen sind unerlässlich, da dabei Probleme (Schwächen) und Ansatzpunkte (Stärken) erkannt und auch schon erste Projektideen gesammelt werden können.

Abbildung 23



Quelle: IG EK Kemberg, 2014 (erstellt: Dr. Bock & Partner GbR)

Eine ansprechende Aufbereitung der Ergebnisse in Tabellen, Abbildungen und Karten für Präsentationen, Veranstaltungen und den Bericht ist Bestandteil des IG EK (vgl. Kapitel 3.4.1).

3.2.2 Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Pläne

Zur Bestandsanalyse gehört auch die Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Pläne. Hierzu gehören sowohl die informellen als auch die formellen Planungen (vgl. Kapitel 1.3).

Informelle Planungen auf der Ebene der Gemeinde oder des Landkreises wie Fachkonzepte/-pläne (z.B. für Schulentwicklung, Einzelhandelsentwicklung, Integration, Hochwasserschutz), Entwicklungskonzepte (Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte), Machbarkeitsstudien oder Gestaltungskonzepte sind zu prüfen und für das IG EK relevante Aussagen zusammenfassend darzustellen.

Dies gilt genauso für die formellen Planungen auf den verschiedenen räumlichen Ebenen (Landesentwicklungsplan, Regionaler Entwicklungsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Landschaftspläne, Umweltprüfungen, Vorhabens- und Erschließungspläne, Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Satzungen). Das IG EK-Gebiet betreffende Festlegungen sind zu berücksichtigen und zusammenfassend darzustellen.

Zeichnen sich **Widersprüche** zwischen den bestehenden formellen Planungen im IG EK-Gebiet und den

Strategien, Entwicklungszielen bzw. Maßnahmen des in Erstellung befindlichen IG EK ab, ist der direkte Austausch mit den zuständigen Stellen zu suchen (z.B. Regionale Planungsstelle). Hier sind in der Regel Einzelfallprüfungen und Abwägungsprozesse notwendig. Da die IG EK mit einem zeitlichen Horizont von zehn bis 15 Jahren einen eher langfristigen Planungszeitraum abdecken, ist zu überprüfen, ob sich Widersprüche zu bestehenden Konzepten bzw. Planungen durch ggf. in näherer Zeit anstehende Überarbeitungen vermeiden lassen.

Eine **Dokumentation** ist erforderlich. Hierzu ist in der Richtlinie des Landes zur Erstellung von IG EK ausgeführt, dass der Abstimmungsprozess mit bereits vorhandenen oder beabsichtigten Planungen, Konzepten oder Strategien, die das IG EK-Gebiet betreffen, zu dokumentieren ist.

3.2.3 Profile der Gemeinde und einzelner Ortschaften

Da seit der Gemeindegebietsreform viele Gemeinden eine größere Flächenausdehnung haben und in der Regel aus mehreren Gemeindeteilen bestehen, ist es sinnvoll, die einzelnen Ortschaften bzw. Orts-/Stadtteile mit jeweiligen Profilen darzustellen.

Die Profile sollten einheitlich gestaltet sein und nach Möglichkeit folgende Inhalte umfassen:

- Kurzcharakteristik, besondere Merkmale
- Bevölkerungsentwicklung (auch Altersstruktur)
- Ortsbild, Leerstand und Flächenreserven (Innenentwicklung, Baugebiete)
- Einrichtungen der Grundversorgung und sozialen Infrastruktur (einschließlich Nahversorgung)
- Einrichtungen von Bildung, Betreuung, Kultur, Freizeit, Erholung
- Wirtschaftliche Schwerpunkte (auch Tourismus)
- Prägende Stärken/Schwächen
- Einschätzung Zukunftsfähigkeit/Risikobewertung,
- Schwerpunktthemen vor Ort
- Lokale Projektideen.

Es bietet sich an, die Profile auf maximal ein bis zwei Seiten je Gemeindeteil in Form eines „Steckbriefes“ zusammen mit einem kleinen Kartenausschnitt und einem charakteristischen Foto im Anhang darzustellen (vgl. Anhang).

Da in den Profilen bereits Stärken und Schwächen sowie die Chancen und Risiken benannt werden sollen, ist dieser Arbeitsschritt parallel zur Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen (vgl. Kapitel 3.2.4). In den Profilen sind jedoch nur die besonders markanten und prägenden Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zu benennen.

In einer ersten (Entwurfs-)Fassung können die Profile bei der ersten größeren Veranstaltung (Auf-taktveranstaltung) bereits präsentiert werden (vgl. „Fahrplan“ Abbildung 19 in Kapitel 3.1). So wird ein Austausch mit der Öffentlichkeit angeregt und es können konkrete Hinweise gesammelt werden, die dann nach einer Prüfung ggf. einzuarbeiten sind.

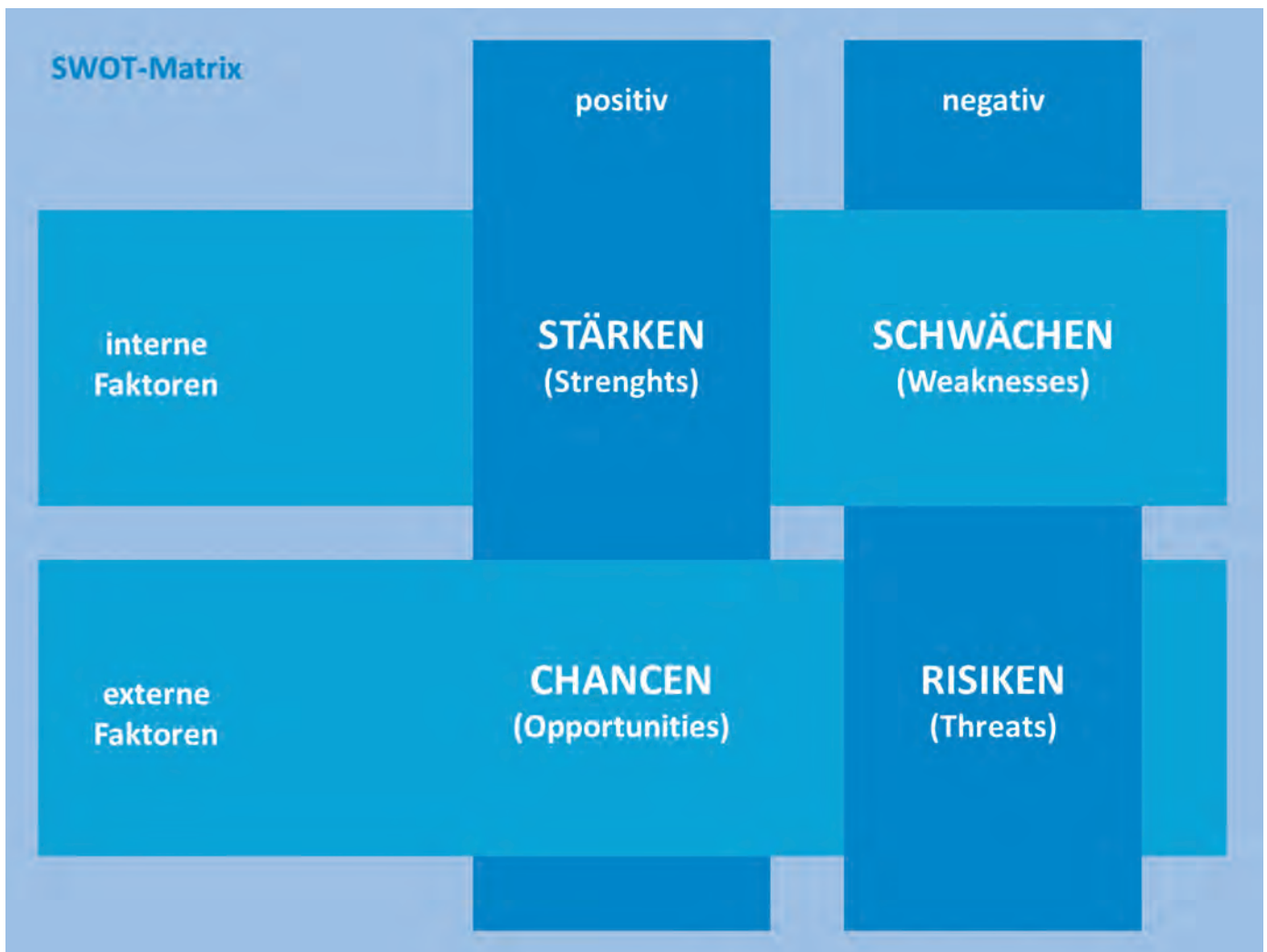
3.2.4 Stärken-Schwächen-Analyse und Einschätzung Handlungsbedarf

Mit Hilfe einer Stärken-Schwächen- bzw. SWOT-Analyse sollen Chancen und Risiken in einem Entwicklungsprozess erkannt und eine Einschätzung zum Handlungsbedarf gegeben werden.

In einer SWOT-Analyse werden den Stärken („Strenghts“) und Schwächen („Weaknesses“), die Chancen („Opportunities“) und Risiken/Gefahren („Threats“) gegenübergestellt (vgl. „SWOT-Matrix“ in Abbildung 24). Die Stärken und Schwächen resul-tieren aus der Bestandserfassung (Analyse interne Situation), wohingegen sich die Chancen und Risiken eher aus äußeren Faktoren oder prognostizierten Entwicklungen ergeben (Analyse externer Einfluss-faktoren).

Die Stärken und Schwächen werden anhand der in der Bestandserfassung erhobenen Daten und Fak-

Abbildung 24



ten zu allen untersuchten Themenschwerpunkten ermittelt (z.B. Bevölkerungsentwicklung, kommunale Finanzkraft). Die Chancen und Risiken werden aus den prognostizierten Entwicklungen sowie bekannten bzw. erwarteten äußeren Einflussfaktoren abgeleitet.

Die SWOT-Analyse ist für das gesamte Gemeindegebiet durchzuführen. In Abhängigkeit der Größe und Diversität eines Gemeindegebietes kann ergänzend auch für einzelne Gemeindeteile eine SWOT-Analyse sinnvoll sein.

Aus den Erkenntnissen der SWOT-Analyse leitet sich der Handlungsbedarf für bestimmte Bereiche ab. Basierend auf den aufgezeigten Entwicklungstrends/-tendenzen soll mit einer Umsetzung der identifizierten Chancen und einer Minimierung der Risiken die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde in den priorisierten Handlungsfeldern gesichert werden.

In der Regel werden in einem IG EK die Ergebnisse der Stärken-Schwächen- bzw. SWOT-Analyse für alle Themenschwerpunkte in einem separaten Kapitel dargestellt (häufig in einer Tabelle/Matrix differenziert nach den einzelnen Themenschwerpunkten). Es ist jedoch auch möglich, die Bestandsanalyse im IG EK so aufzubereiten, dass die SWOT-Analyse am Ende eines jeden Themenschwerpunktes nach der Zusammenfassung der Bestandserfassung quasi als Fazit erfolgt. Dies gilt genauso für den abgeleiteten Handlungsbedarf.

3.3 Leitbild, Entwicklungsziele und Handlungskonzeption

Aufbauend auf der Bestandsanalyse und dem eingeschätzten Handlungsbedarf (vgl. Kapitel 3.2) startet der Leitbildprozess (vgl. Kapitel 3.3.1), die Ableitung der Entwicklungsziele (vgl. Kapitel 3.3.2), die Entwicklung der Handlungskonzeption mit Maßnahmen und Projektideen (vgl. Kapitel 3.3.3) und die Festlegung von Vorhabenprioritäten und Leitprojekten (vgl. Kapitel 3.3.4).

3.3.1 Leitbildprozess

Auf der Basis der Bestandsanalyse und der identifizierten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken erfolgt die Erarbeitung eines Leitbildes für die gesamte Gemeinde. Ein Leitbild dient als Orientierungsrahmen, zu dem auch die Entwicklungsziele

und Handlungsfelder im Rahmen der gesamt kommunalen Schwerpunktsetzung bzw. Handlungsfelder passen. Die in der nachfolgenden Abbildung aufgeführten Entwicklungsziele und Handlungsfelder sind nur beispielhaft aufgeführt (vgl. Abbildung 25).

Ein Leitbild darf nicht zu allgemein und beliebig formuliert sein. Es sollten gemeindespezifische Merkmale enthalten sein (Bezug zur Realität). Die identifizierten Stärken und Potenziale können Elemente sein. Ein Leitbild muss prägnant, verständlich und widerspruchsfrei sein.

Um zu erreichen, dass ein Leitbild von der Mehrzahl der Akteure und Bürger angenommen und mitgetragen wird, ist eine Beteiligung notwendig (vgl. Kapitel 3.1.2). Hierzu ist eine öffentliche Veranstaltung empfehlenswert, in der eine realistische Zukunftsvision mit Bezug zu den Handlungsfeldern diskutiert wird und gemeinsam mit den Akteuren und Bürgern ein Leitbild erarbeitet wird (vgl. „Fahrstuhl“ Abbildung 19 in Kapitel 3.1).

3.3.2 Ableitung der Entwicklungsziele

Zur Konkretisierung des Leitbildes werden für die identifizierten Herausforderungen und Entwicklungsschwerpunkte Ziele festgelegt. Diese Entwicklungsziele sollen aufzeigen, wohin sich die gesamte Gemeinde in den nächsten zehn bis 15 Jahren entwickeln soll. Es sind somit strategische Aussagen bzw. Visionen für spezifische Aspekte oder Bereiche, die aber realisierbar sind. An diesen Entwicklungszielen soll sich die Gemeindeentwicklung vorrangig orientieren.

Die Entwicklungsziele sollten gemeinsam mit dem Leitbild in einer öffentlichen Veranstaltung erarbeitet werden (vgl. Kapitel 3.3.1). Durch die Bestandsanalyse und den erkannten Handlungsbedarf liegen dem beauftragten Büro ausreichend Inhalte als Input für Diskussionen über mögliche Ziele der zu priorisierenden Handlungsfelder vor. Formulierungsvorschläge für die Entwicklungsziele sind bei Bedarf auch vom beauftragten Büro zu leisten.

Darüber hinaus ist auch eine räumliche Verortung der angestrebten Entwicklung möglich. Dazu können für die einzelnen Ortschaften in Funktionsprofilen zukünftige Schwerpunkt Funktionen festgelegt werden, die die Perspektiven für die Gemeindeteile aufzeigen (vgl. Abbildung 26).

Abbildung 25

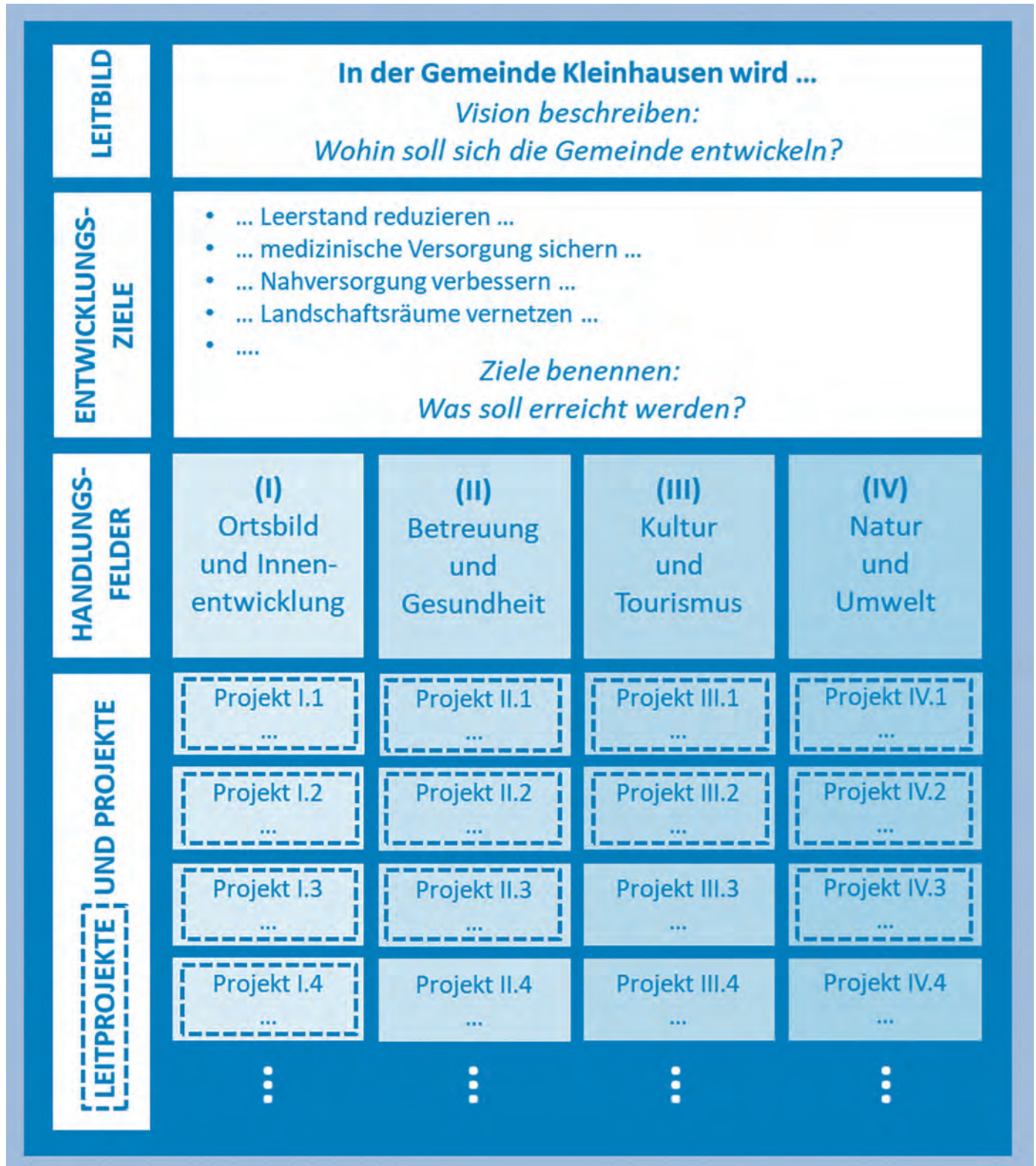
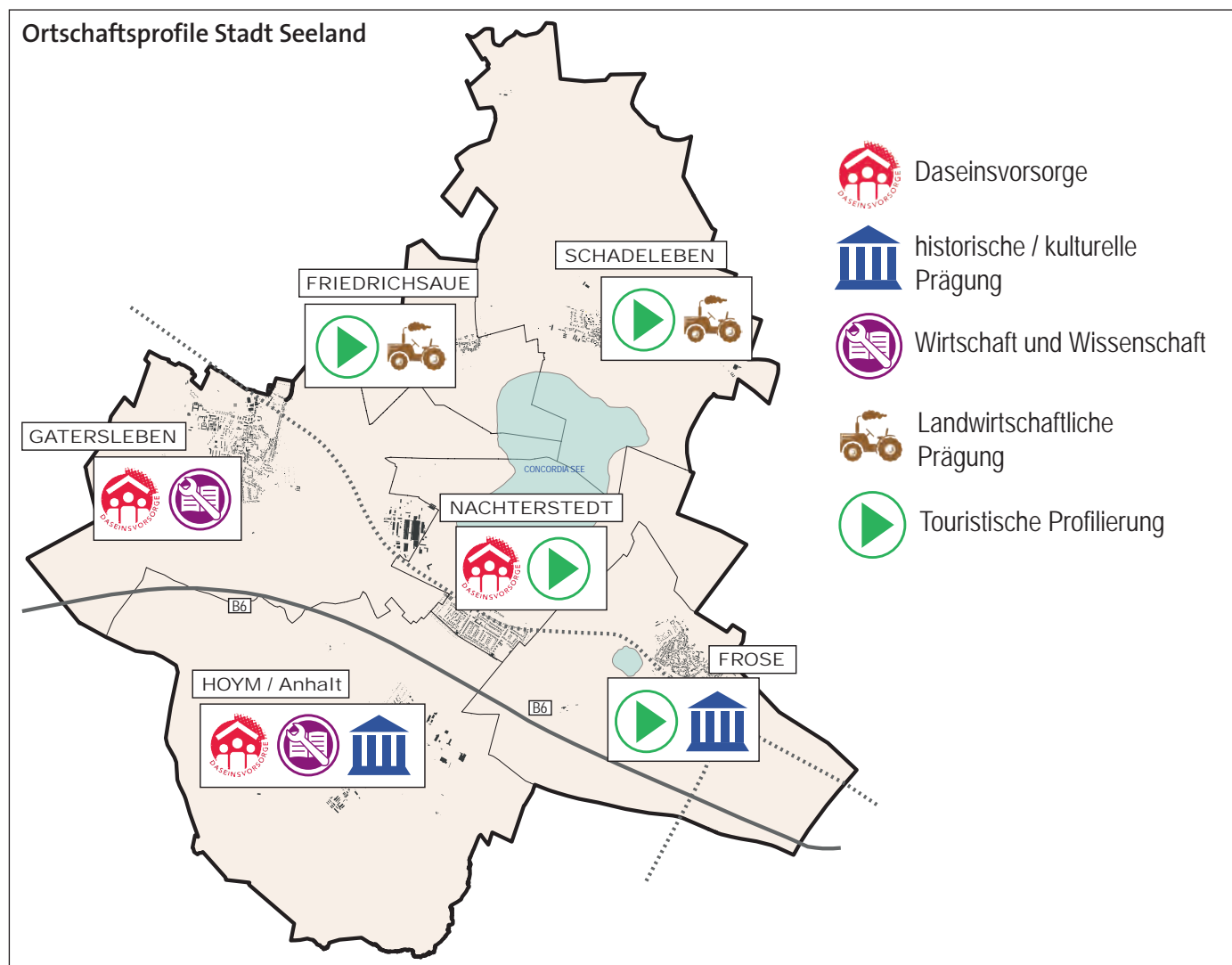


Abbildung 26



Quelle: IG EK Stadt Seeland, 2017 (erstellt durch: Wenzel & Drehmann PEM GmbH)

3.3.3 Handlungskonzeption mit Maßnahmen und Projektideen

In der Handlungskonzeption werden den priorisierten Handlungsfeldern mögliche Maßnahmen und Projektideen zugeordnet. Die Handlungsfelder wurden zuvor in der Bestandsanalyse sowie im breiten Beteiligungsprozess ermittelt (vgl. „Fahrplan“ Abbildung 19 in Kapitel 3.1).

Im Rahmen der Erhebungsphase und der Beteiligung der Akteure und Bürgerschaft sammelt sich oft eine Vielzahl möglicher Maßnahmen und Projekte an (vgl. Abbildung 27). Dies erfordert eine Strukturierung und erste Eingrenzung der Realisierbarkeit. Die Maßnahmen und Projekte können sowohl das gesamte Gemeindegebiet betreffen als auch einen lokalen Schwerpunkt haben.

Zur Einschätzung der Realisierbarkeit sind Informationen zu möglichen Trägern, Verantwortlichen, den finanziellen Aufwendungen sowie zum zeitlichen Horizont zusammenzustellen. Um in die Liste der prioritären Projekte aufgenommen zu werden, ist in der Regel eine gesamtkommunale Bedeutung erforderlich.

3.3.4 Vorhabenprioritäten und Leitprojekte

Für die Gesamtheit der ermittelten und nach Handlungsfeldern strukturierten konkreten Maßnahmen und Projektideen ist eine Priorisierung nach nachvollziehbaren Kriterien durchzuführen. Folgende vier Kriterien sollten für eine Auswahl der wichtigsten Projekte herangezogen werden:

- Relevanz für die Gesamtgemeinde
- Realisierbarkeit (Zeithorizont, Verantwortlichkeit)
- Finanzierungsbedarf (Kosten, Finanzierung)
- Effektivität für das Handlungsfeld.

Die auf dieser Basis ausgewählten Projekte werden als **Leitprojekte** bezeichnet. Für diesen Auswahlprozess sind eine umfassende Transparenz und eine gut moderierte Diskussion sehr wichtig, damit bei den beteiligten lokalen Akteuren und Bürgern eine möglichst große Akzeptanz erreicht wird. Bedingt durch die unterschiedlichen Gemeindegößen ist eine Empfehlung zur Anzahl schwierig. Für die priorisierten Leitprojekte ist ein **Maßnahmenplan** zu erstellen (Zeitplan, Zuständigkeit, Kostenschätzung, Finanzierungsmöglichkeiten). Zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten finden sich Hinweise an gesonderter Stelle (vgl. Anhang).

3.4 Konzepterstellung und Beschluss

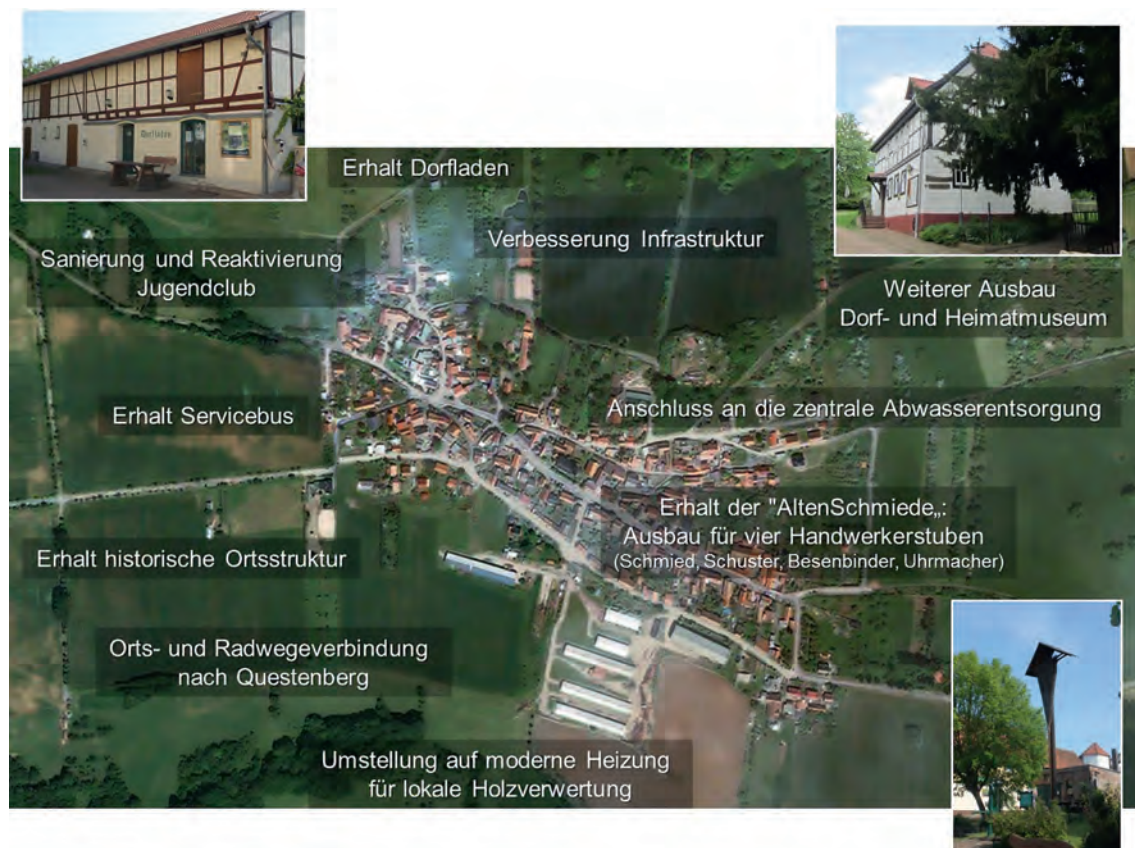
Das IGEEK wird vom beauftragten Büro erstellt und zum Beschluss geführt. Hierzu gehört die Text- und Kartenerstellung (vgl. Kapitel 3.4.1), eine Offenlage der Entwurfsfassung und Abstimmung (vgl. Kapitel 3.4.2) sowie eine politische Bestätigung und Bekanntmachung (vgl. Kapitel 3.4.3).

3.4.1 Text- und Kartenerstellung

Nach Abschluss der vorangegangenen Arbeitsphasen (Bestandsanalyse, Leitbild, Entwicklungsziele und Handlungskonzeption) werden die erarbeiteten Inhalte und Ergebnisse in einem Konzept zusammengeführt. Aus der intensiven Auseinandersetzung mit der Situation, den künftigen Entwicklungstendenzen, übergreifenden wie auch thematischen Zielrichtungen, Handlungsschwerpunkten und Leitprojekten ergibt sich das Material für das IGEEK.

Abbildung 27

Handlungsschwerpunkte im OT Hainrode



Quelle: IGEEK Südharz, 2017 (erstellt durch: DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG)

In einem IGEEK sollten Anlass und Zielstellung, die Bestandsanalyse für die gesamte Gemeinde sowie die Ortschaften (bzw. Orts-/Stadtteile), die Ableitung des Handlungsbedarfs und die entwickelte Strategie (Leitbild, Entwicklungsziele, Handlungsfelder) mit dem Handlungskonzept (Maßnahmenplan) dargestellt werden (vgl. Muster-IGEEK-Gliederung im Anhang). Weiterhin sind Angaben zur geplanten Umsetzung und Verstetigung erforderlich. Auch ist eine Dokumentation der Beteiligung und der Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Pläne verbindlich.

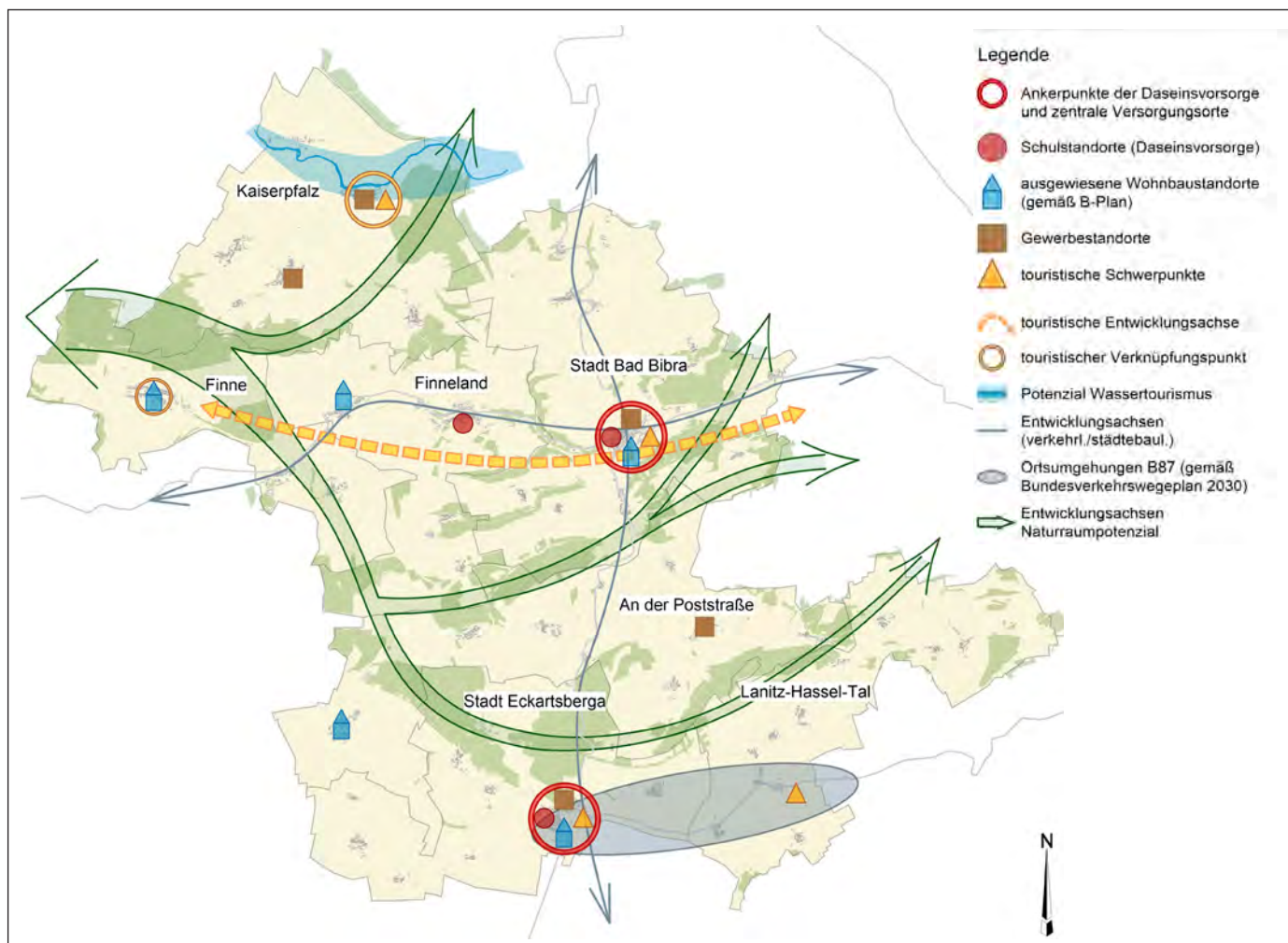
Die zentralen Aussagen und Entwicklungsstrategien des IGEEK sollen als Ergebnis zu einem räumlichen Leitbild in Form eines Plans mit Beschreibung für das gesamte Gemeindegebiet zusammengefasst werden (vgl. Abbildung 28). Der Maßstab des Planes sollte

1:20.000 betragen. Neben den zentralen Leitlinien und Zielvorstellungen der Gemeinde soll die Plangrafik die räumlichen Handlungs- und Interventionsbereiche veranschaulichen und ggf. Leitprojekte verorten. Je nach gemeindespezifischer Problemlage kann es sinnvoll sein, die IGEEK durch zusätzliche teileräumliche Entwicklungskonzepte oder spezifische Fachkonzepte zu ergänzen (z.B. Klimaschutzkonzept, Hochwasserschutzkonzept). Darüber hinaus sind Funktionsprofile der Ortschaften empfehlenswert (vgl. Kapitel 3.3.2).

Neben dem räumlichen Leitbild und den Funktionsprofilen sind auch weitere Inhalte des IGEEK mit Karten, Abbildungen und Tabellen anschaulich aufzubereiten. Im vorliegenden Leitfaden wurden aus vielen verschiedenen IGEEK gelungene Beispiele aufgenommen, die als Anregung dienen können.

Abbildung 28

Räumliches Leitbild der Verbandsgemeinde An der Finne



Quelle: IGEEK An der Finne, 2018 (erstellt durch: KEWOG Städtebau GmbH)

Auch Visualisierungen von geplanten Maßnahmen können Bestandteil eines IG EK sein (vgl. Abbildung 29).

3.4.2 Offenlage der Entwurfsfassung und Abstimmung

Die vom beauftragten Büro erstellte Entwurfsfassung wird mit den relevanten Akteuren und Gremien abgestimmt (Lenkungs-/Steuerungsrunde, Vertreter der Ortschaften). In einer öffentlichen Veranstaltung wird die Entwurfsfassung vorgestellt und diskutiert (vgl. „Fahrplan“ Abbildung 19 in Kapitel 3.1).

Nach der Veranstaltung erfolgt eine schriftliche Beteiligung der TÖB (Träger öffentlicher Belange). Über eine Offenlage der Entwurfsfassung (auch möglich auf der Homepage der Gemeinde) können weitere Interessierte Hinweise geben. Daran anschließend erfolgt eine ggf. notwendige Überarbeitung der Entwurfsfassung.

3.4.3 Politische Bestätigung und Bekanntmachung

Die überarbeitete Entwurfsfassung ist von der Lenkungs-/Steuerungsgruppe freizugeben und wird dem Gemeinde- bzw. Stadtrat zum Beschluss vorgelegt. Nach einem Beschluss stellt das IG EK dann das zentrale Steuerungsinstrument für die Gemeindeentwicklung dar (Selbstbindung der Gemeinde). Die beschlossene Endfassung ist der zuständigen Bewilligungsbehörde (ALFF) abschließend zu übergeben.

Die Endfassung des IG EK ist dann durch die Gemeinde zu veröffentlichen (als pdf-Dokument auf der Homepage der Gemeinde). Hierzu ist eine Bekanntmachung notwendig (Pressemitteilung, Amtsblatt, Flyer etc.). An die Erarbeitung des IG EK schließt sich die Phase der Umsetzung an (vgl. Kapitel 4).

Abbildung 29

Rendezvousplätze



Quelle: IG EK Stadt Möckern, 2014 (erstellt durch: Büro für urbane Projekte)

4. Wie geht es nach der Konzepterstellung weiter? Implementierung und nachhaltige Steuerung

Nach der Erstellung des IG EK sollte der erfolgreiche Prozess verstetigt und mit seiner Umsetzung begonnen werden (vgl. Kapitel 4.1). Hilfreich sind hierbei auch Monitoring und Controlling (vgl. Kapitel 4.2).

4.1 Verstetigung und Umsetzung

Als strategisches Instrument der Gemeindeentwicklung benötigt ein IG EK eine gesteuerte Implementierung und kontinuierliche Prozessverstetigung. Die Phase der **Umsetzung** schließt den Prozess erst ab (vgl. „Fahrstuhl“ Abbildung 19 in Kapitel 3.1).

Die in den Phasen der IG EK-Erstellung etablierten **Arbeitsstrukturen** können für die anschließende Phase der Verstetigung und Umsetzung des IG EK weiter genutzt werden. So kann die Lenkungs-/Steuerungsgruppe beibehalten werden und den Prozess durch Treffen in einem größeren Turnus weiter begleiten (z.B. alle drei bis sechs Monate). Es kann sinnvoll sein, die gemeindeexternen Mitglieder von einer weiteren Mitarbeit zu entlasten (z.B. Landkreis, Regionale Planungsgemeinschaft) und ggf. durch neue im IG EK-Erstellungsprozess entdeckte Akteure zu ergänzen.

Auch die während der Phase der IG EK-Erstellung ggf. entstandenen Fach-/Arbeitsgruppen sollten möglichst beibehalten werden und den IG EK-Prozess weiter inhaltlich begleiten (z.B. bei fachlichen Fragen oder notwendigen Nachjustierungen im Rahmen der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen/Projekte). Es können auch Vertreter der Fach-/Arbeitsgruppen in die Lenkungs-/Steuerungsgruppe integriert werden.

Es liegt in der Verantwortung der Gemeinde, die im IG EK gewählten Entwicklungsziele und Projekte umzusetzen bzw. den Fortschritt zu begleiten. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von eigenen Mitteln bzw. die Akquisition bestehender Fördermöglichkeiten (vgl. Anhang) bzw. die Unterstützung der Projektverantwortlichen bei der Beantragung von Fördermitteln.

Die **Aufgaben** der Lenkungs-/Steuerungsgruppe in der Verstetigungs- und Umsetzungsphase betreffen

in diesem Zusammenhang die Koordination, das Prozessmanagement, die Unterstützung der Finanzierung-/Fördermöglichkeiten, die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Begleitung des Monitorings und des Controllings (vgl. Kapitel 4.2). Da mit dem politischen Beschluss des IG EK die Tätigkeit des beauftragten Büros in der Regel endet, ist die sehr wichtige Aufgabe der **Moderation** an weitere Personen aus dem Kreis der Lenkungs-/Steuerungsgruppe zu übertragen (z.B. Bürgermeister).

Um die lokalen Akteure und Bürger langfristig für die Gemeindeentwicklung zu interessieren und das Engagement weiter zu stärken und zu fördern, ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung. Hierzu kann zum Beispiel in einer öffentlichen Informationsveranstaltung über die bis zu diesem Zeitpunkt erreichte Umsetzung des IG EK berichtet werden. Weiterhin sind Pressemitteilungen, Berichte im Amtsblatt und auf der Homepage der Gemeinden denkbar.

Die eigentliche Umsetzung der im IG EK priorisierten Maßnahmen und Projekte erfolgt über die erstellten Maßnahmenpläne (vgl. Kapitel 3.3.4). Mit einer gelungenen Umsetzung wird die nachhaltige Akzeptanz eines IG EK als kommunaler Handlungsleitfaden gefestigt.

4.2 Monitoring und Controlling

Mit Hilfe des Monitorings können Hinweise zur Überprüfung, Anpassung bzw. Fortschreibung des IG EK ermittelt werden. Es dokumentiert die Richtungen, in die sich die verschiedenen Handlungsstränge entwickeln. Aufgabe des Controllings³ ist es in erster

³ Im Gegensatz zur Entwurfsfassung des Leitfadens aus dem Jahr 2014 wird der Begriff Evaluierung bewusst nicht mehr verwendet. Eine Evaluierung umfasst eine umfangreiche Bewertung von Leistungen und Wirkungen (sowohl von Prozessen als auch Maßnahmen/Projekten). Für die im Rahmen der Umsetzung eines IG EK vorgesehene sinnvolle Überprüfung und Steuerung bietet sich der Begriff des Controllings mehr an.

Linie, zu prüfen, ob die Erarbeitung des IG EK zu den gewünschten Ergebnissen beiträgt, ob sich die Strukturen zur Lenkung der Prozesse verstetigen und ob sie die gewünschten Wirkungen entfalten.

Für ein Monitoring können quantitative Daten bzw. Indikatoren ausgewählt und durch die Gemeinde erhoben bzw. zusammengetragen werden. Anhand dieser Indikatoren kann die reale Entwicklung der Gemeinde nachgezeichnet werden, was einer einfachen Form der Beobachtung dient (es stellt aber keine Art der Wirkungskontrolle dar).

Aufgabe ist es demnach, für zwei verschiedene Fragestellungen entsprechende Indikatoren festzulegen. Zum einen ist es empfehlenswert, die Gemeindeentwicklung anhand einiger grundlegender zentraler Indikatoren zu beobachten, die auch im Rahmen der Bestandserfassung des IG EK darzustellen sind (vgl. Kapitel 2.1.1 bis 2.1.10). Hierzu gehören insbesondere:

- Bevölkerungsentwicklung (Anzahl, Altersstruktur)
- Sozialstruktur (Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen)
- Wohnungsmarkt (Bautätigkeit, Leerstand)
- Wirtschaft (SVP-Beschäftigte/Arbeitsort, Pendler).

Zum anderen sollten – je nach thematischer Schwerpunktsetzung der Gemeinde und den Handlungsfeldern – weitere Indikatoren definiert werden. Beispielhaft können hierzu genannt werden (jeweils Anzahl/Veränderung):

- Nahversorgung (z.B. Lebensmittel/Einzelhandel)
- medizinische Versorgung (z.B. Hausärzte)
- Seniorenbetreuung/Pflege (z.B. Plätze Altenheim)
- Schule (z.B. Schülerzahlen, Schulplätze)
- (Klein-)Kinderbetreuung (z.B. Plätze)
- Kulturelle Einrichtungen (z.B. Museen)
- Freizeit/Erholung (z.B. Jugendclubs)
- Spiel-/Sporteinrichtungen (z.B. Spielplätze)
- Gemeinschaftseinrichtungen
- ÖPNV (z.B. Taktfrequenz)
- Tourismus (z.B. Übernachtungen).

Neben den quantitativen Daten sind allerdings auch qualitative Aspekte zu beachten (so macht sich beispielsweise eine Sanierung und Aufwertung eines Spielplatzes nicht in der quantitativen Anzahl bemerkbar).

Zur **Verlaufs- und Erfolgskontrolle** können diese Daten und Indikatoren im Rahmen eines Controlling kontinuierlich überprüft und ausgewertet werden. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von nicht erwünschten Prozessen und Entwicklungen, so dass Korrekturen und Anpassungen möglich sind. Ein Monitoring und Controlling erleichtert weiterhin eine ggf. notwendige Aktualisierung oder Fortschreibung eines IG EK, da viele Informationen und Daten dann schon vorliegen und zeitnah und gezielt nachgesteuert werden kann.

In den IG EK sollen Aussagen zur beabsichtigten Form der Verlaufskontrolle erfolgen, anhand derer der Verlauf der Umsetzung und die Zielerreichung regelmäßig überprüft und dokumentiert werden kann.

Auf der **Prozessebene** sollen sowohl die Schwerpunktsetzung der Handlungsfelder sowie die ausgewählten Leitprojekte überprüft werden (möglich als selbst durchgeführtes Controlling/Evaluierung im Rahmen einer kritischen Auseinandersetzung innerhalb der Lenkungs-/Steuerungsgruppe). Auf der **Projektebene** können die Projekte anhand ihrer Realisierung/Umsetzung (Maßnahmenplan) sowie ihrer dauerhaften Existenz/Nachhaltigkeit bewertet werden.

Für einen vertiefenden Einstieg werden nachfolgende Veröffentlichungen empfohlen:

- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Hrsg.): Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung. Leitfaden und Methodenbox, 2014
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Evaluierung in der Städtebauförderung – Kommunale Arbeitshilfe, 2011
- Bundestransferstelle Stadtumbau: Schwerpunktthema Selbstevaluation und Monitoring in der kommunalen Praxis im Stadtumbau, 2018.

Anhang

Muster IG EK-Gliederung

ANLASS UND ZIELE TZUNG

1. Anlass und Zielsetzung
2. Zusammenfassung der zentralen Inhalte
3. Prozess und Beteiligung

BESTANDSANALYSE UND ABLEITUNG HANDLUNGSBEDARF

4. Bestandserfassung und Analyse der Ausgangssituation
 - 4.1 Rahmenbedingungen der Kommune
 - 4.2 Demografische Entwicklung
 - 4.3 Bürgerschaftliches Engagement
 - 4.4 Bauliche Entwicklung und Ortsbild
 - 4.5 Grundversorgung und soziale Infrastruktur
 - 4.6 Weitere ergänzende Schwerpunktthemen
5. Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Pläne
6. Stärken-Schwächen-Analyse und Einschätzung Handlungsbedarf

STRATEGIE UND UMSETZUNGSPLANUNG

7. Räumliches und inhaltliches Leitbild
8. Ziele und Handlungsfelder
9. Handlungskonzeption mit Maßnahmen und Projektideen
10. Verstetigung und Umsetzung
11. Monitoring und Controlling

Muster Profil/Steckbrief

Name (Ortschaft/Ortsteil/Stadtteil):		
Kartenausschnitt zur Lage innerhalb der Gemeinde		Charakteristisches Foto
Besondere Alleinstellungsmerkmale:		
Bevölkerungsentwicklung:	Bevölkerungsprognose:	Altersstruktur:
Flächenreserven:	Brachflächen:	Leerstand:
Themen/Einrichtungen	Stärken	Schwächen
z.B. Bürgerschaft (Vereine etc.)		
z.B. Grund-/Nahversorgung		
z.B. Soziale Infrastruktur		
z.B. Bildung und Betreuung		
z.B. Kultur, Freizeit, Erholung		
z.B. Orts-/Landschaftsbild		
z.B. Tourismus		
z.B. Verkehr und Mobilität		
Handlungs-/Entwicklungsschwerpunkte:		

Muster Projektformular

Name/Titel des Projektes/Vorhabens:
Beschreibung des Projektes/Vorhabens:
Gesamtgemeinde oder Teilgebiet (Name der Ortschaften/Ortsteile/Stadtteile):
Träger des Projektes/Vorhabens (Institutionen, Vereine, Privatpersonen etc.):
Ansprechpartner (Name mit Kontaktadresse):
Zeitliche Umsetzung (von bis):
Kosten (netto, grob geschätzt):
Finanzierungs-/Fördermöglichkeiten:
Ziele des Projektes/Vorhaben:
Zuordnung zu folgendem Handlungsfeld des IG EK:
Zuordnung zu folgendem Entwicklungsziel des IG EK:
Sonstiges:

Datenquellen für Bestandsanalyse

Grundsätzlich relevante Datenquellen:

www.statistik.sachsen-anhalt.de
www.regionalstatistik.de
www.demografiemonitor.de
www.wegweiser-kommune.de

Nachfolgend ausgewählte Quellen für Daten auf Ebene der Gemeinden (kostenlos):

Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

<https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bevoelkerung-erwerbstaetigenrechnung-mikrozensus-evs/bevoelkerung/berichte-bevoelkerung/>

https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Bevoelkerungsstand/6A119_2017-A.pdf

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegungen

(Geborene/Gestorbene/Zuzüge/Fortzüge) ab 2011

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

<https://www.stala.sachsen-anhalt.de/bevoelkerung/bewegungen/fms/fms111.html>

https://www.destatis.de/GPstatistik/receive/STSerie_serie_00000001?list=all

Wanderungsstatistik

(Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen nach Geschlecht und Altersgruppen)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=12711-01-03*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Bevölkerungsprognose nach Prognosejahren und Altersgruppen bis 2030

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

<https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bevoelkerung-erwerbstaetigenrechnung-mikrozensus-evs/bevoelkerung/tabellen-bevoelkerung/#c173693>

Siedlungsfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=33111-02-01*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31231-02-01*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Genehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude und Wohnungen in Wohngebäuden nach Zahl der Wohnungen

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31111-01-02*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Genehmigungen zur Errichtung neuer Nichtwohngebäude

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31111-02-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Genehmigungen für Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Zahl der Räume

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31111-03-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Fertigstellung neuer Wohngebäude und Wohnungen in Wohngebäuden nach Zahl der Wohnungen

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31121-01-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Fertigstellung neuer Nichtwohngebäude

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31121-02-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Fertigstellung von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Zahl der Räume

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=31121-03-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Geschlecht und Nationalität

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=13111-01-03*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Geschlecht und Nationalität

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=13111-02-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- u. Wohnort, Ein- u. Auspendler über Gemeindegrenzen

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=13111-08-02*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen (Jahresdurchschnitt)

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=13211-01-03*
www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Tourismus (Beherbergungsbetriebe, Gästebetten, Gästeübernachtungen, Gästeankünfte)

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=45412-01-02*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Gemeindefinanzen (Realsteuern und kommunale Steuerbeteiligung)

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

<https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/oeffentliche-finanzen-steuern-und-personal-im-oeffentlichen-dienst/berichte-finanzen-personal-steuern/#c152314>

Realsteuervergleich (IST-Aufkommen, Grundbeträge, Hebesätze, Realsteueraufbringungskraft, Gewerbesteuerumlage, Gewerbesteuer netto, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Steuereinnahmekraft)

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=71231-01-03*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Lohn- und Einkommensteuerstatistik (Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte, Lohn- und Einkommensteuer)

(GENESIS Regionalstatistik)

www.regionalstatistik.de/genesis/online?sequenz=tabellen&selectionname=73111-01-01*

www.statistikportal.de/sites/default/files/2018-06/Z7100E%20201800_0.pdf

Schulden

(der kommunalen Ebene beim nicht-öffentlichen Bereich)

www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/Publikationen/Downloads-Schulden/integrierte-schulden-tabellenband-5713201179005.html

Schulen

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Veroeffentlichungen/Verzeichnisse/6V007_2018-A.pdf

Ambulante Pflegedienste, Stationäre Pflegeheime

(Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Veroeffentlichungen/Verzeichnisse/6V009_2017-A.pdf

Krankenhausatlas

(Statistische Ämter des Bundes und der Länder)

<https://krankenhausatlas.statistikportal.de/>

Strukturkompass (Bewertung kommunale Finanzsituation)

https://strukturkompass.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/dok/Kommunaler_Finanzmonitor_atenblaetter_Kommunen_2016.pdf

Angaben zur Leerstandserfassung

Die nachfolgenden Angaben zur Leerstandserfassung beruhen auf zwei Studien, die vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik für das Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR, 2005)⁴ und von empirica für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR, 2014)⁵ erstellt wurden.

Grundsätzlich beruhen Leerstände auf verschiedenen Ursachen und haben damit verbunden abweichende Zeithorizonte: marktbedingter Leerstand (Wohnungsangebot > Wohnungsnachfrage), fluktuationsbedingter Leerstand (Umzüge), baubedingter Leerstand (Ruinen/Sanierungsstau), rückbaubedingter Leerstand (systematisch gelenkter Leerstand) [Quelle: BBSR, 2014, S. 6]. Bundesweit stehen aus dem letzten Zensus 2011 differenzierte Angaben zum Leerstand auf Ebene der Gemeinde zur Verfügung. Aus verschiedenen Gründen bestehen jedoch Abweichungen zu lokalen Erfassungen (z.B. werden komplette Ruinen nicht erfasst). Der nächste Zensus ist für das Jahr 2021 vorgesehen.

Auf kommunaler Ebene können verschiedene Methoden zur Leerstandserfassung zum Einsatz kommen, die ggf. auch eine teilräumliche Erfassung der Leerstände erlauben [BBSR, 2014, S. 25, 18-26; MIR, 2005, S. 5-27]:

Statistische Schätzverfahren

Mit den Daten zum Wohnungsbestand, Bautätigkeitsstatistik, Haushaltsentwicklung (Mikrozensus in Großstädten) sowie Bevölkerungsentwicklung kann der Leerstand für das gesamte Gemeindegebiet ermittelt werden.

Haushaltegenerierungsverfahren

Aus der Differenz zwischen Wohnungsbestand und geschätzter Haushaltszahl lässt sich der Leerstand ermitteln. Die Haushaltszahl wird über die Einwohnermeldestatistik mit einem etablierten Verfahren errechnet.

Befragung von Wohnungseigentümern

Daten von Wohnungsunternehmen/-genossenschaften sind zuverlässig (geeignet in Gemeinden mit derartigen Beständen). Befragungen von Einzeleigentümern sind möglich, jedoch aufwändiger und häufig lückenhaft.

Ver- und Entsorgerdaten

Leerstandserhebungen sind auch über Verbrauchsdaten anhand der Stromzählermethode, den Wasserverbrauch/-zähler und Daten zur Müllentsorgung möglich. Notwendig sind kooperationsbereite Ver-/Entsorger.

Begehung vor Ort

Mittels Begehungen vor Ort und Inaugenscheinnahme von außen können Leerstände erfasst werden (Klingelschilder, Gardinen, Blumen etc.). Zum Einsatz können kommunale Mitarbeiter, Praktikanten, Arbeitsamtsmaßnahmen sowie beauftragte Dritte kommen. Ein einheitlicher Behebungsbogen ist sinnvoll [MIR, 2005, S. 24].

⁴ Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (Hrsg.): Methoden der Erfassung zum Wohnungsleerstand im Stadtumbau, Arbeitshilfe für die kommunale Praxis, 2005 [https://mil.brandenburg.de/media_fast/4055/Arbeitshilfe%20Leerstand%20IfS.pdf]

⁵ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands. Datengrundlagen, Erfassungsmethoden und Abschätzungen, 2014 [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2014/DL_Wohnungsleerstaende.pdf?__blob=publicationFile]

Abfragen bei kommunalen Funktionsträgern

In kleineren Gemeinden und Ortschaften kann das häufig vorhandene lokale Wissen zu existierenden Leerständen durch Abfragen bei kommunalen Funktionsträgern ermittelt werden (z.B. Ortsvorsteher/-bürgermeister).

Die Methoden sind in Bezug auf ihre Eignung unterschiedlich zu bewerten und in jeder Gemeinde individuell auszuwählen: Größe der Gemeinde (über-

schaubare Kleinstädte und kleinere Mittelstädte oder Mittel-/Großstädte), Eigentumsverhältnisse in der Gemeinde (Anteile der Wohnungsbestände bei privaten Eigentümern bzw. Wohnungsunternehmen/-genossenschaften), vorliegende Daten, Mitwirkungsbereitschaft der Akteure, eigene Anforderungen/Ansprüche (Gesamtgemeinde/Teilräume, Angaben zum Baualter etc.). Für viele Gemeinden eignet sich auch ein **Methodenmix** [BBSR, 2014, S. 25, 28-30; MIR, 2005, S. 28-34].

Angaben zum Flächenmanagement

Ziel eines Flächenmanagements ist eine nachhaltige Flächenentwicklung, d.h. eine Flächen sparende und Boden schützende Entwicklung (Innenentwicklung, Flächenkreislauf, Flächenrecycling). Durch eine Wiedernutzbarmachung von Brachen und Altlasten sowie eine vorrangige Innenentwicklung kann der Flächenverbrauch durch Neuversiegelung reduziert werden. Die vorhandenen Potenziale einer Nutzung innerörtlicher Flächen oder bereits genutzter Flächen (z.B. Baulücken, Brachflächen, Leerstände) werden durch die Gemeinden häufig unterschätzt. Ein effektives Flächenmanagement kann diese Potenziale sichtbar machen und eine (Wieder-)Nutzung unterstützen. Neben dem Schutz wertvoller Böden können darüber hinaus das Landschaftsbild geschützt, die Ortskerne belebt und Infrastrukturkosten gesenkt werden.

Gemäß dem „Aktionsplan Flächensparen“ des Umweltbundesamtes von 2018 [UBA 2018]⁶ gehören zum Flächenmanagement folgende drei strategische Bausteine:

- Mobilisierung von Bauland und Gebäuden im Bestand (Innenentwicklungspotenziale),
- Erhöhung der Effizienz der Flächennutzung (kompakte Siedlungsstrukturen) und
- wirksame Begrenzung und Steuerung des Flächenverbrauchs (Operationalisierung des bundesdeutschen quantitativen Flächensparzieles „30ha pro Tag bis 2020“ auf die Ebene der Länder/Regionen/Gemeinden).

Städte und Gemeinden sollen zur Umsetzung den vorhandenen Werkzeugkasten nutzen. Wichtig ist es auf kommunaler Ebene gut informiert zu sein (Flächenmonitoring inkl. entsprechender Flächenentwicklungsberichte, Analysen zu Innenentwicklungspotenzialen), die Flächenpolitik in integrierte Konzepte einzubetten und Grundsätze der Flächenstrategie politisch zu beschließen [UBA 2018, S. 47-52].

Zur Umsetzung von Innenentwicklung und Flächenrecycling in Städten und Gemeinden finden sich in einem Ratgeber des Umweltbundesamtes Anregungen, wie Prozesse und behördliche Verwaltungsabläufe beim kommunalen Flächenmanagement ausgestaltet werden können.⁷ Mit einem „Folgekostenschätzer“, der auf Erfahrungen von Modellpro-

jekten in Bayern, Sachsen und Brandenburg beruht, können die Kosten für neue Baugebiete kalkuliert werden (www.was-kostet-mein-baugebiet.de/werkzeuge/folgekostenschaetzer.html).

Für weitergehende Angaben zum (kommunalen) Flächenmanagement wird auf folgende Arbeitshilfen und Leitfäden anderer Bundesländer verwiesen:

- Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (Hrsg.): Kommunales Flächenmanagement, 2010
- Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (Hrsg.): Chefsache Ortsinnenentwicklung, 2017
- Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Kommunales Flächenmanagement. Arbeitshilfe, 2003
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (Hrsg.): Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement. Dokumentation und Leitfaden, 2010
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Kommunales Flächenmanagement in Schleswig-Holstein. Erhebung von Potenzialflächen, 2011.

In Sachsen-Anhalt befindet sich im Bereich des Flächenmanagements ein landeseinheitliches Potenzialflächenkataster im Aufbau (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, Referat 45).

⁶ Umweltbundesamt (Hrsg.): Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Aktionsplan Flächensparen, 2018 [www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-24_texte_38-2018_reduzierung-flaecheninanspruchnahme.pdf]

⁷ Umweltbundesamt (Hrsg.): Innenentwicklung organisieren - Kommunale Organisationsstrukturen für ein effizientes Flächenressourcenmanagement im Praxistest, 2015 [www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2271/publikationen/ratgeber_aktuell_13.01.16.pdf]

Fördermöglichkeiten

Allgemeine Fördermöglichkeiten (mit Relevanz für Sachsen-Anhalt)

<https://foerderprogramme.sachsen-anhalt.de/>

www.ib-sachsen-anhalt.de/

www.foerderinfo.bund.de/de/sachsen-anhalt-230.php

www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/root.html

<https://demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-und-foerderung/foerderprogramm-demografie-sachsen-anhalt/>

<https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/antragsstellung-und-antragsauswahl/>

[www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Foerderwegweiser/foerderwegweiser_node.html)

[Foerderwegweiser/foerderwegweiser_node.html](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Foerderwegweiser/foerderwegweiser_node.html)

Spezielle Fördermöglichkeiten in Sachsen-Anhalt

Erstellung eines neuen integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes oder Entwicklung eines vorhandenen Konzeptes zu einem integrierten Gemeindeentwicklungskonzept

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#dew

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6309_16_IGEK_Foerderantrag.pdf

Dorfentwicklung

(ortsbildprägende Gebäude, Verkehrsflächen, Gestaltung öffentlicher Raum, Gemeinschaftseinrichtungen, Freizeit/Naherholung, Abriss/Umnutzung, Entsiegelung/Entsorgung)

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#dof

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6314_18_Merkblatt_Aufruf.pdf

Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestivhtm#ski

Merkblatt:

www.ib-sachsen-anhalt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/pdf/kommunen/starkIII_eler_aufruf.pdf

Sportstätten (außerhalb von Schulen)

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#spo

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#spo

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) an Schulen

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#ikt

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6307_17_Merkblatt.pdf

Ausbau Breitbandversorgung

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#bbv

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6308_17_Merkblatt.pdf

Ländlicher Wegebau

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#lwb

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6302_16_Aufruf.pdf

Touristische Infrastruktur

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#toi

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6315_18_Merkblatt_Aufruf.pdf

Biodiversität / Schutzgebiete (Naturschutz- und Landschaftspflegeprojekte)

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#bio

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6301_16_Merkblatt_Teil_B_Hinweise.pdf

Trinkwasser / Abwasser

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#trw

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/6303_17_Merkblatt.pdf

Netzwerk Stadt/Land

Allgemeine Informationen:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#ssl

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/7006_19_Merkblatt.pdf

Kooperationsprojekte (gebietsübergreifend und transnational)

Allgemeine Informationen: w

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm#kop

Merkblatt:

www.inet17.sachsen-anhalt.de/Profilinet_ST_P/public/Hilfe/Info/7102_18_Merkblatt.pdf

Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

www.nasa.de/infrastruktur-foerderung/foerderung/foerderprogramm-ladeinfrastruktur/

Nachhaltige Mobilität - Radverkehrsanlagen und -infrastruktur

www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=13941

Steigerung Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien (Unternehmen, Eigenbetriebe)

www.ib-sachsen-anhalt.de/umwelt-schuetzen/energieeffizienz-steigern

Kulturerbe erhalten (Investitionen in Kultureinrichtungen, Bau- und Bodendenkmale)

www.ib-sachsen-anhalt.de/oeffentliche-einrichtungen/kulturerbe-erhalten/sachsen-anhalt-kulturerbe

Traditions- und Heimatpflege

<https://lwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=3791>

Engagementfonds (Integration)

www.lagfa-lsa.de/engagementfonds.html

Engagementförderung (Zusammenhalt durch Teilhabe)

www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/foerderung/143864/foerdermoeglichkeiten

Klimaschutz

www.klimaschutz.de/sites/default/files/PDF/fileadmin/difu_upload/pdf/Veranstaltungsunterlagen/2017_Dialogtreffen/ST_%C3%9Cbersicht_Klimaschutz_F%C3%B6rderprogramme_des_Landes_0817.pdf

Allgemeine Projektförderung

Lottoförderung Sachsen-Anhalt (Projektförderung für Umweltschutz, Soziales, Denkmalschutz, Sport, Kultur)

www.lottosachsenanhalt.de/lotto-foerdert/projektfoerderung

Aktion Mensch (Inklusion, Barrierefreiheit, Mobilität für alle, Begegnungsstätten)

www.aktion-mensch.de/foerderung/ueber/foerderhoehen.html

www.aktion-mensch.de/foerderung/antrag/foerderfinder

Deutsches Kinderhilfswerk (Kinderpolitik, Kinderkultur, Spielraum, Medien)

www.dkhw.de/foerderung/

Allianz Umweltstiftung

(Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltige Regionalentwicklung, Biodiversität)

<https://umweltstiftung.allianz.de/>

Landessportbund Sachsen-Anhalt

www.lsb-sachsen-anhalt.de/2015/o.red.r/sportfoerderung.php?nav=7

Kultur macht stark (Kulturelle Bildung)

www.buendnisse-fuer-bildung.de/de/foerderung-60.html

Neulandgewinner der Bosch-Stiftung (Förderung unkonventioneller Ideen in Ostdeutschland)

<http://neulandgewinner.de/ausschreibung.html>

Beispiele für innovative Projekte und Initiativen

Bürgerschaftliches Engagement

Dein Nachbar www.deinnachbar.de/

Jugendengagement www.jugendengagement.de/jugendbeteiligung/scheer/

Jugendgemeinderat www.gemeinde-muldestausee.de/de/gremien/jugendgemeinderat-muldestausee.html

Freiwilliges Soziales Jahr als Dorfkümmerer

www.caritas-dicvhildesheim.de/service-amp-aktuelles/aktuelle-meldungen/

freiwilliges-soziales-jahr-als-dorfkuemmerer-f3ffb722-cf5f-4a36-8b82-ba9564c10cb7

Verwaltung

Mobiles Bürgerbüro

www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/

[Erfolgsgeschichten/Nahversorgung/_texte/Dossier-Nahversorgung.html?nn=7718100#Start](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/Nahversorgung/_texte/Dossier-Nahversorgung.html?nn=7718100#Start)

Soziales Miteinander

Mehrgenerationenzentrum (MGZ) www.mgz-barleben.de/

Dorfzeitung www.eupen.be/dorfzeitung-kettenis-magazinarchiv/

Website durch eine Dorfgruppe www.elsenborn.be/kontakt/

Soziales Netzwerk www.soziales-netzwerk-fw.de/

Stärkung durch Integration <https://demografie.sachsen-anhalt.de/>

[projekte-und-foerderung/regionale-projekte/demografie-projekte-nach-themen/](https://demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-und-foerderung/regionale-projekte/demografie-projekte-nach-themen/)

[willkommenskultur/staerking-durch-integration-ein-verein-bleibt-der-dorf-gemeinschaft-erhalten/](https://demografie.sachsen-anhalt.de/willkommenskultur/staerking-durch-integration-ein-verein-bleibt-der-dorf-gemeinschaft-erhalten/)

Ein Dorf wird Wirt (Umnutzung Gasthaus) www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/090327/index.php

Wohnen/Leerstand/Ortsbild

Jung kauft Alt www.hiddenhausen.de/Hiddenhausen/Wohnen/Bauen/Jung-kauft-Alt

Leben im Dorf www.lebenimdorf.de/presse/leben-im-dorf/1-das-wallmeroder-modell.html

Innenentwicklung www.infoportal-land.de/projekte/schweinsdorf

Innenentwicklung durch Gebäudeumnutzungen www.stmelf.bayern.de/cms01/landentwicklung/beispiele/204011/index.php

Revitalisierung Bahnhofsbäude www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/149732/index.php

Dorf im Dorf (generationenübergreifende Wohnsiedlung)

www.wg-mildenitz.de/galerie/11568/projekt-dorf-in-dorf.html

Wächterhof

<https://naturpark-duebener-heide.de/2017/01/11/waechterhoefe-in-duebener-heide-14-haeuser-und-35-hofwaechter-interessenten/>

Dorfgestaltung

www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/_texte/KernigesDorf_Brachwitz_Friedrichsschwerz.html?nn=5912632#Start

Baukultur

Künstlerstadt <http://kuestlerstadt-kalbe.de>

Bauen und Leben im Innenort www.stmelf.bayern.de/cms01/landentwicklung/beispiele/203773/index.php

Nahversorgung/Einzelhandel

Dorfladen <https://dorfladen-deersheim.business.site/>

Dorfladen Grambow www.neulandgewinner.de/projekte/dorfladen-grambow.html

Dorfladen Klietznick www.klietznick.de/html/unser_dorfladen.html

DORV (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung) www.dorv.de

EDEKA REICH Hol- und Bringeservice für Senioren

<https://demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-und-foerderung/regionale-projekte/demografie-projekte-nach-themen/senioren/edeka-reich-hol-und-bringeservice-fuer-senioren/>

Gemeinbedarfseinrichtungen

Dorfgemeinschaftshaus www.erlenbach-am-berwartstein.de/gemeinde/dorfgemeinschaftshaus/

Dorfgemeinschaftshaus <https://leader-heckengaeu.de/foerderung/leader-projekte/106-heckengaeu-brennerei-2>

Multiples Haus www.multiples-haus-ummendorf.de/

Soziale Infrastruktur

Musikmobil www.landesmusikakademie-sondershausen.de/index.php/musikmobil.html

TKI Bücherei www.dorfunddu.de/portfolio-item/mein-liebster-ort-und-meine-liebste-aktion-tki-buecherei-bleichenbach/

Bibliothek als Treffpunkt www.bibliothek-landquart.ch/

Kinderbetreuung

Kita-Bus www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Kita-Bus-Osterburg.html

KitaMobil www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/KitaMobil.html

Bildung

Schule Online <https://sdln.de/>

Freie Schule www.freie-schule-heckenbeck.de/

Landschule www.newslichter.de/2018/05/die-schule-in-luechow-wird-wieder-eroeffnet/

Bildungsinitiative „Der rote Faden“ www.buergernetz-kernen.de/seite/69368/roter-faden.html

Medizinische Versorgung

Landambulatorium www.landambu.de

Gemeindepraxen www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Hausaerzte_Angestellte_Gemeinde.html

Zahnarztmobil www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Zahnarztmobil-Osterwieck.html

Mobile Rehabilitation <http://khwol.de/index.php/mobile-rehabilitation.html>

Landärztin

www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/Gesundheit/_texte/Dossier-Gesundheit.html?nn=7718144#Start

Gesundheitszentrum www.gesundheitszentrum-sulzfeld.de

Gesundheitshaus www.gesundheitshaus-mirow.de/arztpraxen/

Gesundheitsnetzwerk www.mensch-und-familie.de/Startseite/Gesundheitsnetzwerk

Mobile Rehabilitation <http://khwol.de/index.php/mobile-rehabilitation.html>

Senioren/Pflege

AniTa (Angehörige im Tausch) www.anita-familie.de

Dein Nachbar www.deinnachbar.de/

Senioren genossenschaft (Selbstorganisierte Hilfen im Dorf)
www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm

Integration, Betreuung und Pflege älterer Menschen
www.buergergemeinschaft-eichstetten.de/site/buergergemeinschaft.html

Dorf-FSJler, Dorf-BFDler und Flüchtlingstandems zur Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge
<https://caritas-suedniedersachsen.de/freiwilligendienst>

Seniorenbeirat

www.markt-wilhermsdorf.de/fileadmin/Markt_Wilhermsdorf/Leben_und_Erleben/Angebote_fuer_Senioren/Seniorenbeirat_Flyer_HP.pdf

Bürger helfen Bürgern (soziales Netzwerk) www.oberaurach.de/leben-in-oberaurach/buerger-helfen-buergern/

Mobilität

Bürgerbus www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/lommatzsch-lommatzscher-pflege-der-burgerbus-verbindet

Kombibus www.uvg-online.com/de/auf-der-erfolgsspur-mit-dem-uvg-kombibus/kombibus.html

Dörpsmobil www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/klixbull-das-dorpsmobil

Bürgermobil www.markt-wilhermsdorf.de/leben-erleben/soziales/buergermobil-wilhermsdorf/

Anruf-Bürger-Shuttle www.abs-veitsbronn.de/

Bedarfsgesteuerter Bürgerbus www.buergerbus-olfen.de/

Mitfahrbank <https://kommunal.de/index.php/gefangen-im-dorf-ist-die-mitfahrbank-die-loesung>

Fahrgemeinschaften www.twogo.com/

Jugendmobil www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/

Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/soziale_dorfentwicklung.pdf?__blob=publicationFile

Leihbares Lastenrad www.adfc-sh.de/index.php/projekte/lastenrad/20-lastenrad

E-Scooter-Sharing <https://ngin-mobility.com/artikel/share2move-e-scooter-sharing-land/>

Autonome Dorfmobilität www.merkwatt.de/merkwatt-eigene-projekte-und-produkte/auno-domo
Car-Sharing
[www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/
Erfolgsgeschichten/Mobilitaet/_texte/Dossier-Mobilitaet.html?docId=8536076](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/Mobilitaet/_texte/Dossier-Mobilitaet.html?docId=8536076)

Wirtschaft

Co-Working [www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/
prum-coworking-im-landlichen-raum](http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/prum-coworking-im-landlichen-raum)
Co-Working-Spaces www.region-digital.de/coworkland/das-projekt/

Digitalisierung

Dorf-Digitalexperten www.engagement-macht-stark.de/aktuelles/detail/dorf-digitalexperten/
Breitbandausbau [https://blog-smartcountry.de/
betzdorf_mit_eigenem_breitbandnetz_und_dorffunk_zum_digitalen_dorf/](https://blog-smartcountry.de/betzdorf_mit_eigenem_breitbandnetz_und_dorffunk_zum_digitalen_dorf/)
Dorfbüro / Co-Workingspace <https://schreibtischinruem.wordpress.com/>
W-Lan
[www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/
_texte/Dorfwettbewerb_Leuchtturm_Dossier.html?nn=5912632#Start](http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/_texte/Dorfwettbewerb_Leuchtturm_Dossier.html?nn=5912632#Start)

Energie

Bioenergiedorf <https://bioenergiedorf.schloeben.de/>
Dorf ist Energieklug <https://dorf-ist-energieklug.de/>
Stromsparen im Dorf www.heckenbeck-online.de/unser-dorf-spart-strom/
Dorf der erneuerbaren Energien [www.kommunal-erneuerbar.de/
energie-kommunen/energie-kommunen/
dardesheim.html](http://www.kommunal-erneuerbar.de/energie-kommunen/energie-kommunen/dardesheim.html)
Nachhaltige Energieversorgung [www.landentwicklung.bayern.de/
beispiele/066192/index.php](http://www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/066192/index.php)

Hochwasserschutz

Regenrückhaltebecken www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/149961/index.php
Hochwasserschutzsystem [www.stmelf.bayern.de/cms01/landentwicklung/
beispiele/203950/index.php](http://www.stmelf.bayern.de/cms01/landentwicklung/beispiele/203950/index.php)

Interkommunale Kooperation

Grenzenlos Radeln www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/203754/index.php
Gemeinsamer Bauhof und Bürgerservice [www.landentwicklung.bayern.de/
beispiele/149236/index.php](http://www.landentwicklung.bayern.de/beispiele/149236/index.php)

Quellen und weiterführende Literatur

Hinweis:

Nahezu alle nachfolgend aufgeführten Titel sind als kostenloser download im Internet zu finden.

Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.):

Wissensgesellschaft als Herausforderung für ländlich-periphere Regionen.

Beispiele aus Nordostdeutschland, 2016

Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.):

Zusammenwirken von Instrumenten der Städtebauförderung und Landesentwicklung.

Endfassung, 2014

Amt für regionale Entwicklung Leine-Weser (Hrsg.):

Hausärzte gewinnen. Informationen für Kommunen zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung, 2016

Amt für regionale Entwicklung Leine-Weser (Hrsg.):

Hausarzt (m/w) gesucht! Ein Ratgeber für Kommunen zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung, 2018

Baden-Württemberg-Stiftung gGmbH (Hrsg.):

In Zukunft mit UNS! – Jugendbeteiligung in der Kommune.

Handreichung Nr. 2 aus dem Projekt: In Zukunft mit UNS! –

Qualifizierung Jugendlicher in Beteiligungsprozessen, 2015

Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung (Hrsg.):

Planen mit System. Leitfaden Räumliche Fachplanung 2018

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (Hrsg.):

Kommunales Flächenmanagement, 2010

Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.):

Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten.

Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur

in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen, 2011

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Institute for Advanced Sustainability Studies (Hrsg.):

Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, 2013

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Generali Zukunftsfonds (Hrsg.):

Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt, 2015

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):

Die demografische Lage der Nation.

Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind, 2019

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):

Von Kirchtürmen und Netzwerken.

Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen, 2017

Bertling, Hubertus; Lütke-meier, Harald:

Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte (IGEK)

in Sachsen-Anhalt, in: zfv Heft 3, 2015, S. 157-163

Bertling, Hubertus; Lütke-meier, Harald:

Reduzierung des Flächenverbrauchs durch nachhaltiges Flächenmanagement –

Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt, in: zfv Heft 5, 2011, S. 281-287

Bock, Stephanie; Hinzen, Aja; Libbe, Jens (Hrsg.):

Nachhaltiges Flächenmanagement –

Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, 2011

- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.):
Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen Untersuchung des Instruments hinsichtlich der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, 2012
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Hrsg.):
Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung. Leitfaden und Methodenbox, 2014
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands. Datengrundlagen, Erfassungsmethoden und Abschätzungen, 2014
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Baukultur in ländlichen Räumen, 2013
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Indikatoren zur Nahversorgung, 2015
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Interkommunale Kooperation in der Städtebauförderung, 2018
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen, 2018
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern, 2017
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.):
Wie kommunales E-Government dennoch gelingt. Ein Kochbuch für Praktiker, 2016
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.):
Netzwerk Daseinsvorsorge, MORO Informationen 19/1, 2019
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Alles unter einem Dach! Mehrfunktionshäuser, Modellprojekte im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, 2017
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, Ideen und Impulse für die Zukunft unserer ländlichen Räume, 2018
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Ländliche Entwicklung aktiv gestalten, Leitfaden, 2014
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Ländliche Regionen verstehen, Fakten und Hintergründe zum Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen, 2018
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Gemeinsam stark in der Region, Das Modellvorhaben Land(auf)Schwung, 2019
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.):
Soziale Dorfentwicklung, Modellprojekte im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, 2017
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.):
Jugend-Demografie-Dialog. Jugendbeteiligung als Zukunftsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels in ländlichen Regionen, 2018
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.):
Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung – eine Arbeitshilfe für Kommunen, 2016
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.):
Evaluierung in der Städtebauförderung – Kommunale Arbeitshilfe, 2011
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, 2016
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Anpassungsstrategien zur regionalen Daseinsvorsorge.
Empfehlungen der Facharbeitskreise Mobilität, Hausärzte, Altern und Bildung. MORO Praxis, 2015

- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Digitale Perspektiven für das Land, 2017
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Kennzahlen in der Daseinsvorsorge, 2015
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen,
Demografische Herausforderungen, interkommunale Kooperationen und
Mobilitätsstrategien am Beispiel Nordfriesland, 2018
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Mobilitäts- und Angebotsstrategien in ländlichen Räumen.
Planungsleitfaden für Handlungsmöglichkeiten von ÖPNV-Aufgabenträgern und
Verkehrsunternehmen unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte
flexibler Bedienungsformen, 2016
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Sicherung von Versorgung und Mobilität. Strategien und Praxisbeispiele für
gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, 2018
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur;
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.):
Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Leitfaden für die Praxis, 2016
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.):
Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen.
Handlungsempfehlungen zur Förderung des Tourismus in ländlichen Räumen, 2013
- Bundestransferstelle Stadtumbau:
Schwerpunktthema Selbstevaluation und Monitoring in der kommunalen Praxis im Stadtumbau, 2018
- Capgemini, Prognos (Hrsg.):
Gesellschaft 5.0, Implikationen der Digitalisierung für ausgewählte Lebensfelder, 2018
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.):
Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden, 2018
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.):
Klimaschutz & Ländlicher Raum, 2018
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.):
Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen.
Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen, 2016
- Egger, Rudolf; Posch, Alfred (Hrsg.):
Lebensentwürfe im ländlichen Raum: Ein prekärer Zusammenhang?, 2016
- Frech, Siri; Scurrrell, Babette; Willisich, Andreas (Hrsg.):
Neuland gewinnen: Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, 2017
- Gemeinde Hohe Börde:
Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Gemeinde Hohe Börde, 2014
- Gemeinde Muldestausee:
Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept für die Gemeinde Muldestausee, 2018
- Gemeinde Petersberg:
Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept für die Gemeinde Petersberg, 2018
- Gemeinde Südharz:
Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept für die Gemeinde Südharz, 2017
- Happel, Franz-Reinhard:
Alles smart oder was?, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 2017, S. 52-56
- Herbst, Michael; Dünkel, Frieder; Stahl, Benjamin (Hrsg.):

- Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, 2016
- Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (Hrsg.):
Chefsache Ortsinnenentwicklung, 2017
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.):
Leitfaden zur Dorfentwicklung in Hessen. Integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IGEK).
Information für Kommunen, Fachbüros und Förderbehörden, 2018
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.):
Leitfaden zur Erstellung eines integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes (IGEK), 2012
- Kaczorowski, Willi ; Swarat, Gerald (Hrsg.): Smartes Land – von der Smart City zur Digitalen Region:
Impulse für die Digitalisierung ländlicher Regionen, 2018
- Kujath, Hans Joachim: Die ländlichen Regionen in der Wissensgesellschaft und im globalen Weltmarkt, in:
Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, 2016, S. 189-200
- Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.):
Kommunales Flächenmanagement. Arbeitshilfe, 2017
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (Hrsg.):
Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement. Dokumentation und Leitfaden, 2010
- Landesheimatbund Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Berichte über Mutmacher, Handbuch für Nachmacher,
Vereine gestalten den demografischen Wandel, 2016
- Maretzke, Steffen:
Demografischer Wandel im ländlichen Raum. So vielfältig wie der Raum, so verschieden die Entwicklung, in:
Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, 2016, S. 169-187
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Leitfaden Ambulant betreute Wohngemeinschaft in Sachsen-Anhalt – eine Wohnform mit Zukunft, 2017
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (Hrsg.):
Leitfaden Gutes Planen und Bauen in kleinen Städten und Gemeinden, 2017
- Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.):
Innenentwicklung von Dörfern im Land Brandenburg. Leitfaden für die Praxis, 2009
- Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (Hrsg.):
Methoden der Erfassung zum Wohnungsleerstand im Stadtumbau,
Arbeitshilfe für die kommunale Praxis, 2005
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):
NRW-Programm Ländlicher Raum 2014–2020,
Förderung der ländlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, 2016
- Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Auf dem Weg zur Inklusion, 2015
- Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
„einfach machen. Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Landesaktionsplan Sachsen-Anhalt, 2013
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Schönes Land & lebendige Heimat. Ländliche Räume in Sachsen-Anhalt, 2015
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte (IGEK) in Sachsen-Anhalt.
Ein Leitfaden für Kommunen. Entwurfsfassung, 2014
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt 2017. Handlungskonzept, 2018
- Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):

Leitlinien zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt, 2006

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):

20 Jahre Dorfentwicklung und Dorfwettbewerb in Sachsen-Anhalt –
Erfolgreiche Dörfer stellen sich vor, 2012

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.):
Kommunales Flächenmanagement in Landes Schleswig. Erhebung von Potenzialflächen, 2011

Ministerium für Umwelt des Saarlandes; Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes (Hrsg.):
Integrierte Gemeindeentwicklungskonzepte. Leitfaden für Städte und Gemeinden im Saarland, 2008

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Beobachteter Klimawandel in Sachsen-Anhalt, 2018

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Klima- und Energiekonzept Sachsen-Anhalt, 2019

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt, 2018

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Strategie des Landes zur Anpassung an den Klimawandel, Fortschreibung, 2019

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):
Digitale Agenda für das Land Sachsen-Anhalt, 2018

Nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung (Hrsg.):
Evaluierung Integrierter Gemeindeentwicklungskonzepte (IGEK) in Sachsen-Anhalt, Endbericht, 2018

Rein, Hartmut; Schuler, Alexander (Hrsg.):
Tourismus im ländlichen Raum, 2012

Pezzei, Kristina:

Verkaufen können wir selber! Wie sich Landmenschen ihren Laden zurück ins Dorf holen, 2013

Schwarze, Björn; Spiekermann, Klaus:

Kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung und Erreichbarkeitsmodellierung im Aktionsprogramm
regionale Daseinsvorsorge – Abschlussergebnisse der Begleitforschung Zentrale Datendienste, 2014

Staab, Jürgen:

Erneuerbare Energien in Kommunen – Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten, 2011

Staatskanzlei, Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.):

Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt, Länderbericht 2017

Stadt Coswig (Anhalt):

Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Stadt Coswig (Anhalt), 2017

Stadt Kemberg:

Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Stadt Kemberg, 2014

Stadt Möckern:

Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Einheitsgemeinde Stadt Möckern, 2018

Stadt Seeland:

Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Stadt Seeland, 2017

Stadt Zahna-Elster:

Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Stadt Zahna-Elster, 2017

Stiftung Schloss Ettersburg (Hrsg.):

Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen – Methodischer Leitfaden, 2014

Stöber, Silke:

Zwischen Landflucht und Lebens(t)raum – Wege zu lebendigen Dörfern in Brandenburg, 2010

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (Hrsg.):

Leistungsbild und Honorarregelung für Gemeindliche Entwicklungskonzepte im Freistaat Thüringen, 2015

- Umweltbundesamt (Hrsg.):
Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft, Leitfaden, 2017
- Umweltbundesamt (Hrsg.):
Handbuch zur guten Praxis der Anpassung an den Klimawandel, 2013
- Umweltbundesamt (Hrsg.):
Innenentwicklung organisieren – Kommunale Organisationsstrukturen für ein effizientes Flächenressourcenmanagement im Praxistest, 2015
- Umweltbundesamt (Hrsg.):
Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Aktionsplan Flächensparen, 2018
- Umweltbundesamt (Hrsg.):
Nachhaltige Anpassung von Kommunen und Regionen an die Herausforderungen des demografischen Wandels, 2018
- Verbandsgemeinde An der Finne:
Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Verbandsgemeinde An der Finne, 2018
- Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer-Forst:
Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept für die Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer-Forst, 2018
- Verbandsgemeinde Obere Aller:
Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept für die Verbandsgemeinde Obere Aller, 2018
- Zukunftsinstitut (Hrsg.):
Das Comeback des Dorfes. Das ungeahnte Potenzial ländlicher Regionen für das 21. Jahrhundert, 2015

